



# **BAYERISCHER LANDTAG**

## **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

66. Sitzung

Dienstag, 24. Oktober 2017, 12.30 bis 15.42 Uhr

**Anhörung  
zum Thema:**

**"Weißbuch zur Zukunft Europas: Wege  
zur Wahrung der Einheit in der EU 27"  
(Vollzug der Drs. 17/17333)**

Den Vorsitz führt Abg. Dr. **Franz Rieger** (CSU)

## Inhaltsverzeichnis

Sachverständige .....	3
Fragenkatalog .....	4
Anlagenverzeichnis .....	6
Anhörung "Weißbuch zur Zukunft Europas: Wege zur Wahrung der Einheit in der EU 27" (Vollzug der Drs. 17/17333) .....	7

**Sachverständige**

1. **Gabriele Bischoff**  
Vorsitzende der Arbeitnehmer (Gruppe II) im Europäischen Wirtschafts-  
und Sozialausschuss (EWSA)  
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bundesvorstand, Berlin
  
2. **Prof. James W. Davis, Ph. D.**  
Direktor des Instituts für Politikwissenschaften  
Universität St. Gallen
  
3. **Oliver Dreute**  
European Political Strategy Centre (EPSC)  
Europäische Kommission, Brüssel
  
4. **Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest**  
Präsident des ifo Instituts - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung  
an der Universität München e. V., München
  
5. **Dr. Angelika Poth-Mögele**  
Executive Director European Affairs des Rats der Gemeinden und Regionen Europas  
CCRE-CEMR, Brüssel

### Fragenkatalog

1. Welche Vor- und Nachteile sind bei den zur Diskussion stehenden „Szenarien“ (Weißbuch, Juncker-Rede, Macron-Rede) zu erwarten (auch unter Einbeziehung der Reflexionspapiere)?
2. Zu den Folgen der Szenarien:
  - a. Wie bewerten Sie die Auswirkungen der einzelnen Szenarien unter Einbeziehung der Reflexionspapiere auf folgende Bereiche der EU-Politik:
    - Binnenmarkt
    - Migration und Flüchtlinge
    - Innere Sicherheit und Justiz
    - Äußere Sicherheit
    - Wirtschafts- und Währungsunion
    - Soziale Entwicklung
    - Umwelt und Klima
    - EU-Förderpolitik
  - b. Welche Auswirkungen sind bei den unterschiedlichen Szenarien jeweils für Deutschland, Bayern und die Kommunen denkbar in wirtschaftlicher, finanzieller und sicherheitspolitischer Hinsicht?
  - c. Welche institutionellen Veränderungen sind auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zu erwarten? Wie müsste eine künftige Vertragsreform der EU organisiert werden, um die Regionen, Kommunen und die Zivilgesellschaft angemessen einzubinden?
  - d. Welche Besonderheiten ergeben sich bei den jeweiligen Szenarien hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit? In welchem Zeitraum wären die Szenarien realisierbar?
3. Welche Szenarien wären am besten geeignet bzw. realisierbar, um den derzeit zu beobachtenden unterschiedlichen politischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen? Welche Szenarien sichern bestmöglich den Zusammenhalt der EU? Mit welchen Ländern lassen sich derzeit welche Szenarien am ehesten umsetzen?
4. Welche Auswirkungen hätte eine Verwirklichung der einzelnen Szenarien auf den EU-Haushalt? Welche volkswirtschaftliche Gewinn- und Verlustrechnung würde sich dabei jeweils für Deutschland und Bayern ergeben?
5. Zur Kompetenzverteilung:
  - a. Wie können unter den jeweiligen Szenarien die Kompetenzen und Gestaltungsspielräume Deutschlands, Bayerns und der Kommunen am besten erhalten bleiben?
  - b. In welchen Bereichen wäre eine Vertiefung oder Rückverlagerung von Kompetenzen angebracht?
6. In welcher Form ermöglichen die einzelnen Szenarien differenzierte Integrationsschritte und eine privilegierte Einbindung von Drittstaaten (z.B. Großbritannien nach dem Brexit)?
7. Halten Sie es für erforderlich, den Demokratisierungsprozess in Europa voranzutreiben? Sind die europäischen Organe bei einer Durchführung der einzelnen Szenarien hinreichend demokratisch legitimiert?

8. Wie wichtig ist die Fortentwicklung der sozialen Dimension Europas für den zukünftigen Zusammenhalt der EU als Staatengemeinschaft, aber auch für die Akzeptanz der EU bei den Unionsbürgerinnen und -bürgern? Welche Ansätze aus den Szenarien im Weißbuch bzw. im Reflexionspapier zur sozialen Dimension sind hierfür am besten geeignet? Sind mit der Europäischen Säule sozialer Rechte die richtigen Prioritäten für die weitere Ausgestaltung der sozialen Dimension Europas gesetzt?
9. Andere Themenbereiche wie Justiz, Umwelt und Klima werden im Weißbuch nicht aufgegriffen. Braucht es nach Auffassung der Expertinnen und Experten nicht auch in diesem Bereich mehr Europa?
10. Welche Szenarien sind am besten geeignet, auf die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus und Bedrohungen aus dem Cyberraum zu reagieren? Welche Maßnahmen sind auf europäischer Ebene erforderlich, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten?
11. Erfordert ein handlungsstarkes Europa eine Zentralisierung weiterer wichtiger Teile der Wirtschaftspolitik bzw. eine Vertiefung der Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungsunion?
12. Wie werden im Zusammenhang mit dem Weißbuch die drei im Februar im Europäischen Parlament beschlossenen Berichte zur Reform der EU beurteilt?
13. Wie sollte Bayern sich bei einer möglichen Vertragsreform einbringen und Überzeugungsarbeit bei anderen Regionen und Mitgliedstaaten leisten?
14. Wie sollte eine handlungsstarke und demokratische EU der Zukunft aussehen?

---

**Anlagenverzeichnis**

Anlage 1	
Stellungnahme	
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss .....	43
Anlage 2	
Stellungnahme	
Institut für Politikwissenschaften, Universität St. Gallen .....	50
Anlage 3	
Stellungnahme	
European Political Strategy Centre (EPSC) .....	56
Anlage 4	
Stellungnahme	
European Political Strategy Centre (EPSC) .....	68
Anlage 5	
Stellungnahme	
ifo-Institut München .....	76
Anlage 6	
Stellungnahme	
Rat der Gemeinden und Regionen Europas .....	82

(Beginn: 12.30 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vertreter der Bayerischen Staatsregierung! Unsere Frau Claaszen in Brüssel! Vertreter des Landtags in Brüssel! Ich darf alle recht herzlich begrüßen, natürlich ganz besonders – und ich möchte sie kurz vorstellen – unsere fünf Sachverständigen, die wir für heute eingeladen haben. Ich werde sie in alphabetischer Reihenfolge nennen: Frau Gabriele Bischoff, die Vorsitzende der Arbeitnehmer im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel, Herr Prof. James Davis, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität St. Gallen, Herr Oliver Dreute von der Europäischen Kommission in Brüssel, Herr Prof. Clemens Fuest – es kennt ihn ohnehin jeder –, der Präsident des ifo-Instituts in München, und Frau Dr. Angelika Poth-Mögele; sie vertritt die Stimme der Kommunen und Regionen als Direktorin beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas in Brüssel.

Ich sage nochmals ganz herzlichen Dank, dass Sie heute Ihre Zeit aufgewendet haben, um zu uns zu kommen. Für uns ist das ein sehr interessanter Termin, weil auch der Bayerische Landtag und wir als Abgeordnete natürlich sehr dankbar und sehr froh sind, wenn wir einen sogenannten Input von außen bekommen. Ich sage Ihnen dafür, dass Sie heute gekommen sind und uns Ihr Wissen und Ihre Erfahrung zur Verfügung stellen, ganz, ganz herzlichen Dank und begrüße Sie ausdrücklich nochmals ganz herzlich heute hier im Bayerischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Die Europäische Kommission hat am 01.03.2017 beschlossen, eine grundlegende Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union anzustoßen. Sie hat an diesem Tag das "Weißbuch" mit fünf Reflexionspapieren vorgelegt und somit fünf Alternativen für die Zukunft Europas gezeichnet. Am 21.06.2017, also im Juni dieses Jahres, haben wir im Europaausschuss beschlossen, eine Expertenanhörung zu diesem Thema durchzuführen, um uns auch unsere politische Meinung über die Zukunft Europas noch besser bilden zu können.

In der Zwischenzeit allerdings – Sie wissen es alle – ist viel passiert: In Frankreich waren Wahlen, in Deutschland waren Wahlen. Herr Juncker hat am 13.09. eine Rede zur Lage der Europäischen Union gehalten. Und erst am letzten Wochenende waren in Tschechien und vorher in Österreich Wahlen, und auch die Brexit-Verhandlungen laufen natürlich recht

zäh. Das heißt, wenn man jetzt das ganze Bild anschaut: Wir haben nicht nur fünf Zukunftsalternativen, wir haben zurzeit eigentlich sieben Zukunftsalternativen Europas, weil die Vorstellungen von Macron damals, als das Weißbuch erschienen ist, noch nicht vorgelegen sind und natürlich auch die politische Lage eine andere war. Außerdem war die Grundsatzrede von Juncker noch nicht in der Welt.

Es waren natürlich auch in Deutschland Wahlen, und wir haben sozusagen noch keine bundespolitische Linie für die Zukunft Europas, da diese erst durch die Koalitionsverhandlungen, die, wie wir alle hoffen, zu einem Ergebnis kommen, wahrscheinlich im Dezember festgelegt werden wird.

Das heißt, die Zukunft Europas ist, was die Planung angeht, völlig offen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns hier im Europaausschuss im Bayerischen Landtag – auch der Vorsitzende des Finanzausschusses ist hier, Peter Winter, ein herzliches Grüßgott, ich habe dich erst jetzt gesehen; das ist natürlich auch wichtig für die Finanzen Europas, darum ist er hier – ein Bild über die Zukunft Europas machen, ein Bild auch deswegen, weil Europa, wenn man den Status quo betrachtet, in guter Verfassung ist.

Wir haben alle Krisen der Vergangenheit – Sie wissen es alle –, diese Währungskrisen, vor allem die Finanz- und Wirtschaftskrisen, gut überstanden, und Europa steht so gut da wie noch nie seit Beginn der Römischen Verträge. Es hätte, glaube ich, niemand gedacht, dass das so schnell gehen würde. Wir haben einen Gemeinsamen Binnenmarkt, wir haben eine Gemeinsame Währung, wir haben Freizügigkeit, wir haben offene Grenzen. Europa ist ein Erfolgsmodell, das vor allem uns Deutschen als Exportnation und damit natürlich auch uns Bayern zugutekommt.

Auf der anderen Seite ist natürlich in Europa, wenn man die Wahlen gerade in Tschechien und Österreich oder auch die deutsche Wahl zum Bundestag richtig analysiert, eine Zunahme der europakritischen Stimmen festzustellen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir uns diesen Zukunftsfragen stellen, und ich bin daher froh, dass die Experten heute hier sind.

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt mit der Anhörung beginnen. Vom Zeitablauf her haben wir uns vorgestellt, dass jeder Experte/jede Expertin zirka fünf bis zehn Minuten seine bzw. ihre Meinung vor allem zum Weißbuch darlegt – wir haben ja die Fragen im Fragenkatalog ergänzt um Macron und um

Juncker – und wir dann in die allgemeine Diskussion einsteigen.

Ich möchte in alphabetischer Reihenfolge mit Frau Bischoff beginnen. Ich erteile ihr das Wort und bitte sie um ihre Ausführungen.

**Sve Gabriele Bischoff (EWSA Brüssel):** Vielen herzlichen Dank und "Guten Tag!" noch einmal an alle zu dieser interessanten Debatte zur Zukunft Europas – nicht mehr und nicht weniger ist es, was wir alle hier diskutieren wollen.

Lassen Sie mich nochmals kurz vorstellen, woher ich komme. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist ein beratendes Gremium für die EU-Institutionen, und wir setzen uns aus drei Gruppen zusammen: der Gruppe der Arbeitgeber, der Gruppe der Gewerkschafter und der Gruppe der sonstigen Zivilgesellschaft, in der von Wohlfahrtsverbänden über Jugendorganisationen ein ganzes Spektrum vertreten ist, und wir erarbeiten unsere Stellungnahmen in der Regel im Konsens. Da heißt, wir versuchen auszuloten, wo gemeinsame Linien sind, oder wir beschreiben eben auch Punkte, wo dies nicht möglich ist.

Wir selbst haben eine Stellungnahme zur Zukunft Europas erarbeitet, die auch verschickt worden ist. Das ist nur eine erste Positionierung des Ausschusses. Wir haben dazu vorbereitend auch Debatten in allen 27 Mitgliedstaaten durchgeführt, um auszuloten, wie die organisierte Zivilgesellschaft, die wir ja vertreten, sich hier positioniert.

Meine Funktion ist ein Wahlmandat als Präsidentin der Arbeitnehmergruppe, und deshalb werde ich heute hier auch sehr stark darauf abheben, welche Bedeutung das soziale Europa für die Zukunft Europas hat.

Ich würde den Akzent darauf legen, dass die Krise noch nicht überwunden ist. Ja, wir haben Fortschritte, ja, wir haben langsam wieder Wirtschaftswachstum, aber das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Europa ist nicht im gleichen Maße wieder hergestellt, und deshalb war es eine sehr wichtige Initiative der Kommission und insbesondere von Kommissionspräsident Juncker, eine solche Debatte über die Zukunft Europas zu führen. Dazu hat er ja fünf sogenannte Reflexionspapiere vorgelegt, nämlich eines zum sozialen Europa, eines zur Globalisierung, und hat hier einen direkten Zusammenhang hergestellt zwischen der sozialen Dimension und der Unterstützung oder Nichtunterstützung für Globalisierung, zur Vertiefung der Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion, zur Verteidigung Europas und eben zu den Finanzen.

Wenn man sich diese Szenarien anschaut, die ja auch hier diskutiert werden sollen, wird deutlich, es ging eigentlich nicht darum, diese fünf Szenarien zu diskutieren: Gefällt mir Nummer eins oder Nummer fünf besser?, oder sie als abgeschottete Systeme zu verstehen, sondern das Ganze ist im Prinzip nur ein Aufriss für die Debatte. Ob das wirklich gelungen ist, da habe ich, da haben wir auch als Ausschuss Zweifel, weil diese Szenarien vielleicht auch nicht der allerbeste Weg sind, um so eine Debatte zu führen. Wir haben sie jetzt aber auf dem Tisch und müssen uns deshalb auch mit ihnen auseinandersetzen.

Warum fanden wir, dass die Szenarien nicht eine so besonders gute Idee sind? – Weil sie ein Stück weit suggerieren, man würde bei null anfangen. Wir hätten uns vorgestellt, dass man eine saubere, gute Analyse macht: Was funktioniert gut und was funktioniert nicht?, um dann zu schauen, in welchen Themenbereichen man politische Veränderungen erreichen muss. Das ist hier nicht passiert. Und die Szenarien heben auch viel zu stark auf institutionelle Fragen ab. Für uns wäre es viel besser gewesen, wenn man die Bürger in den Mittelpunkt gestellt hätte und die Debatten entlang dessen geführt hätte: Was erwarten die Bürger von Europa und was nicht? Und vor allen Dingen – das hat Ratspräsident Tusk jetzt, glaube ich, doch deutlich aufgegriffen in seinem sogenannten Hirtenbrief an die Mitgliedstaaten – sind nicht institutionelle Fragen in den Mittelpunkt zu stellen, sondern positive Projekte, die den Bürger relativ schnell erreichen können.

Wenn man sich das Szenario 1 – "Weiter so wie bisher" – betrachtet, heißt das aus unserer Sicht: weiter durchwursteln. Das ist für uns keine Alternative, weil man sehen kann, dass es in vielen Bereichen nicht mehr funktioniert und die Bürger das Vertrauen verloren haben, dass die EU in den wichtigen Fragen Migration, Arbeitslosigkeit – das zeigen alle Eurobarometer – wirklich noch Ergebnisse liefern und einen Konsens finden kann.

Das Szenario 5 – "Viel mehr gemeinsames Handeln" – mag vielen sehr sympathisch sein, ich selbst bin auch im Vorstand der Europäischen Bewegung und bin da sehr aktiv, aber wir sehen ganz realistisch, dass es im Moment dafür keine Mehrheiten geben wird, was durchaus ein Problem ist.

Das Szenario 2 – "Schwerpunkt Binnenmarkt" – greift aus unserer Sicht viel zu kurz, und wenn man das einmal durchbuchstabiert, und wir haben das im

sozialen Bereich als Ausschuss getan, erkennt man, das würde dazu führen, dass man z.B. im sozialen Bereich keine gemeinsamen Standards mehr für Arbeits- und Gesundheitsschutz hätte, wenn man sich nur noch auf den Binnenmarkt bezieht, und das hätte nicht nur Folgen für die Arbeitnehmer, sondern auch für die Unternehmen, weil wir dann mit sehr unterschiedlichen Standards europaweit konkurrieren würden.

Ein anderer Punkt aus unserer Sicht ist, dass es, die Mobilität innerhalb Europas betreffend, neue Push- und Pull-Faktoren zur Folge haben könnten, die ebenfalls problematisch sind.

Szenario 4: "Weniger, aber effizienter". Das erfordert auch eine Übereinkunft zwischen allen dann verbleibenden Mitgliedstaaten, und aus unserer Sicht birgt es auch bestimmte Risiken dadurch, dass wir keine einheitlichen Standards und noch mehr Komplexität haben würden.

Zum Szenario 3: "Wer mehr will, tut mehr". Ja, das kann einer der Wege aus der Krise sein, aber ist kein Ziel in sich selbst, wie das hier durch die Szenarien suggeriert wird. Es kann sein, dass einige vorgehen müssen, aber mit der Einladung an alle Länder, dass sie da mitgehen können, wenn sie wollen. Das ist aber eigentlich nur eine Notlösung und nicht ein Ziel in sich selbst.

Der Kommissionspräsident hat ja immer davon gesprochen, dass sein Szenario eigentlich ein sechstes Szenario wäre, das er in seiner Rede skizzieren wollte. Wenn wir uns das ansehen, stellen wir fest, es bleibt trotzdem in vielen Bereichen noch nebulös. Klar ist, dass es darum geht – und ich hoffe, dass wir das hier auch tun können –, zu diskutieren, in welchen Bereichen welche Initiativen notwendig sind, z.B., um die Wirtschafts- und Währungsunion zu stabilisieren, z.B., um den Bürgern wieder Vertrauen zu geben, dass die EU in den wichtigen Fragen auch handlungsfähig ist.

Um hier auch in der Zeit abzuschließen. Für uns ist einer der wesentlichen Schwerpunkte, dass Europa mehr Konvergenz braucht, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial, und dass es wichtig ist, darauf zu achten, in welchen Bereichen, z.B. was gemeinsame Mindestniveaus, was Mindesteinkommen in Europa angeht, also zur sozialen Absicherung gegen die Risiken des Lebens. Das haben wir nicht in allen Ländern. Wir haben es in Deutschland, aber in Italien z.B. nicht. Oder auch bei der Entwicklung von Mindestlöhnen in Europa sollen wir gemeinsam zu mehr Konvergenz kommen, und das natürlich unter Berücksichtigung dessen, dass wir

sehr unterschiedliche Ausgangslagen in den verschiedenen Mitgliedstaaten haben.

Deshalb ist das Gute an diesen Szenarien, dass es nicht einfach um diese alte Frage: Wollen wir mehr oder weniger Europa? geht, sondern: In welchen Bereichen brauchen wir mehr Europa, und was sind realistische Schritte, die wir gehen müssen? Und es ist auch perspektivisch nicht auszuschließen, dass wir Vertragsänderungen brauchen, die dann auch entsprechend zu diskutieren sind.

Daher glaube ich, dass der sozialen Dimension für die Zukunft Europas aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger eine große Bedeutung zukommt, und dass es wichtig ist, zu zeigen, das Versprechen der Europäischen Verträge betrifft nicht nur den Binnenmarkt, sondern das Versprechen der Europäischen Verträge ist, dass die Europäische Union dazu beiträgt, die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen in Europa zu verbessern, und das muss wieder in das Zentrum der Politik gestellt werden.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön, Frau Bischoff. – Als nächster Sachverständiger wäre Herr Prof. Davis an der Reihe. Bitte.

**SV Prof. James W. Davis, Ph. D. (Universität St. Gallen):** Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrter Herr Rosenthal! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für die Einladung und die Möglichkeit, das "Weißbuch zur Zukunft Europas" und die damit verbundene politische Diskussion zu kommentieren.

In der Beantwortung des Fragenkatalogs, welcher mir geschickt wurde, konzentriere ich mich auf Themen der internationalen Politik bzw. der Politikwissenschaften, in denen meine Expertisen liegen, meine Überlegungen werden jedoch nicht alle Fragen abschließend beantworten können.

Persönlich bin ich ein Befürworter vertiefter europäischer Integration. Ich will meine Analyse jedoch von persönlichen Ansichten lösen und stattdessen schildern, was aus politikwissenschaftlicher Sicht möglich und zweckdienlich erscheint. Ich will auch dem Freistaat Bayern nicht sagen, welche Interessen er zu verfolgen hat, sondern aufzeigen, was aus bayerischer Perspektive vielleicht denkwertig ist in diesem Szenario.

Zum vorliegenden Weißbuch möchte ich heute fünf zentrale Beobachtungen festhalten.

Erstens: Das Weißbuch enthält aus meiner Sicht keine Szenarien im eigentlichen Sinne, sondern politische Strategien, die von wichtigen Einflussfaktoren,

welche die Kommission selbst identifiziert hat, abgekoppelt sind. Das sind eigentlich Antworten auf Szenarien, aber es sind nicht wirklich Szenarien.

Zweitens: Die Strategien des Weißbuchs basieren auf optimistischen Grundannahmen und ignorieren Entwicklungen, die den Bestand der EU gefährden könnten. Hierzu ein paar Punkte.

Das Weißbuch führt zwar das schwindende Gewicht Europas in der Welt an, aber keine der Strategien ist für ein echtes Krisenszenario gewappnet. Krisenhafte Entwicklungen wären z.B. weitere EU-Austritte infolge des Brexit, also wenn Brexit "ansteckend" wäre, die Eskalation separatistischer Konflikte, wie wir sie heute in Spanien erleben, wachsende EU-Skepsis und Rechtspopulismus, was wir nicht nur in Osteuropa erleben, sowie die Rückkehr der Euro-Krise, sollte so etwas zustande kommen. Außenpolitische Krisenfaktoren, die denkbar sind, wären z.B. eine massive Verstärkung der Flüchtlingskrise, ein Ausscheiden der Türkei aus der NATO, worauf man eine europäische Antwort benötigen würde, oder bewaffnete Konflikte mit Russland in Osteuropa. – Alles denkbare außenpolitische Szenarien, die Antworten sind in diesen fünf sogenannten Szenarien nicht vorhanden.

Drittens: Die absehbaren Herausforderungen für die Zukunft Europas sprechen für eine differenzierte Weiterentwicklung der EU und gegen Einheitslösungen. Eine zentrale Herausforderung ist der Vertrauensverlust in der Bevölkerung. Laut dem aktuellen Eurobarometer vertraut mehr als die Hälfte aller EU-Bürger den EU-Institutionen *nicht*, bewertet die EU *nicht* als positiv und findet, dass ihre eigene Stimme *nicht* gehört wird.

Zwei wesentliche Aspekte in der gegenwärtigen Legitimationskrise sind, wie wir wissen, die Euro-Krise und die Migrationspolitik. Der undifferenzierte Ruf nach mehr Europa wird diesem Vertrauensverlust nicht gerecht. Eine erste Umfrage zu den Plänen Macrons hat gezeigt, dass es in der deutschen Bevölkerung keine breite Mehrheit für eine allgemeine Stärkung der EU gibt, wohl aber Unterstützung für eine verstärkte Integration in bestimmten Politikfeldern, also eine differenzierte Antwort auf die Herausforderungen und eine differenzierte europäische Strategie.

Für die fünf Strategien des Weißbuches heißt dies, dass diese nicht als Einheitslösung begriffen werden sollen. Vielmehr gibt es eine sechste Strategie – Sie haben, glaube ich, schon sieben erwähnt, jetzt sind

es dann acht –, die eine wäre, die differenziert nach Politikbereichen vorgeht.

Viertens: Ein Bereich, in dem mehr Europa für mich sinnvoll erscheint, ist im Reflexionspapier über die Sicherheitspolitik enthalten, und das ist der Bereich, in dem ich selbst arbeite. Eine differenzierte Integration in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zielt auf mehr Europa, berücksichtigt aber auch Zielkonflikte und politische Barrieren. Grenzüberschreitende Herausforderungen für die Sicherheit bringen eine gemeinsame Verantwortung mit sich. Dieser Verantwortung wird Europa nicht gerecht, indem nur einzelne Staaten mehr zusammenarbeiten. Das gilt vor allem auch für die Flüchtlingspolitik und die Terrorismusbekämpfung. Auch die Mehrheit der Deutschen unterstützt eine engere europäische Kooperation in Sicherheitsfragen. In der Europäischen Verteidigungspolitik wird jedoch genau zu prüfen sein, wo multilaterale Brigaden, Pooling und Sharing oder eine Spezialisierung einzelner Länder auf bestimmte Fähigkeiten – das sind quasi die Vertiefungen der Formen der Kooperation, die diskutiert werden – machbar und effizient sind.

Die Grundlagen für eine vertiefte Integration im Verteidigungsbereich müssen gemeinsame strategische Ziele sein. Dabei kann es aber zu Zielkonflikten kommen. Zum Beispiel erhofft sich die Europäische Kommission von einem Binnenmarkt für Rüstungsgüter mehr Wettbewerb und geringere Preise. Zugleich würde aber eine gemeinsame und effizientere Beschaffung von Waffensystemen die Zahl der da gekauften oder beschafften Systeme verringern, das heißt, weniger Wettbewerb und steigende Preise zur Folge haben.

Man sieht also in diesem Reflexionspapier, dass man immer davon ausgeht, "all good things go together", dass also alle wünschenswerten Dinge zusammengehören. Es wird nicht in Erwägung gezogen, welche Abwägungen hier getroffen werden müssen, und dass ich, wenn ich in Richtung eines Zieles gehe, vielleicht weniger weit mit dem anderen komme.

Zudem sind institutionelle Reformen nötig. Der Einsatz von Gewalt muss natürlich demokratisch legitimiert sein. Wenn die nationale parlamentarische Mitbestimmung in 27 Mitgliedstaaten das aber verhindert, sind eben Entscheidungen notwendig. Daher sollten, wenn wir es wirklich ernst meinen mit einer vertieften Integration im Bereich der Sicherheitspolitik, neue Formen der demokratischen Legitimierung diskutiert werden.

Fünftens: Eine föderal differenzierte EU würde sich auf erfüllbare Vorhaben konzentrieren, solche mit hohem Koordinationsbedarf, und dient damit auch den Interessen Europas, den Interessen Deutschlands und den Interessen Bayerns. Differenzierte Integration heißt, dass die EU in jenen Bereichen gestärkt wird, in denen es einen Bedarf und eine Bereitschaft dazu gibt. Dazu zählen gesamteuropäische Herausforderungen, wie z.B. Verteidigung, Sicherheit und Klimaschutz. Entscheidungen mit geringeren grenzüberschreitenden Externalitäten sollen hingegen möglichst nahe am Regelungsgegenstand getroffen werden. Die Bedenken der Bevölkerung können auf diese Weise ernst genommen werden.

Die Zahlen des Eurobarometers belegen, dass die Bayern vor allem jenen politischen Institutionen vertrauen, die ihnen nahe sind: zuerst den bayerischen Institutionen, dann den bundesdeutschen Institutionen, am geringsten aber der EU.

Fazit: Zusammenfassend kann ein föderal differenzierter Ansatz eine ausgewogene Antwort auf die Vertrauenskrise der EU geben. Die EU konzentriert sich künftig stärker auf gesamteuropäische Herausforderungen, während sie nachrangige Eingriffe in das Wirtschaftsleben und die Gewohnheiten der Bürger minimiert. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke, Herr Prof. Davis. – Jetzt ist Herr Oliver Dreute an der Reihe. Bitte sehr.

**SV Oliver Dreute (EPSC Brüssel):** Vielen Dank. – Vielen Dank, dass Sie mich zu dieser Anhörung eingeladen haben. Ich arbeite am European Political Strategy Centre, das ist der Think Tank der Europäischen Kommission, der den Kommissionspräsidenten berät. Wir sind ein Think Tank, und deswegen gebe ich nicht notwendigerweise die abgestimmte Position der Europäischen Kommission wieder.

Sie haben mich gebeten, die fünf Szenarien des Weißbuchs kurz noch einmal zu erläutern, und ich würde dann gerne auch auf die Vorstellungen des Kommissionspräsidenten zu seinem 6. Szenario eingehen und in der Diskussion mit Ihnen vertiefen.

Ich würde eingangs gerne nochmals darauf hinweisen, dass der Ausgangspunkt dieser Szenarien eine Situation war, in der sich die EU seit Jahren in einer permanenten Krise befunden hat und in der die Erwartung groß geworden ist, dass die Kommission ir-

gendeinen Weg hinaus weist, wie es mit Europa weitergehen könnte.

Warum Szenarien – das ist ja hier schon einmal angesprochen worden – und warum keine Visionen? – Die Szenarien sind keine auf institutionelle Fragen verengten Perspektivplanungen, sondern sie separieren die Möglichkeiten, wie Europa in verschiedenen Feldern agieren kann und deklinieren diese einzeln durch. Sie gehen natürlich davon aus, dass die EU mit 27 Mitgliedstaaten zusammenbleibt und dass keine weiteren Austritte stattfinden. Und sie richten sich nicht an Institutionen, sie richten sich in erster Linie an den Bürger, um ihm klarzumachen, welches die Möglichkeiten sind, wie Europa in welchen Bereichen weiter voranschreiten kann.

Das ist natürlich keine zielorientierte, mit der Schere des Realismus vorbehandelte Vision für die Zukunft Europas, sondern sollte eine Diskussion eröffnen. Die fünf Szenarien – "Weiter wie bisher", das heißt, die EU konzentriert sich weiter auf die Umsetzung der Reformagenda, "Schwerpunkt Binnenmarkt", "Wer mehr will, tut mehr", "Weniger, aber effizienter" und "Viel mehr gemeinsames Handeln" – finden Sie im Weißbuch, das Ihnen ja zugegangen ist.

Wenn ich nur ganz kurz auf die einzelnen Szenarien eingehen darf: "Weiter so" ist natürlich die wahrscheinlichste Rückfallposition, wenn die EU sich auf nichts einigt. Das heißt, wir "wurschteln" weiter wie bisher. Das heißt aber nicht, dass es keine Ergebnisse mehr gibt, denn die EU beschließt ja auch weiterhin und agiert ja auch weiterhin, aber es besteht eben die große Gefahr, dass es in den Knackpunkten Asyl, Zuwanderung, Innere Sicherheit und soziales Europa überhaupt keinen Fortschritt gibt, weil die bisherigen Strukturen für die Meinungsfindung nicht ausreichen.

Wenn wir den "Schwerpunkt Binnenmarkt" nehmen, so antwortet dieses Szenario auf die vielfach, insbesondere von Großbritannien, geäußerte Meinung, dass Europa sich auf dem Markt auf seine eigentliche Kernkompetenz konzentrieren sollte. Wenn man diesen "Schwerpunkt Binnenmarkt" allerdings durchdekliniert, stellt man sehr schnell fest, dass in der heutigen Gesetzgebung, in der heutigen Politik, in der heutigen Welt keine genaue Abgrenzung zwischen Marktgesetzgebung und anderen Randbereichen, anderen Politikbereichen, die ein Randbereich des Marktes sind, ihn aber dennoch beeinflussen, möglich sind. Wo die Grenzen zwischen Binnenmarkt, Verbraucherschutz, Sozialstandards, Umweltnormen usw. liegen, lässt sich nicht definieren. Insofern ist ein "Schwerpunkt Binnenmarkt" rein technisch für uns schwer realisierbar.

Szenario 3: "Wer mehr will, tut mehr". Das nimmt die Anregungen auf, die seit der ersten Diskussion um die Einführung der Gemeinsamen Währung durch das Schäuble-Lamers-Papier in die Welt gesetzt worden sind, dass die Mitgliedstaaten, die sich bereit erklären und gewappnet fühlen, weitere Integrationsschritte in einem eigenen Kreis unternehmen. Dieses Szenario hat den Vorteil, dass die Einheit der 27 natürlich formell gewahrt bleibt und dass weitere Integrationsschritte oder Politikkoordinierung möglich sind, wo es von einigen gewollt ist.

In der tatsächlichen Umsetzung ist natürlich die Frage: Was heißt, wer mehr will, tut mehr? Das ist eine Koalition der Willigen. Die führt zu differenzierter Integration, und hier gibt es zwei Szenarien, die Unterszenarien sind, nämlich einmal, dass sich oberhalb der konzentrischen Kreise – das ist die Vorstellung, dass die EU eine enge Politische Union als Kern hat mit Wirtschafts- und Währungsunion, Fiskalunion, mit Schengen, mit Sicherheits- und Verteidigungsunion – und um diese herum eine Wirtschaftsunion, darum eine Zollunion, der Europäische Wirtschaftsraum und letztlich ein Raum mit bilateralen Freihandelsabkommen gruppieren.

Die zweite Möglichkeit ist, dass es ein flexibles Europa der Pioniere gibt, wo sich unzählige Kreise um ein Zentrum bilden, das sehr flexibel in seiner Ausgestaltung ist. Außerdem stellen sich bei Szenario 3 natürlich institutionelle Fragen: Wie soll das überhaupt funktionieren? Gibt es gemeinsame Institutionen für alle Bereiche, oder muss man den Vertrag dahin gehend ändern, dass es für Kernbereiche, in denen die Mitgliedstaaten gemeinsam agieren, auch gemeinsame Institutionen gibt?

Europas Praxis zeigt, dass ein Europa konzentrischer Kreise schwierig möglich ist. Wir haben ja seit 1999 und formalisiert im Vertrag von Lissabon die verstärkte Zusammenarbeit, in der viele Gesetzgebungsvorhaben bereits realisiert worden sind, vom Europäischen Patent bis zur Ehescheidung, dem Europäischen Staatsanwalt usw. Das führt nicht zu konzentrischen Kreisen, sondern zu einem unüberschaubaren Flickenteppich, wo letztlich die Rechtssicherheit sehr davon abhängt, ob man den gewöhnlichen Aufenthalt des Betroffenen einwandfrei festlegen kann.

Wenn wir das Szenario 4 – "Weniger, aber effizienter" – nehmen: Das soll heißen, dass die Bürgerinnen und Bürger das nur dann bejahen, wenn es tatsächlich einen europäischen Mehrwert hat. Aber was heißt "weniger tun"? Was sind die Gebiete, in denen die EU "weniger tun" soll? – Was die Beihil-

fen angeht, gab es in den letzten Jahren natürlich eine Rückverlagerung auf die Mitgliedstaaten im Sinne einer besseren Kontrolle durch die Mitgliedstaaten. Wir haben andere Politikbereiche, wie Gesundheitsschutz, Umweltschutz, Sozialpolitik, Verbraucherschutz, die entweder kleine Dinge sind oder große Dinge. Sie sehen schon, die Frage: Was sind kleine Dinge?, ist sehr schwierig zu entscheiden.

Und dann kommt noch: "effizienter". Wenn die EU sich fokussiert auf das, was "große Dinge" sind, kann man natürlich die bereits umgesetzten Beispiele heranziehen, etwa aus dem Wettbewerbsrecht oder mit dem Ansatz mehr Agenturen zur Durchsetzung von Gemeinschaftsrecht.

Das letzte Szenario – "Viel mehr gemeinsames Handeln" – kann man in zwei Auffassungen vertreten. Man kann sagen, "Viel mehr gemeinsames Handeln" weist auf mehr bundesstaatliches Handeln hin, ergo eine Vertragsänderung, oder man kann "Viel mehr gemeinsames Handeln" verstehen im Sinne von: Was kann man unter Geltung des Vertrages mehr gemeinsam machen?

Wir haben versucht, die einzelnen Auswirkungen der Szenarien im Reflexionspapier herunterzubrechen auf die Politikbereiche. Darauf will ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen, das können wir vielleicht in der Diskussion machen.

Der Kommissionspräsident hat sein 6. Szenario in seiner Rede entwickelt, und dieses ist natürlich kein komplementäres neben den fünf anderen Szenarien insofern, als er verschiedene Szenarien kombiniert hat, um eine sogenannte Union der Werte zu schaffen, die der Umsetzung einer politischen Agenda dienen soll. Sie nimmt im Grunde Elemente von "Wer mehr will, tut mehr" auf, "Weniger, aber effizienter" und "Mehr gemeinsames Handeln". Die Frage ist nur: Wie kommt man jetzt von dem Szenario 1, dem Status quo, zu diesem "Wir handeln in einigen Bereichen effizienter und weniger", und in den Bereichen, wo es gewünscht ist, unternehmen wir "sehr viel mehr gemeinsam"? Ist es möglich, einen politischen Schritt vom Status quo direkt dorthin zu gehen, oder muss man den Umweg über die Koalition nehmen und das Szenario 3 gehen?

Wir haben auch eine lange Liste der auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon durchführbaren Vorschläge zur Zukunft Europas vorgelegt. Dies würde viel mehr gemeinsames Handeln ermöglichen, ohne eine Vertragsänderung durchzuführen. Voraussetzung dafür wäre aber Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten.

Ich möchte bei dem Punkt erst einmal Schluss machen und nur noch sagen, dass bis zum Europäischen Rat nach dem Austritt Großbritanniens diese Fragen über die Zukunft Europas in allen Ebenen der Europäischen Union diskutiert und hoffentlich zu einem konsensualen Ergebnis geführt werden können. – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Herr Dreute, herzlichen Dank. – Als Nächster kommt Herr Prof. Clemens Fuest. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren! Danke für die Einladung. Ich bin von Haus aus Ökonom und versuche, mich hier auf die ökonomische Seite zu konzentrieren.

Aus ökonomischer Sicht besteht das Ziel der EU natürlich darin, den Wohlstand in Europa zu mehren, aber es ist klar, es gibt ganz andere und nicht-ökonomische Ziele. Das heißt, die Mehrung des Wohlstands in Europa hat zum einen die Komponente Binnenmarkt, Außenhandel und ist nicht eine Angelegenheit, bei der einer gewinnt und einer verliert, sondern bei der alle Seiten gewinnen.

Der Europäische Binnenmarkt ist ein großer Wohlstandsmotor, sicherlich das wichtigste Projekt der EU, aus ökonomischer Sicht auch das mit großem Abstand erfolgreichste Projekt der EU. Insofern ist es sicherlich wichtig, das Ganze zu bewahren. Es wäre auch wichtig, nach dem Austritt Großbritanniens die Wirtschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten, denn durch den Austritt verkleinert sich dieser Binnenmarkt um etwa ein Fünftel. Damit verliert er massiv an Wert.

Ich denke, wenn wir uns die Frage stellen: Wie können wir den Wohlstand in Europa auch in Zukunft erweitern?, müssen wir sehen, der Binnenmarkt ist sehr wichtig, aber wir müssen natürlich aufpassen, dass – sei es durch Austritte oder durch Protektionismus Europas – der Austausch auch darüber hinaus aufrechterhalten bleibt.

Eines der Szenarien ist ja die Konzentration auf den Binnenmarkt. Aus ökonomischer Sicht würde man dazu sagen, es gibt weitere Möglichkeiten der Wohlstandssteigerung durch gemeinsames Handeln in Europa. Der Binnenmarkt ist sicherlich der wichtigste Aspekt, aber es gibt weitere Möglichkeiten. Zum Beispiel können wir bestimmte Dinge – es ist gerade angesprochen worden –, etwa im Bereich der Verteidigungspolitik, gemeinsam tun und dadurch erhebliche Einsparungen erzielen. Die Ökonomen spre-

chen hier von Skalenerträgen. Wenn wir also gemeinsam etwa Militärgüter beschaffen, gibt es das Potenzial, das viel günstiger hinzukriegen und am Ende eine viel effektivere Armee zu haben. Sowohl bei der Beschaffung als auch bei der Organisation der Streitkräfte selbst gibt es ein Riesenpotenzial, Dinge einzusparen und mehr zu erreichen mit dem Geld, das wir haben.

Gleichzeitig ist durch gemeinsames Handeln in diesem Sinne natürlich auch eine gewisse Aufgabe von nationalstaatlicher Souveränität erforderlich, denn wenn wir eine gemeinsame Armee oder gemeinsame Waffensysteme schaffen, kann eben per definitionem nicht mehr jede nationale Regierung alleine bestimmen, wie diese Systeme gestaltet werden und vielleicht auch, wie diese Armee dann hinterher eingesetzt wird. Aus ökonomischer Sicht kann man sagen, das ist ein typisches Beispiel für einen Politikbereich, in dem europäischer Mehrwert möglich ist, in dem also alle gewinnen können durch gemeinsames Handeln. Das gilt auch für andere Politikbereiche: Migration, Innere Sicherheit, Äußere Sicherheit. Da gibt es also ein erhebliches Wohlstandssteigerungspotenzial durch gemeinsames Handeln.

Ich würde mich im Folgenden gerne auf einen Aspekt konzentrieren, und das ist die Europäische Währungsunion, und jetzt weniger über die einzelnen Szenarien reden. Ich denke, darüber ist schon einiges gesagt worden, und diese Szenarien schließen einander nicht gegenseitig aus. Wir können also das Binnenmarktszenario anstreben, sollten aber darüber hinaus nachdenken, ob man nicht in bestimmten Politikbereichen weiter gemeinsam zusammenarbeitet. Aus ökonomischer Sicht ist das mit Sicherheit sinnvoll, auch in der Form der Zusammenarbeit vielleicht nur eines Teils der Staaten. Aus ökonomischer Sicht würde man sagen, es ist immer noch besser, eine Teilgruppe von Staaten nützt Möglichkeiten der Wohlstandssteigerung, z.B. gemeinsame militärische Beschaffung, als es passiert gar nichts.

Gleichzeitig ist es natürlich richtig: Die Welt ist einfacher, wenn alle 27 gemeinsam handeln. Trotzdem würde ich sagen, pragmatischerweise sollte man Zusammenarbeit unter einer beschränkten Zahl von Staaten positiv sehen.

Bevor ich zur Währungsunion komme, vielleicht noch ein Punkt, der mir hier fehlt in diesem Weißbuch, und das ist aus meiner Sicht gravierend, nämlich der Aspekt des Subsidiaritätsprinzips. Das Subsidiaritätsprinzip hat eine lange Geschichte, ich meine, eine positive Geschichte in der Entwicklung

der Europäischen Union. Es ist meiner Ansicht nach keine rein ökonomische Angelegenheit, aber ein ganz wichtiges Leitbild. Das Subsidiaritätsprinzip sagt ja ungefähr, wir sollten staatliches Handeln so organisieren, dass es möglichst bürgernah ist, also möglichst dezentral erfolgt. Wenn wir etwas auf die zentrale Ebene heben, sei es etwa auf die Bundesebene, oder man kann auch bei den Kommunen anfangen: auf die Landesebene, dann auf die Bundesebene oder auf die europäische Ebene, dann ist das begründungsbedürftig, nicht umgekehrt.

Das ist begründungsbedürftig, und ich betone das hier, weil ich eine gewisse Gefahr darin sehe, dass wir heute alles von der EU erwarten. Wenn ich mir anschau, was an Papieren aus den europäischen Organen kommt: Es gibt wirklich kein Politikthema, in dem man da nicht Gutes tun möchte, und das kann ich ja auch nachvollziehen. Das geschieht ja auch mit den besten Absichten. Wir müssen nur aufpassen, denn ich sehe einfach die Gefahr, dass auf EU-Ebene sehr, sehr viel gefordert und versprochen wird. Es gibt Psychologen, die schon von einem "Helferkomplex" sprechen. Man möchte gerne jedes Problem lösen, aber das kann die EU nicht, und das führt dann zu einer Enttäuschung. Und hinterher sagen die Leute: Was habt ihr alles versprochen, und das ist dann nichts geworden!

Also: Vorsicht! Ich glaube, wir müssen viel vorsichtiger werden, bevor wir versprechen, dass wir auf europäischer Ebene Dinge angehen. Wir können nicht die ganze Welt retten, ja auch nicht Europa retten, indem wir jetzt in allen Politikbereichen fordern, dass die EU handelt. Wir sollten sehr genau überlegen, was wir da erwarten.

Lassen Sie mich zur Währungsunion kommen. Hier gibt es ein schlichtes ökonomisches Prinzip, das im Weißbuch ebenfalls fehlt, und das ist gravierend. Man kann es in einfache Sprache übersetzen als das Prinzip: Wer bestellt, bezahlt. Das ist ein Prinzip, das wir alle kennen, das wird aber auf eklatante Weise verletzt und spielt eine viel zu geringe Rolle im Weißbuch zur Europäischen Währungsunion. Die Ökonomen sagen dazu: Haftung und Kontrolle nicht auseinanderfallen lassen. Also: Wer für etwas haftet, muss auch die Entscheidung, die damit in Zusammenhang steht, kontrollieren. Oder umgekehrt: Nur dann, wenn ich etwas kontrolliere, unter meiner Kontrolle habe, kann ich auch dafür haften. Das ist ein ganz wichtiges Prinzip, das wir bei der Gestaltung der Währungsunion beachten müssen.

Kurz zum Reflexionspapier. – Zur Vertiefung der Währungsunion werden mehrere Varianten ange-

sprochen: Vollendung der Bankenunion, Stärkung der Wirtschafts- und Fiskalunion durch das Europäische Semester und Verankerung demokratischer Rechenschaftspflicht, Stärkung der Institutionen des Euro-Raums.

Wir müssen sehen, dass das Europäische Semester ein, wie ich meine, sehr sinnvoller Prozess ist, aber eher ein Konsultationsprozess. Es ist ein Austausch von Meinungen unter Partnern. Das darf man nicht verwechseln mit einer zentralen Kontrolle, mit einer europäischen Kontrolle der Fiskalpolitik. Wir haben zwar fiskalische Regeln, die spielen auch im Europäischen Semester eine Rolle, aber die Entscheidung, die Kontrolle ist hier nach wie vor national. Deshalb ist das Europäische Semester keine Basis für gemeinsame Haftung; das ist ganz wichtig.

Wenn wir einmal die 3 %-Regel für das Defizit nehmen – das ist ja eine sehr bekannte Regel –: Diese Regel ist 168 Mal überschritten worden seit der Gründung der Euro-Zone! Es gibt Länder, die diese Regel in jedem Jahr verletzt haben. Konsequenzen: keine. Ich will das hier gar nicht anprangern oder darüber moralisieren, letztlich haben ja gewählte nationale Parlamente entschieden, diese Regeln zu überschreiten, und dort liegt ja die demokratische Legitimierung.

Das ist aber etwas, was wir verstehen müssen, etwas, was wir wissen müssen. Das sind Konsultationsprozesse, die sehr nützlich sind, wir dürfen sie aber nicht verwechseln mit einer europäischen Kontrolle, mit einem Szenario, in dem europäisch *entschieden*würde, wie die Fiskalpolitik gemacht wird. Es ist ganz wichtig, dass wir das unterscheiden.

Was mir fehlt im Reflexionspapier, das sind ganz entscheidende Probleme der Währungsunion. Wie sichern wir künftig, dass Überschuldungen einzelner Mitgliedstaaten nicht dazu führen, dass Steuerzahler anderer Mitgliedstaaten dafür geradestehen, sondern die Gläubiger? Das werden wir nicht schaffen, solange Banken in hohem Umfang Gläubiger von Staaten sind, ihrer eigenen Staaten. Heute ist es so, dass z.B. die italienischen Banken in sehr, sehr großem Umfang Staatsanleihen des italienischen Staates gekauft haben. Das birgt die Gefahr, dass, sollte etwa ein Land wie Italien einmal seine Staatsschulden nicht mehr zurückzahlen können, man sagen wird: Jetzt können wir nicht die Gläubiger belangen, denn wenn wir das tun, bricht das Bankensystem zusammen. Also werden es die Steuerzahler anderer Staaten zahlen, Steuerzahler, die niemals mit entschieden haben über diese Staatsverschuldung.

Das ist ein klassisches Beispiel für das, was ich sage. Das Prinzip: Wer bestellt, bezahlt, wird da eklatant verletzt. Die Antwort darauf kann aus meiner Sicht nur sein: Wir müssen die Banken herausbekommen aus dem Geschäft, Staaten zu finanzieren. Damit kann man zwar schön Geld verdienen, da muss man sich auch nicht besonders anstrengen, aber es gibt keinen ökonomischen Grund dafür, keine Rechtfertigung dafür, dass Banken in diesem Umfang Staatsanleihen halten. Nur dann, wenn das nicht der Fall ist, können wir die Gläubiger wirklich beanspruchen. Das müssen andere sein, die die Staatsanleihen halten, z.B. Pensionsfonds. Die haben einen langen Anlagehorizont, die können diversifiziert sein, die müssen auch so reguliert werden, dass sie diversifiziert sind.

Das ist also eine fundamentale Frage für die Zukunft der Währungsunion. Über Schulden entscheiden die nationalen Parlamente, sonst niemand in Europa. Das heißt, es muss auch national gehaftet werden. Die Herausforderung liegt darin, das sicherzustellen, ohne dass man in eine schwere Krise gerät. Es bringt nichts, wenn wir uns einreden, so wie wir das nach Gründung der Währungsunion getan haben, wir könnten schon die Gläubiger haften lassen – Sie erinnern sich: No-Bailout-Klausel –, aber in der Krise dann feststellen: Ui je!, wirklich nachgedacht haben wir nicht. Die Banken sind ja voll beladen mit Staatsanleihen, und wir wollen keine Bankenkrise, also nehmen wir Steuerzahler anderer Länder in Anspruch. – Das geht nicht!

Was auch nicht geht – und dann höre ich schon auf –, das ist, in der aktuellen Lage eine Europäische Einlagensicherung zu schaffen. Das ist völlig verrückt! Warum ist das völlig verrückt? – Wenn Sie eine gemeinsame Einlagensicherung schaffen, müssen Sie z.B. sicherstellen, dass die Banken nicht im großen Umfang Staatsanleihen kaufen, sonst kann jeder Staat die eigenen Banken veranlassen, Staatsanleihen zu kaufen. Die zahle ich nicht zurück, und dann verlieren die Sparer, die dieser Bank das Geld gegeben haben, ihre Einlagen, und dann kommt die Europäische Einlagensicherung und gibt es ihnen.

Das heißt, man kann quasi direkt in den Geldbeutel der Steuerzahler anderer Länder oder auch der Sparer anderer Länder hineingreifen. Deshalb: Bevor wir über eine Einlagensicherung reden können, müssen wir die Banken herausbekommen aus dem Geschäft, Staaten zu finanzieren.

Wir brauchen außerdem eine gemeinsame Gesetzgebung in ganz vielen Bereichen, z.B.: Wann kann ich eigentlich jemanden zwingen, sein Haus zu ver-

lassen, weil es versteigert werden muss? Es gehört der Bank. Diese Gesetze können wir nicht den Nationalstaaten überlassen und gleichzeitig eine gemeinsame Einlagensicherung eingehen. Das geht nicht! Sonst verbiete ich als Staat meinen Banken, ihre Forderungen einzutreiben. Es ist ja auch nicht schön, wenn man Leute aus ihren Häusern vertreiben und das Haus versteigern muss, aber sonst wird jeder Staat in Europa seinen Banken verbieten, ihre Forderungen einzutreiben, denn es ist ja viel leichter, wenn man sich auf die Einlagensicherung verlässt. Es gibt da einfach Konsistenzanforderungen, die man erst einmal erfüllen muss, bevor man über eine gemeinsame Einlagensicherung spricht. Und dass die hier in dem Papier fehlt, das ist gravierend.

Deshalb sage ich, das ist keine ausreichende Grundlage für die Weiterentwicklung der Währungsunion. Da werden schon auch viele relevante Punkte angesprochen, aber ganz zentrale fehlen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Herr Prof. Fuest, danke schön. – Als letzte Sachverständige kommt jetzt Frau Dr. Angelika Poth-Mögele zu Wort. Bitte.

**SVe Dr. Angelika Poth-Mögele (CEMR Brüssel):** Vielen herzlichen Dank. – Als Vertreterin der Kommunen bedanke ich mich ganz herzlich für die Einladung zu dieser Anhörung heute und möchte Sie insbesondere beglückwünschen, dass Sie diese Initiative ergreifen. Meines Wissens gibt es nichts Vergleichbares in anderen Ländern. Ich finde es ausgesprochen wichtig und sinnvoll, dass sich auch der Bayerische Landtag, der Europaausschuss, mit dem Thema beschäftigt.

Ich darf mich kurz vorstellen: Ich bin seit 27 Jahren in Brüssel, immer als Vertreterin kommunaler Interessen. Ich habe lange Zeit die bayerischen kommunalen Spitzenverbände in Brüssel vertreten, auch drei Jahre den Österreichischen Gemeindebund, und bin jetzt im Europäischen Kommunalen Spitzenverband, dem Europäischen Dachverband Council of European Municipalities and Regions, seit 13 Jahren tätig und bin dort zuständig für alles, was mit Europa zu tun hat.

Ich muss sagen, es ist beeindruckend, wie man im Laufe dieser Jahre in Brüssel erlebt hat, wie sich die EU, wie sich Europa weiterentwickelt hat und in welcher Situation wir uns jetzt befinden – die Vorredner haben ja bereits darauf Bezug genommen, und deshalb erspare ich mir einiges, was ich mir auch notiert hatte, weil ja vieles schon gesagt wurde. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, und ich sage das auch,

weil ich, wie schon gesagt, für die bayerischen Kommunen lange Zeit in Brüssel tätig war: Meiner Erfahrung nach hat sich Bayern immer konstruktiv und aktiv, auch pro-aktiv zum Teil, mit der Frage der EU und der Europäischen Integration beschäftigt. Deshalb finde ich es wichtig, dass Sie sich da auch weiterhin einbringen, nicht zuletzt auch, auch wenn es schon lange her ist, der Verfassungskonvent, der ja vor vielen Jahren getagt hat. Da haben sich ja auch die deutschen Bundesländer, insbesondere auch Bayern und Baden-Württemberg, sehr stark eingebracht. Deshalb würde ich Sie gerne ermutigen, eine solche Initiative vielleicht auch in der Zukunft wieder zu unterstützen und eine breite Debatte zur Zukunft Europas zu führen, weil es unglaublich wichtig ist, dass wir uns gemeinsam mit dieser Frage beschäftigen.

Wir sind natürlich alle gespannt, wie jetzt die Koalitionsverhandlungen in Berlin weitergehen und wie sich die künftige Bundesregierung dann positioniert. Insbesondere warten wir alle auf eine Antwort auf die Vorschläge vom französischen Staatspräsidenten Macron.

Ich schließe mich der Einschätzung der Vorredner an, was die Einordnung des Weißbuches angeht. Ich denke, es war insbesondere die Motivation von Kommissionspräsident Juncker, zu verhindern, dass die Kommission mit einem Vorschlag kommt, wie es in Zukunft weitergehen soll, was gemacht werden soll, sondern dass der Ball in das Spielfeld gespielt wurde und dann die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, darauf zu reagieren bzw. sich Gedanken zu machen. Ich halte es für ein bisschen mühsam, sich mit den Szenarien zu beschäftigen, weil es, wie die Vorredner auch schon ausgeführt haben, im Prinzip nur theoretische Vorgaben sind, die so in der Praxis gar nicht zur Anwendung kommen werden.

Wichtig ist es, glaube ich, und da bin ich Herrn Fuest auch dankbar für die Steilvorlage in der ganzen Diskussion, und das ist einer unserer Schwerpunkte aus der kommunalen Perspektive, sich insbesondere mit der Frage der demokratischen Legitimierung und der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips und auch des Verhältnismäßigkeitsprinzips in dem Zusammenhang in der künftigen EU zu beschäftigen.

Ich würde ganz gerne skizzieren, was wir als europäischer kommunaler Spitzenverband uns zur Zukunft Europas überlegt haben. Unser Verband, und das ist wichtig, vertritt also nicht nur die kommunalen Spitzenverbände aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern wir haben bei uns 60 nationale Verbände aus 41 Ländern. Daraus erken-

nen Sie, dass viele Länder bei uns als kommunale Spitzenverbände vertreten sind, Länder, die nicht in der EU sind, und es ist für uns auch wichtig zu betonen, Zukunft Europa ist nicht nur EU, sondern Gesamteuropa.

Wir haben natürlich auch unsere britischen Verbände bei uns als Mitglieder, und nicht zuletzt für die ist es ausgesprochen wichtig, auch in der Zukunft an Bord zu sein, wenn es darum geht, die Gestaltung Europas zu organisieren.

Was für mich ganz wichtig ist, und das ist sehr erfreulich: Dass alle unsere Mitgliedsverbände – und unseren Verband gibt es sei 1951 – sich ausnahmslos zu den europäischen Werten bekennen, dass sich alle für ein starkes und vereintes Europa aussprechen, für eine gemeinsame Zusammenarbeit und für den Dialog als Grundlage der Gestaltung der Zukunft. Das ist, denke ich, ganz wichtig, dass es hier auf kommunaler Ebene eine breite Zustimmung gibt.

Wir legen allerdings auch Wert darauf, auf die Vielfalt in Europa hinzuweisen und gerade auch die Achtung dieser Vielfalt anzumahnen, wenn es darum geht, Lösungen und Ziele anzustreben, wie gemeinsame Herausforderungen in der Zukunft angegangen werden.

Viele von Ihnen kommen wahrscheinlich aus der Kommunalpolitik; das ist zumindest meine Erfahrung aus meiner früheren Tätigkeit. Deshalb wissen Sie sehr genau, dass viele globale Probleme auch Auswirkungen auf die Kommunen haben, und dass gerade die Kommunen hier gefordert sind, Maßnahmen zu ergreifen. Ein gutes Beispiel ist natürlich der Klimawandel, und auch Energiewende und Migration, um nur ein paar Bereiche zu nennen, finden ganz konkret ihre Auswirkungen auf der kommunalen Ebene und müssen dort auch angegangen werden.

Deshalb ist es für uns wichtig, wie Herr Fuest auch schon ausgeführt hat, dass zunächst einmal gefragt wird und gefragt werden soll: Was kann auf kommunaler Ebene erreicht werden, was muss auf den darüberliegenden Ebenen gelöst werden?

Wenn wir mit diesen Fragen in die Kommission gehen, hören wir immer überwiegend die Position: Wir sind eine Union der Mitgliedstaaten, diskutieren Sie das zuhause mit Ihren nationalen Regierungen! Wir sehen es aber als notwendig an, dass bereits auf der europäischen Ebene frühzeitig berücksichtigt wird, welche Auswirkungen europäische Lösungen,

europäische Politiken und Gesetzgebung auf die lokale, auf die kommunale und regionale Ebene haben, und dass man gemeinsam daran interessiert sein muss, Lösungen zu finden, die gemeinsam getragen und umgesetzt werden.

Das ist für uns auch die Voraussetzung dafür, dass wir Europa stärker auch an die Bedürfnisse und an die Probleme der Bürgerinnen und Bürger heranbringen. Es ist ja bereits darauf hingewiesen worden: Wir alle verfolgen mit großer Sorge, würde ich sagen, die Tendenzen in etlichen Ländern, dass es Gruppierungen gibt, die mit vermeintlich einfachen Lösungen zu sehr komplexen Problemen, insbesondere einem Austritt aus der Europäischen Union, hervorpreschen. Wir wollen das auf jeden Fall verhindern, aber wir müssen auf der anderen Seite eben auch deutlich kommunizieren, dass sich die Europäische Union der Probleme, der Sorgen der Menschen annehmen muss, und dass wir gemeinsam tragfähige Lösungen finden müssen und diese auch kommunizieren. Es gibt hier bestimmt auch ein Kommunikationsproblem.

Wenn wir dafür plädieren, auch die Vielfalt in Europa zu berücksichtigen, müssen wir auch erkennen – in der Zwischenzeit mit 28 Mitgliedstaaten –, dass wir nicht eine sogenannte "One-size-fits-all"-Lösung propagieren können, dass wir also eine gemeinsame Lösung in allen Mitgliedstaaten, eine Harmonisierung für alle Bereiche verfolgen sollen, sondern dass wir durchaus berücksichtigen müssen, dass es unterschiedliche Wege gibt, um die Ziele, auf die wir uns verständigen in der Europäischen Union, zu erreichen. Wir plädieren also sehr dafür, dass wir uns auf gemeinsame Ziele verständigen, aber dass wir doch den Mitgliedstaaten und den subnationalen Ebenen einen gewissen Handlungsspielraum lassen, wie diese Ziele erreicht werden können.

Letzter Punkt: Die Europäische Union ist ja auch keine Insel, sondern wir sind dem Weltverband mit dem Rest der Welt verbunden. Es ist für uns auch wichtig, dass wir nicht nur eine Nabelschau betreiben, wie wir die Zukunft Europas gestalten, sondern dass wir auch sehr genau darauf achten, wie wir uns im internationalen Wettbewerb, in den Entwicklungen im internationalen Bereich aufstellen müssen. Für uns ist natürlich auch wichtig, dass wir berücksichtigen, inwiefern die Kommunen und die Regionen davon betroffen sind. Internationale Handelsverträge zum Beispiel, wie wir sie jetzt hatten mit CETA und TTIP, das ja im Moment auf Eis liegt, haben konkrete Auswirkungen auch auf die kommunale Ebene, und muss auch berücksichtigt werden. Wir wünschen uns deshalb, dass in der Diskussion über die Zukunft Europas eine Kooperation insbesondere

auch mit der kommunalen und regionalen Ebene erfolgt.

Und ein für uns auch noch wichtiger Punkt – wir hatten vorhin offensichtlich auch Schülerinnen und Schüler als Zuhörer –: Es ist für uns wichtig, in die Debatte auch die jüngeren Menschen, die junge Generation mit einzubeziehen. Es ist ja insbesondere *ihre* Zukunft. Wir haben vor, insbesondere mit jungen Vertreterinnen und Vertretern auch aus der Politik diese Diskussion zu führen, um sie stärker auch in die Debatte über die Zukunft Europas mit einzubinden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Vielen Dank, Frau Poth-Mögele.

Ich danke allen Expertinnen und Experten für ihre Ausführungen und würde jetzt in die Fragerunde einsteigen. Es gab schon mehrere Wortmeldungen.

Ich beginne mit einer Frage, die mich persönlich sehr bewegt im Anschluss an die Ausführungen von Prof. Davis. Er hat ja dargelegt, dass das "Weißbuch zur Zukunft Europas" betreffend mehr Politikfelder spezifisch zu sehen sind. Ich persönlich bin der Ansicht, das ist aber meine persönliche Meinung, dass wir vor allem das Vertrauen der Bürger in den wesentlichen Problemfeldern, die wir derzeit haben – Migration und Währungspolitik – stärken müssen, um das zu verändern und auch europafreundlicher zu gestalten.

Da geht meine Frage an Prof. Fuest: Macron hat ja ein großes Bild über die Zukunft Europas vor allem in finanzpolitischer Hinsicht entworfen, indem er im Wesentlichen einen größeren gemeinsamen EU-Haushalt – er hat es nicht näher definiert, aber wohl doch einen gemeinsamen EU-Haushalt – fordert und einen gemeinsamen Europäischen Finanzminister. Unser scheidender Bundesfinanzminister Schäuble hat dann sozusagen in seiner letzten Rede vor den europäischen Finanzministern dagegeengehalten und gesagt, er sehe das nicht so. Er würde eher vorschlagen: keinen gemeinsamen EU-Haushalt, sondern den Krisenfonds ESM zu stärken, damit wir eine unabhängige Instanz neben der Kommission haben, die die Stabilitätskriterien in Europa überwachen würde, also sozusagen eine Wegverlagerung von der Kommission. Und er sieht auch keine Notwendigkeit für einen Europäischen Finanzminister.

Prof. Fuest, wie sehen Sie das? Ich nehme jetzt einmal das Thema Währungspolitik, Finanzpolitik, gemeinsame Währung heraus, weil das natürlich die Menschen sehr bewegt und auch davon abhängig

ist, ob das alles so "hinhaut". Da geht es ja bis zur gemeinsamen Haftung, zur gemeinsamen Verschuldung usw. – Sie haben es ja schon angesprochen. Wie beurteilen Sie diese beiden Vorschläge aus deutscher Sicht?

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Zunächst zum Euro-Budget, wie Macron es genannt hat, zu einer Erweiterung des EU-Haushalts. – Ich glaube, beim Euro-Budget muss man zunächst die Frage stellen: Ist das isoliert vom EU-Haushalt oder ist es, wie Sie es jetzt beschrieben haben, Teil des EU-Haushalts? Ich denke, man kann sich vorstellen, dass man den EU-Haushalt vergrößert. Wir haben ja gerade einige Politiken besprochen, z.B. die Verteidigungspolitik. Wenn man sich vorstellt, man schafft mittelfristig eine gemeinsame europäische Armee, dann braucht man einen größeren EU-Haushalt. Die Mitgliedstaaten könnten mehr einsparen, als man im EU-Haushalt braucht, denke ich. Insofern würde ich das nicht generell zurückweisen, sondern es kommt wirklich darauf an: Was will man eigentlich tun mit dem Geld?

Da gibt es produktive Möglichkeiten. Macron hat in der Vergangenheit verschiedentlich auch gesagt, der EU-Haushalt soll umverteilt werden. Hier haben wir, glaube ich, einfach eine politische Entscheidung zu treffen. Man kann politisch entscheiden: Wir möchten stärker umverteilen in Europa, z.B. Griechenland oder andere Länder stützen. Wenn wir uns die Konvergenz in Europa anschauen, kann man das so zusammenfassen: Die südeuropäischen Staaten fallen nicht erst seit der Finanzkrise, sondern seit längerer Zeit zurück, sie holen nicht nur nicht auf, sondern sie fallen zurück, und die osteuropäischen Staaten holen auf. Das ist im Moment das Bild.

Man könnte hier sagen: Okay, es gibt eine politische Entscheidung, umzuverteilen. Ich fände es wichtig, dass man das den Wählern dann auch offen sagt: Das ist eine demokratische Entscheidung. Möchten die Wähler z.B. die Einkommensteuer erhöhen oder auf gewisse Leistungen verzichten und dafür Ressourcen in andere Länder leiten? Das kann eine politische Entscheidung sein. Ich kann als Ökonom nicht sagen, das wäre schlecht oder gut. Aus meiner Sicht muss es nur wirklich transparent sein und sollte nicht durch die Hintertür erfolgen.

Das sind also Vorschläge von Macron, über die man reden kann. Die Frage ist: Ist die Bevölkerung bei uns bereit, auf Leistungen zu verzichten oder höhere Steuern zu zahlen?

Was einen Europäischen Finanzminister angeht, würde ich es ähnlich sehen. Die Frage ist: Was macht der Mann? Ich fürchte, die Erwartung wäre, dass er z.B. die nationalen Fiskalpolitiken kontrolliert. Das würde bedeuten, das Budgetrecht geht vom Deutschen Bundestag auf diesen Europäischen Finanzminister über. Da ist die Frage: Wer wählt den eigentlich? Es gibt auf der Welt keinen Bundesstaat und überhaupt keine Organisation, in dem bzw. in der der Finanzminister über die Staatsverschuldung entscheidet. Ich glaube, das sagt uns, dieser Finanzminister wird *nicht* die Verschuldungspolitik in Europa effektiv kontrollieren können. Oder ist er derjenige, der einen Vorschlag macht, wie das EU-Budget aussieht? – Bitte, dann kann man den so nennen.

Es gibt einfach ganz unterschiedliche Erwartungen an diesen Posten, und meine Befürchtung wäre wieder, dass am Ende alle enttäuscht sind.

Ich war kürzlich in Rom und habe dort einen Vortrag gehalten. Da sagten die Leute: Einen Europäischen Finanzminister finden wir "klasse", der verteilt dann um, dann kriegen wir von den Transfers! – Da sehen Sie schon, wie unterschiedlich die Anforderungen sind.

Europäischer Währungsfonds – letzter Punkt –, also Vorschlag Schäuble. – Das ist eine Reaktion auf den Eindruck, dass die Europäische Kommission vielleicht nicht genug tut, man muss wohl sagen: im Zusammenspiel auch mit dem Europäischen Rat. Das sind ja letztlich die Mitgliedstaaten selbst, die da ganz entscheidend sind, aber das ist die Vorstellung, dass die europäischen Institutionen, sage ich einmal, nicht genug tun, um die Regeln durchzusetzen. Ich habe vorhin erwähnt, 168 Mal ist die 3 %-Grenze überschritten worden – manchmal war das gerechtfertigt wegen einer Rezession, aber in mehr als 100 Fällen eben auch nicht. Konsequenz: keine.

Wenn wir das jetzt dem Europäischen Währungsfonds übertragen, kann man vielleicht erwarten, dass dieser mechanischer reagiert. Der verschickt dann einen Brief, wenn die 3 % überschritten werden. Das löst aus meiner Sicht kein Problem. Das macht es vielleicht etwas sichtbarer, also hilft ein wenig, aber es löst nicht das Problem, dass Staaten dann vielleicht trotzdem dabei bleiben.

Noch einmal: Nur die nationalen Parlamente in Europa haben das Recht, über Defizite zu entscheiden, nur sie haben die demokratische Legitimierung. Regeln sind ja nicht für den Normalfall, da versteht man sich so, sondern wir müssen uns immer fragen,

wenn wir Institutionen schaffen: Wie reagieren die in einer Krisensituation? Und da wird jede Regierung auf die nationalen Interessen schauen, dafür ist sie ja vereidigt, und fiskalpolitische Regeln überschreiten. Das sagt jede Erfahrung, die wir haben, und daran wird auch der Europäische Währungsfonds nichts ändern.

Insofern denke ich, man kann darüber reden, aber man darf auch nicht zu viel erwarten. Viel wichtiger ist aus meiner Sicht die Frage der Unterlegung von Banken mit Staatsanleihen. Schäuble hat übrigens auch davor gewarnt, gemeinsame Staatsanleihen einzuführen. Das wird im Moment in Europa sehr intensiv diskutiert. Da gibt es auch Modelle ohne Solidarhaftung. Das sind relativ technische Dinge, aber die Politik muss sich damit beschäftigen. Auch da muss man sehr genau hinschauen und fragen: Sind das Formen der Solidarhaftung, die hier eingeführt werden?

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön, Herr Dr. Fuest. – Als Nächste hat sich Frau Christine Kamm gemeldet.

**Abg. Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Experten! Erst einmal ein herzliches Dankeschön, dass Sie zu dieser Anhörung, zu dieser Diskussion des Europaausschusses gekommen sind: Wie soll es denn eigentlich weitergehen? In welche Richtung soll es weitergehen? Was wäre denn eigentlich ein Standpunkt, den wir von Bayern aus dazu einnehmen könnten?

Insgesamt ist zu sagen, dass sich die Europäische Union natürlich immer weiterentwickelt hat. Sie hat relativ klein gestartet, und sie hat es durchaus auch geschafft, Korrekturen vorzunehmen, wenn bestimmte Entwicklungen schiefgelaufen sind. Wenn gleich das natürlich immer wieder schwerfällig aussieht, aber Fakt ist: Die Europäische Union hat sich weiterentwickelt, und sie steht jetzt vor der Entscheidung, wie sie sich in Zukunft weiterentwickelt.

Es ist eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht worden. Wir hören hier natürlich auch sehr viel Skepsis zu verschiedenen Vorschlägen, aber das heißt jetzt nicht unbedingt, dass es einen Stillstand geben wird. Das wird nicht der Fall sein, sondern es wird eine Weiterentwicklung geben.

Und wo ich Ihnen natürlich auch sehr recht gebe: Es muss eine demokratisch legitimierte Weiterentwicklung sein, und zwar auch eine der Regionen, Sie haben es gesagt, aber auch eine der Bürgerinnen und Bürger. Das ist auch eine ganz wichtige Rückkopplung, die wir da insgesamt brauchen.

Wir würden uns in verschiedenen Bereichen der Europäischen Union eine Stärkung der Problemlösungskompetenz wünschen. Sie haben ja das Thema Außen- und Sicherheitspolitik angesprochen, aber ich denke, es gibt auch noch andere Themenfelder, wo es vielleicht naheliegender ist, eine gemeinsame Politik zu stärken, z.B. im Bereich Industriepolitik. Jeder Nationalstaat macht seine eigene Industriepolitik. Wie klug ist das in der jetzigen weltwirtschaftlichen Situation, wo wir ganz starke Player haben, etwa China, die eine ganz aggressive Industriepolitik machen? Wo ist da die europäische Antwort? Sollte es da nicht eine europäische Antwort geben? Ich wäre dankbar, wenn vielleicht Herr Fuest oder Herr Dreute da noch einmal einen Einblick geben könnten, in welche Richtung sie diesbezüglich denken.

Ein zweites Thema: Es ist heute hier gesagt worden, es kommt darauf an, was die Bürgerinnen und Bürger wollen, was die Bürgerinnen und Bürger brauchen, welche Erwartungen sie haben. Es ist unzweifelhaft so, dass viele Bürgerinnen und Bürger einfach wünschen, dass es mehr soziale Gerechtigkeit gibt, mehr Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, und da gibt es eben kaum Antworten, mit welchem Szenario das am besten gelingt. Wenn es nämlich nur eine Koalition der Willigen gibt, dann arbeiten eben einige Willige zusammen, aber eher die Länder, die in diesen Bereichen die geringeren Probleme haben, und möglicherweise ist dann die Anschlussfähigkeit der anderen Länder an diese umso größer, wird die Kluft in Europa größer.

Es wäre sehr schön, wenn Sie, Frau Bischoff, dazu noch etwas sagen könnten. Gerade wenn wir eine Politik machen, die möglicherweise in einer Gruppe der Willigen dieses Thema soziale Fragen mehr angeht, vergrößert das nicht die Kluft und die Spaltung in Europa und ist damit auch eine große Gefahr?

Das waren meine zwei Fragen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Ich würde sagen, das waren jetzt zwei Fragen an drei Adressaten. Ich schlage vor, dass gleich die zuletzt Angesprochene, Frau Bischoff, antwortet, dann Herr Dreute und Herr Fuest.

**Sve Gabriele Bischoff (EWSA Brüssel):** Noch eine Vorbemerkung. Natürlich haben wir ja bereits einen EU-Haushalt – nur noch einmal zu den Vorrednern –, und wenn man sich die Landwirtschaft als größten Posten ansieht und die Sozialfonds, erkennt man, da haben wir auch eine Umverteilung innerhalb Europas. Es ist nicht so, als hätten wir das in

bestimmten Bereichen überhaupt nicht. Das nur ganz kurz dazu.

Es ist hier in den Debatten ja immer wieder angeklungen, dass im Zentrum das Vertrauen der Bürger steht. Wenn man feststellt, dass wir in einer ganzen Reihe von Ländern inzwischen euroskeptische und nationalistische Parteien haben, die die Regierung stellen oder Mehrheiten haben, heißt das nicht automatisch, wenn man sich z.B. Polen anschaut, dass auch die Bevölkerung in derselben Weise nationalistisch ist. In Polen ist die Unterstützung der Europäischen Union stärker als in Deutschland und auch nach wie vor sehr breit verankert.

Wenn wir die soziale Situation näher betrachten, merken wir, es ist eigentlich nicht so viel, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten. Sie wollen eine gute Arbeit haben, die anständig bezahlt ist, sie wollen eine Absicherung für die Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit usw., sie wollen Entwicklungsperspektiven für sich und ihre Kinder haben, beruflich etc. Und da ist eben die Frage: Wo befördert Europa das? Aber wo beschneidet es das auch? Wir haben nämlich beides.

Hier schauen die Bürgerinnen und Bürger natürlich genauer hin. Über Binnenmarktregulierungen haben wir genauso Eingriffe in nationale Sozialpolitik nicht zugunsten der Bürger, und wir hatten das auch über die Währungsunion. Wenn man z.B. an die Liberalisierungsmaßnahmen denkt, was die Bodenverkehrsdienste anbelangt an den Flughäfen – das ist ein gutes Beispiel aus der Region, aus der ich komme –, stellt man fest, dass das am Ende dazu geführt hat, dass die Menschen, die da arbeiten in den Bodenverkehrsdiensten, etwa 30 % weniger verdienen als vorher, dass sie es sich gar nicht mehr leisten können, in diesen Ballungszentren zu wohnen. Das ist keine direkte, aber eine indirekte Folge, und deshalb muss man sich in bestimmten Politikbereichen immer auch ansehen, welche sozialen Auswirkungen bestimmte Maßnahmen haben.

Wir haben soziale Standards gesetzt, und zwar sehr stark in den neunziger Jahren im Arbeits- und Gesundheitsschutz, in vielen Bereichen, in Fragen von sozialer Sicherung eben auch für mobile Arbeitnehmer in Europa. Aber mit den Erweiterungswellen müssen wir feststellen, dass es kaum noch die Möglichkeit gibt, gemeinsame Standards zu setzen, insbesondere da, wo Einstimmigkeit herrscht, weil sie einfach nicht mehr herstellbar ist, sodass wir eine große negative Intervention haben, aber nicht genug positive sozialpolitische Maßnahmen, und das ist das Dilemma, in dem Europa steckt.

Wenn einige Länder vorangehen, schafft das natürlich neue Spaltungen innerhalb Europas. Ich kann das gut sagen, weil in meiner Gruppe Gewerkschaftsvertreter aus allen Ländern sind. Wir haben eine sehr kritische Debatte geführt genau zu dieser Frage, weil gerade die Kolleginnen und Kollegen aus Mittel- und Osteuropa sagen: Wir haben unwahrscheinlich harte Zeiten hinter uns im Zuge dessen, Mitglied der Europäischen Union zu werden, im Zuge dieser Transformationsprozesse. Das Versprechen war immer eine Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem Wege des Fortschritts. Und das, sagen sie, passiert aber nicht. Sie haben natürlich sehr große Angst und sagen: Wenn ihr euch mit den Niederländern und vielleicht noch mit den Franzosen auf bessere Standards verständigt, wird das bedeuten, dass wir weiter abgehängt werden von diesem Versprechen.

Ich denke, wenn wir eine Lehre aus der Euro-Krise ziehen, ist es die, dass all die Maßnahmen, die wir treffen, politische Folgekosten haben, und die muss man eben von Anfang an mit berücksichtigen und kann es nicht nur ökonomisch durchdeklinieren. Das ist, glaube ich, sehr wichtig, und deshalb kann es helfen, Barrieren zu überwinden, aber es ist kein Alternativrezept.

Wir haben im Übrigen in der Praxis Mitte der 2000er-Jahre schon einmal eine Initiative im sozialen Bereich gehabt, die verstärkte Zusammenarbeit zu nutzen. Das war allerdings am Ende des Tages nicht sonderlich erfolgreich.

Und was Ihre Frage zur Industriepolitik anbelangt: Aus unserer Sicht ist das ein typisches Beispiel, wo man sagen kann, wenn wir uns auf Benchmarks in Europa verständigen, und das haben wir im Bereich der Industriepolitik getan, und dann aber nicht liefern, dann funktioniert das nicht alleine. Das heißt, wir brauchen eine aktive Industriepolitik, und die wird umso wichtiger sein, auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung, um Europa auf globalen Märkten wettbewerbsfähig zu machen, um die Innovationsfähigkeit zu stärken. Deshalb reicht es nicht, sich auf unverbindliche Benchmarks zu verständigen, dass wir den Anteil erhöhen wollen, es in der Praxis aber dann nicht tun.

Daher kann bezüglich aktiver Industriepolitik aus unserer Sicht eine Antwort sein, dass wir mit Blick auf die Digitalisierung – das kann man gar nicht mehr national lösen – europäische Lösungen produzieren können, die einen gesamten Binnenmarkt umfassen

und besser sind, als wieder zurückzufallen in 27 einzelstaatliche Regelungen.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Herr Dreute vielleicht als Nächster.

**SV Oliver Dreute (EPSC Brüssel):** Vielen Dank. – Frau Kamm, die drei Fragen gehören eigentlich alle zusammen: Was nimmt der Bürger eigentlich aus Europa mit?, Industriepolitik und "sozialer Pfeiler".

Was die Industriepolitik angeht, hat die Kommission kürzlich eine Mitteilung beschlossen. Industriepolitik beruht im Grunde darauf, wie wir unsere Schwerpunkte für die Zukunft setzen. Ich meine, wir haben die Digitalisierung, wir haben verschiedene Projekte identifiziert, die über die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas entscheiden, und unter dem Gesichtspunkt muss man auch die europäische Förderung aller dieser Projekte sehen.

Wir haben viel Förderung im Bereich von Forschung, von Grundlagenforschung, wir haben viel Förderung für Start-ups. In diesen beiden Bereichen ist Europa weltweit führend. Wo es hapert, das ist bei der Übersetzung dieser beiden Punkte in langfristiges Wirtschaftswachstum und langfristige Beschäftigung. Da ist die Analyse schon so weit fortgeschritten, dass wir denken, es gibt Möglichkeiten, die Unterstützung durch Europa zu verbessern.

Was den "sozialen Pfeiler" angeht, wird dieser am 17. dieses Monats nach langen Diskussionen – oder eigentlich kurzen Diskussionen: nach sechs Monaten – beschlossen werden; die Minister für Soziales haben sich ja darauf geeinigt. Der "soziale Pfeiler" ist natürlich ein typisches Beispiel dafür, dass die Gefahr besteht, dass zu viel versprochen und zu wenig gehalten wird. Darum sind die Bürger von Europa enttäuscht.

Es liegt aber jetzt in der Tat an den Mitgliedstaaten, was versprochen wird und ob das auch wirklich eingehalten wird, und an der Kommission, ob das, was versprochen wird, auch mit Vorschlägen, die realisierbar sind, unterfüttert wird. Hier spielt natürlich die Frage der Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an bessere Niveaus durch Mindeststandards eine ganz erhebliche Rolle, den Zusammenhalt in der Europäischen Union zu steigern.

Es bewegt sich aber einiges. Dass eine relativ zügige Einigung über die Neufassung der Entsenderichtlinie möglich ist, hätte vor wenigen Wochen auch noch keiner gedacht, nachdem dieses Thema insbesondere durch die Briten auf eine schwierige Art und Weise politisiert worden ist und Einigungen über Jahre unmöglich gemacht hat.

Insofern denke ich schon, dass durch die Identifizierung der richtigen Schritte bei der Industriepolitik und durch realistische Mindeststandards und das Vorgeben einer richtigen Marschroute Wachstum und Beschäftigung erreicht werden können, die die Bürger Europa auch als solches annehmen und sich damit besser identifizieren können.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke sehr. – Prof. Fuest als Nächster, bitte.

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Industriepolitik ist ein sehr weites Feld. Man muss, glaube ich, vorsichtig sein. Die Idee, die Politik wüsste, was die Techniken der Zukunft sind, diese Idee hat kaum eine empirische Basis. Es gibt zig Beispiele, in denen die Politik definiert hat: Das ist die Technologie der Zukunft, hier müssen Milliarden an Steuergeldern investiert werden!, und das Ergebnis war eine Investitionsruine.

In der Nähe meiner Heimat gibt bzw. gab es in Hamm-Uentrop einen sogenannten Schnellen Brüter. Da war es auch einmal so, dass die Politik geglaubt hat, wir müssen doch zukunftsgerichtete Industriepolitik machen, das kann man doch nicht anderen Ländern überlassen – und das Ergebnis war eine Investitionsruine! Für mich ist Industriepolitik eher eine breite Förderung der Forschung.

Ein Problem, das wir haben, ist, dass wir in Europa kleine Märkte haben und viele junge Unternehmen in die USA gehen, weil dort einfach der Markt größer ist. Man findet dort einen größeren Markt, und deshalb ist meiner Meinung nach der Binnenmarkt so wichtig für unsere Industriepolitik.

Es gibt auch eine außenpolitische Komponente. Sie kennen alle die Diskussion über die Übernahme von Unternehmen durch chinesische Investoren. Das ist, glaube ich, wirklich ein Gebiet, in dem Europa aktiv werden muss. Ich würde als Leitlinie dort immer die Reziprozität verfolgen. Wenn also chinesische Unternehmen hier Unternehmen übernehmen wollen, kann das diesen Unternehmen sehr gut tun, es muss nicht schlecht sein. Aber es kann nicht sein, dass chinesische Investoren in Europa Firmen übernehmen können und europäische Investoren in China nicht.

Wir haben außerdem in China ein komplexes Problem der Subventionierung, das ist das Thema China als Marktwirtschaft. Ich glaube, das sind Beispiele einer europäischen Industriepolitik, in der man auf europäischer Ebene wirklich gemeinsam handeln und vielleicht auch einmal hart auftreten muss. Ich würde viel mehr die Linie verfolgen, dass hier eben Reziprozität gilt. Wenn die Chinesen ihre

Märkte für Investoren nicht öffnen, sollten wir das ebenfalls nicht tun.

Letzter Punkt: Europäische Sozialpolitik. Hier muss man sehr vorsichtig vorgehen. Wir haben das Problem, dass es sich zwar gut anhört, wenn wir etwa gemeinsame Mindestlöhne einführen, das ist auch jedem herzlich gegönnt, nur müssen wir auch sehen, dass wir in den Peripheriestaaten eben niedrigere Produktivität haben als im Zentrum, und die Frage ist: Was wollen Sie jetzt mit gemeinsamen Sozialstandards? Sie können sagen, Sie wollen diese Produktivität – mehr ist nicht da – von den Unternehmen an die Arbeitnehmer umverteilen. Das kann man versuchen, aber ob das klappt, ist die Frage.

Sie müssen aber vor allem aufpassen, dass das Ganze nicht zu einem protektionistischen Instrument der reichen Länder führt. Wir haben jetzt die Entsenderichtlinie. Das hört sich gut an, und wenn polnische oder estnische Arbeiter zu uns kommen, sagt man: Sollen die doch auch den deutschen Mindestlohn bekommen! Die bekommen den natürlich nicht, sondern sind arbeitslos, weil sie gar nicht produktiv genug sind, um das bei uns zu erwirtschaften. Das heißt, der Wettbewerb wurde ausgeschaltet zugunsten der Schwachen. So *kann* das ausgehen, so muss es aber nicht ausgehen. Aber das ist eine Gefahr, die besteht. Klar, Wettbewerb ist unangenehm.

Ein letzter Punkt dazu. Gerade vorhin ist Digitalisierung angesprochen worden. Das führt dann eben dazu, dass diese Menschen nicht herkommen, sondern dass über irgendwelche Plattformen Jobs ausgelagert werden und möglicherweise dann auch Firmen in diese Länder gehen. Sozialpolitik ist also keine Veranstaltung, bei der man sich aussuchen kann, wie hoch die Löhne sind, bei der das politisch beschlossen werden kann, sondern es gibt Produktivitätsunterschiede, und Sozialstandards können auch leicht missbraucht werden, um protektionistisch zu sein.

Es spricht nicht grundsätzlich dagegen, dass man sich auf solche Dinge einigt, aber das ist ein Aspekt, den man beachten muss.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Nächster ist Herr Dr. Fahn. Bitte.

**Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Ich habe eine Frage an Frau Poth-Mögele. Sie haben ja auch ein Papier geschrieben, in dem steht:

Ein Europa der Zukunft muss die kommunale Selbstverwaltung achten, effiziente Instrumente

und Führungsstrukturen besitzen, wobei auch die Regionen und Kommunen an der Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Überprüfung der Politik und der Gesetzgebung mitwirken.

Da ist natürlich die Frage: Wie soll das konkret geschehen? Ich stimme Ihnen völlig zu, Europa wird sehr stark auch in den Kommunen gelebt, wir brauchen eine stärkere Orientierung an den Bedürfnissen der Bürger. Wir müssen die Belange der Bürger ernst nehmen, wenn wir Europa positiv weiterentwickeln, das ist ganz klar.

Jetzt geht es um Instrumente. Es gibt ja einen Ausschuss der Regionen, und da ist die Frage: Welche Bedeutung hat dieser Ausschuss der Regionen derzeit nach Ihrer Auffassung? Und wie könnte dieser aufgewertet werden? Eine Forderung lautet ja Aufwertung dieser Kammer, z.B. auf gleichberechtigt der Gesetzgebung neben Rat und EU-Parlament, oder welchen Vorschlag haben Sie? Die Kommunen sind wichtig, sie müssen aufgewertet werden, es gibt bestimmte Instrumente. Was schlagen Sie hier vor?

**Sve Dr. Angelika Poth-Mögele (CEMR Brüssel):** Vielen Dank für die Frage. – Der Ausschuss der Regionen wurde eingerichtet, nachdem unser Verband – und unseren Verband gibt es seit 1951 – sich lange dafür eingesetzt hat, in der Europäischen Union eine Einrichtung zu bekommen, die die Kommunen und die Regionen vertritt. Allerdings – und das wissen Sie natürlich –: Der Ausschuss der Regionen ist ein Konsultativorgan. Er gibt seine Stimme ab wie auch der Wirtschafts- und Sozialausschuss, aber im Prinzip erst, nachdem der Kommissionsvorschlag auf dem Tisch liegt, und das ist unserer Meinung nach reichlich spät oder zu spät, weil es ja insbesondere darum geht, frühzeitig zu berücksichtigen, was potenzielle Politikvorschläge oder Gesetzesvorschläge für Auswirkungen auf die Kommunen und auf die Regionen haben werden.

Deshalb ist unsere Forderung als kommunaler Spitzenverband, und das wird Sie wahrscheinlich nicht überraschen, dass insbesondere die nationalen und die europäischen Verbände frühzeitig konsultiert werden, und wir haben auch schon verschiedene Tests, z.B. mit der Europäischen Kommission, gemacht, um das einmal auszuprobieren. Es gibt ja im Moment die Städteagenda, wo über einen Zeitraum von drei Jahren in Partnerschaften, in Pilotprojekten getestet werden soll: Wie wäre es denn, wenn einzelne Städte und Kommunen rechtzeitig beteiligt werden? Würde sich tatsächlich etwas ändern? Wie

ist deren Meinung zur neuen Gesetzgebung, zur Finanzierung und insbesondere auch zur Förderung?

Wir haben noch keine Antwort dazu, aber unser Vorschlag wäre natürlich eine frühzeitige Konsultation, und die Europäische Kommission macht ja auch Impact Assessments, Folgeschätzungsstudien z.B. dann, wenn sie neue Gesetzesvorschläge macht, weil sie eben auch berücksichtigen soll, inwieweit das Subsidiaritätsprinzip, das Proportionalitätsprinzip etc. zur Anwendung kommen. Allerdings kritisieren wir, dass das mehr oder weniger Pro-forma-Aktionen sind und dass man sich nicht wirklich z.B. mit Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen, der kommunalen Spitzenverbände zusammensetzt, um die Auswirkungen auf die kommunalen Ebenen rechtzeitig zu berücksichtigen.

Wir kennen natürlich den Vorschlag, den Ausschuss der Regionen aufzuwerten als Kammer neben Rat und Europäischem Parlament. Da so etwas ja mit Zustimmung von Rat und Parlament erfolgen muss, sehe ich da im Moment und bis auf Weiteres eigentlich wenig Möglichkeit, dass das von Erfolg gekrönt sein wird.

Wir glauben auch, dass es sinnvoll wäre, und wir arbeiten mit dem Ausschuss der Regionen natürlich auch sehr eng zusammen, dass sich die Kommission, wenn sie in der Erarbeitungsphase ist, mit den legitimen Vertretern der Kommunen zusammensetzt, um Gesetzesvorschläge und Politikvorschläge zu diskutieren, die sie dann auch entsprechend berücksichtigt.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Jetzt ist Herr Dr. Huber an der Reihe. Bitte.

**Abg. Dr. Martin Huber (CSU):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mir die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit anschau, vom Brexit über Katalonien bis zur Abstimmung am Sonntag in Venedig, dann, glaube ich, kommt da auch der Wunsch der Menschen nach mehr Überschaubarkeit, Regelbarkeit und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen zum Ausdruck.

Prof. Davis hat heute angesprochen, dass jene Institutionen, die den Menschen am nächsten sind, auch das größte Vertrauen genießen. Daher ist es für das Vertrauen zu Europa auch wichtig, welche Kompetenzen auch zurückverlagert werden, um wieder mehr Nähe für die Menschen herzustellen.

Konkret wird das Problem immer auch dann, wenn man feststellt, sobald man ein bisschen Geld in die Hand nimmt, greift das Beihilferecht. Man kann nicht immer nur von Kompetenzen sprechen, wenn das

Beihilferecht dem dann entgegensteht. Uns allen ist, glaube ich, noch in Erinnerung, dass das Förderprogramm des Freistaates Bayern für Breitbandförderung usw. immerhin 1,5 Milliarden Euro umfasste, aber von der EU-Kommission als Beihilfe gewertet wurde und deswegen in einem langen Prozess notifiziert werden musste.

Man muss aber gar nicht einmal so sehr auf die Innovationsförderung gehen. Ein Beispiel, das immer wieder auch als etwas lächerlich dargestellt wird, sind die Biberfraßschäden, von denen die Landwirte betroffen sind. Die Entschädigung, nämlich 450 000 Euro im Jahr, wird von der EU als Beihilfe gewertet, und das ist meines Erachtens nicht dazu angetan, die Akzeptanz der Menschen für die Europäische Union als Problemlöser entsprechend zu stärken.

Deswegen erstens meine Frage: Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, Kompetenzen zurückzoverlagern?

Und zweitens in dem Zusammenhang: Welche Herausforderungen bedeutet es auch für das Beihilferecht und in der Folge auch für die Lockerung des Beihilferechts?

Wir haben jetzt viel über einheitliche Standards gesprochen. Macron ist ja z.B. auch mit dem Vorschlag herantreten, dass wir so etwas wie eine Fiskalunion machen. Hier meine Frage: Was versteht man genau unter einer Fiskalunion? Und heißt das wirklich, dass wir in der ganzen Europäischen Union einheitliche Steuersätze haben?

Wenn wir uns etwa Deutschland anschauen: Hier ist ja nach dieser ganz strengen Definition auch keine stringente Fiskalunion vorhanden. Die Gewerbesteuer ist eine kommunale Angelegenheit und kann innerhalb weniger Kilometer von Ortsgrenze zu Ortsgrenze massiv unterschiedlich sein. Die Grunderwerbsteuer ist Ländersache, die Grundsteuer ist wieder kommunale Angelegenheit, die Zweitwohnungssteuer kann erhoben werden, mancherorts wird sie das, mancherorts nicht.

Auf der anderen Seite haben wir natürlich in Europa auch den großen Konflikt zwischen Flat Tax und Progression. Das heißt, wenn ich da wirklich eine Fiskalunion einführen möchte, wird es einerseits für manche Länder drastische Steuererhöhungen geben, wenn sie die Flat Tax nicht mehr akzeptieren, oder auf der anderen Seite für andere Länder natürlich massive Steuerausfälle.

Deswegen meine Frage: Was verstehen Sie eigentlich aus Expertensicht genau unter dieser Fiskalunion?

on, die meines Erachtens mehr oder weniger nur als Schlagwort durch die Diskussion geistert? Ist sie Ihres Erachtens sinnvoll und realisierbar?

Und ein Drittes noch, was auch schon angesprochen wurde, zum Thema Umverteilung. Man kann natürlich immer darüber reden, ob wir insgesamt mehr Hilfen brauchen, um die strukturschwächeren Länder zu unterstützen. Ich glaube aber nicht, dass wir dazu neue Instrumente oder neue Institutionen brauchen. Wir haben eine Vielzahl von Fonds innerhalb der Europäischen Union, vom Kohäsionsfonds über den Jugendfonds, Regionalfonds und Landwirtschaftsfonds und dergleichen mehr. Es ist zu hoffen, dass diese 500 Milliarden Euro in der aktuellen Förderperiode ausreichen, aber ich glaube jedenfalls, dass Sie die Instrumente haben, die man dafür braucht.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** An wen gingen die Fragen?

(Zurufe: An Prof. Davis!)

An Prof. Davis, ja eigentlich an alle. Bitte dann um kurze Antworten.

Ich schließe aber jetzt gleich zu der ersten Frage des Kollegen Huber meine Frage an, die ich nachher stellen wollte, denn die gehört wirklich dazu.

Juncker hat ja in seiner Rede eine Task Force angesprochen, die bei der Kommission und dem Vizepräsidenten Timmermans eingerichtet werden soll, und er hat von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit gesprochen. Was wären idealerweise die Aufgabe und das Mandat einer solchen Task Force, und wie könnte eine solche Task Force im weiteren Reformprozess die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, das ja für uns in Bayern ganz wichtig ist, beobachten?

Noch einen Satz: Ein Großteil unserer Aufgabe im Europaausschuss ist natürlich auch die, dass wir eine Art Filterwirkung haben, dass wir alle EU-Vorhaben – ich mache es kurz –, Konzentrationen und alles Mögliche, schon ganz früh auf Verletzung des Subsidiaritätsprinzips durchsehen, um möglichst frühzeitig Einfluss zu nehmen. Das ist ja eine unserer Hauptaufgaben. Da wäre schon interessant, was Juncker damit meint: Task Force, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, denn das wäre ja genau das, was uns Bayern oder uns Länder gerade im deutschen Bundesstaat stärken würde.

Das war meine ergänzende Frage zu der ersten Frage von Dr. Huber. – Ich würde jetzt einmal Herrn Prof. Davis das Wort erteilen.

**SV Prof. James W. Davis, Ph. D. (Universität St. Gallen):** Herzlichen Dank für Ihre Frage, Herr Dr. Huber. – Ich werde kurz sein, nur ein paar Stichworte.

Sie haben gefragt, welche Möglichkeiten es gibt, Kompetenzen zurückzuverlagern. Ich glaube, dass wir ein Weißbuch haben, dass wir diversen Reden hatten, und dass diese Reden mit so viel Aufmerksamkeit bedacht wurden heißt, dass wir jetzt rhetorisch einen Raum geschaffen haben für eine Diskussion. Und dann ist es natürlich die Aufgabe der Mitgliedstaaten, von diesem Raum Gebrauch zu machen.

Zur Frage, in welchen Gebieten man vielleicht Kompetenzen zurückverlagern soll: Ich würde sagen, wir sollen nach Prinzipien suchen, die uns leiten können in dieser Frage. Für mich ist es ziemlich einfach: Wenn lokales Verhalten Externalitäten schafft, also Effekte verursacht, die andere betreffen, dann brauche ich gemeinsame Regelungen, aber wenn nicht, dann nicht. Manchmal ist das eine Frage des Ausmaßes der Externalitäten. Aber wenn lokal gehandelt wird und das den Nachbarn nicht beeinflusst, dann brauche ich doch kein großes Regelwerk in Brüssel, um so etwas zu regeln, dann sollen die Behörden das lokal an Ort und Stelle machen.

Wenn wir Bedürfnisse haben, die in Richtung von Kollektivgütern gehen, also bei Sachen, die wir benötigen, die nicht geschaffen werden, wenn wir nicht gemeinsam handeln, wie z.B. Verteidigung, brauche ich ein Regelwerk auf höherer Ebene, sonst wären wir einfach die Trittbrettfahrer bei den Sicherheitsbestrebungen von Größeren oder Reicheren.

Das heißt, auch hier kann man sagen, es sind gewisse Prinzipien, wonach man feststellen kann: Ist es notwendig, dass etwas nach Brüssel verlagert wird?

Das führt mich jetzt zu der Frage des Vorsitzenden: Was sollen wir aus Junckers Task Force machen? Die Frage ist natürlich: Wer sitzt in dieser Task Force? Das sollen nicht einfach Leute aus der Kommission sein, die selbstverständlich dann das Gefühl haben werden, sie wissen, was die Antwort ist, sondern es sollen eben diejenigen sein, die das Gefühl haben, dass eine Entfremdung stattgefunden hat. Das sind diejenigen, die vielleicht dann die Fragen stellen sollen.

Und da bin ich auch bei Herrn Fuest. Die Rechtfertigungsverantwortung bleibt bei der Kommission, also warum die Kommission etwas übernehmen soll, nicht bei den Kommunen. Diese haben nicht zu rechtfertigen, das ist eher andersherum.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Dann würde ich weitermachen mit Herrn Dreute. Vielleicht weiß der Herr Dreute, was der Herr Juncker meint.

(Heiterkeit)

**SV Oliver Dreute (EPSC Brüssel):** Es geht hier um eine Rückverlagerung von Kompetenzen, die Beihilferechtsfälle, die Sie genannt haben, und die Frage Subsidiarität. Die Task Force heißt Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, was ein bisschen eine Europäisierung des Begriffes bedeutet, denn das, was wir als Deutsche und ich als deutscher Jurist unter Subsidiarität verstehen, versteht man anderweitig unter Verhältnismäßigkeit.

Die Gruppe soll sich zusammensetzen aus dem Vizepräsidenten Timmermans und Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente. Deren genaues Mission Statement wird noch festzulegen sein, aber die Gruppe wird sich sicherlich mit der Frage beschäftigen: In welchen Bereichen soll Europa weniger machen, in welchen Bereichen soll Europa mehr machen?

Da sind wir gleich bei Ihrer Frage mit dem Beihilferecht. Wir haben ja die Reform des Beihilferechts gehabt, und die arbeitsteilige Umsetzung von Gemeinschaftsrecht zwischen Kommission und nationalen Behörden ist da sicherlich eine Möglichkeit, denn zwischen 450 000 Euro an Biberfraßbeihilfe und Steuerhilfen für Google und Amazon liegen eben Welten. Man muss zur Bewältigung des Sachverhalts andere Kenntnisse haben und muss andere Methoden anwenden. Insofern sehe ich da in einer arbeitsteiligen Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Behörden und der Kommission einen durchaus gangbaren Weg.

Was die Rückverlagerung von Kompetenzen angeht, steht natürlich immer eine Vertragsänderung dazwischen, und Vertragsänderungen sind heutzutage allgemein eher unbeliebt. Die Frage ist: Welcher Weg, der in den Szenarien ja deswegen extra so beschrieben ist, beruht eigentlich auf einer politischen Entscheidung über die Nichtnutzung von Kompetenzen und damit verbunden einer Ermächtigung der Mitgliedstaaten, in diesen Bereichen tätig zu werden?

Da muss natürlich ein Konsens erreicht werden: Was sind die Bereiche, in denen die europäische Ebene tätig werden soll oder eben nicht, damit die Mitgliedstaaten dort tätig werden könnten? Aber das ist ein Weg, wie man ohne Vertragsänderung dem Anliegen begegnen kann, Dinge wieder näher an den Bürger heranzubringen, von denen man heutzutage der Meinung ist, sie müssten nicht auf europäischer Ebene entschieden werden.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Herr Prof. Fuest, bitte.

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Ich schließe da gleich an. Ich meine, wir müssen natürlich ehrlicherweise das institutionelle Eigeninteresse sehen. Es gibt bestimmte Kompetenzbereiche, da kann man in allen möglichen Politikfeldern aktiv werden, und es gibt ein institutionelles Eigeninteresse auf europäischer Ebene, das zu tun. Und dazu zählt eindeutig auch die Beihilfe. Wir müssen uns erinnern, wofür diese eigentlich erfunden worden ist. Es ging darum, zu verhindern, dass der Wettbewerb und der Handel im europäischen Binnenmarkt durch Subventionen verzerrt werden. Jetzt ist mir nicht ganz klar, inwiefern die Biberfraßsubvention den Handel verzerrt. Warum also wird die Europäische Kommission hier aktiv?

Nehmen wir einmal den Fall Google – da geht es um sehr viel Geld – oder den Fall Apple; da geht es um die größte Summe. Das hat natürlich nichts mit der Verzerrung von Handel zu tun, sondern hier geht es um Steuervermeidung. Das ist keine Kompetenz der Europäischen Kommission. Vielleicht kann man daraus auch eine Handelsverzerrung konstruieren, ich bin aber der Meinung, dass es darum *nicht* geht. Das wird auch von der Kommission in der Öffentlichkeit nicht so dargestellt, sondern es geht um unerwünschte Steuervermeidung: keine Kompetenz der Europäischen Union! Trotzdem wird die Europäische Union hier aktiv, denn das ist populär.

Das, glaube ich, zeigt noch einmal, womit wir es hier zu tun haben. Es ist ähnlich wie die Eingriffe, um den Binnenmarkt herzustellen.

Das führt zu Ihrer Frage nach der Fiskalunion. Die eigentliche Rechtfertigung dafür, Steuerharmonisierung zu verlangen, also gleiche Steuersätze, ist ja traditionell die Aussage, dass unterschiedliche Steuersätze den Handel im Binnenmarkt oder den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren. Diese Position hat die Europäische Kommission lange vertreten und wollte Steuersätze etwa im Bereich der direkten Steuern vereinheitlichen. Das wollten die Mitgliedstaaten nicht, und nachdem diese das ungefähr

zehnmal gesagt haben, dass sie das nicht wollten – es ist ja Einstimmigkeit –, hat die Kommission ihre Politik geändert und hat gesagt: Wir sind nicht mehr der Meinung, dass ein Binnenmarkt einheitliche Steuersätze braucht, sondern eine einheitliche Bemessungsgrundlage.

Man sieht, das unterliegt schwankenden Bewertungen, und ich glaube wirklich, es hat am Ende mit institutionellem Eigeninteresse zu tun. Ich will das gar nicht kritisieren, ich glaube, das ist auch Teil des demokratischen Gemeinwesens, dass es da unterschiedliche Interessen gibt. Ich glaube aber nicht, dass es ein objektiv richtiges Ausmaß an Eingriffen gibt. Nehmen wir einmal den amerikanischen Binnenmarkt: Da gibt es unterschiedliche Steuersätze, sogar unterschiedliche Bemessungsgrundlagen, einen starken Wettbewerb – trotzdem ist das auch ein Binnenmarkt, der, glaube ich, ganz gut funktioniert. Insofern ist es am Ende eine politische Entscheidung.

Noch ein Punkt zur Fiskalunion und kurz noch zur Umverteilung. – Die Fiskalunion wird ja auch diskutiert im Rahmen der Währungsunion, und da geht es eher um die Idee, dass man so etwas wie eine Stabilisierung auf zentraler Ebene braucht. Das eine Land hat eine Krise, z.B. Griechenland, und wenn das Land Teil eines Bundesstaates wäre, würde es aus dem zentralen Budget gewisse Leistungen bekommen und würde etwas abgedeckt. Deshalb fordern viele eine Fiskalunion im Sinne eines zentralen Budgets, um so etwas zu erreichen, eine gewisse Versicherung oder Abfederung untereinander. Das ist etwas, was in Bundesstaaten existiert. In Bundesstaaten, die wir kennen, existiert in der Regel weder eine Schuldenaufsicht, noch existieren einheitliche Steuersätze, aber oft ein zentrales Budget, das gewisse Dinge auffängt.

Letzter Punkt: Umverteilung. – Wir haben in der Tat eine europäische Regionalpolitik. Ich glaube, wir müssen das einmal verstärkt evaluieren, und zwar unabhängig. Es gibt Evaluierungen, die aber nicht unabhängig sind, und das kann man auch sehr deutlich an den Ergebnissen erkennen. Ein Beispiel: Die Evaluierung der Europäischen Kommission sagt, wenn ich 1 Euro für Regionalpolitik ausbebe, schaffe ich Werte von 2,70 Euro. Das ist aber mit einem Simulationsmodell abgeleitet worden, das ist keine angemessene Methode, keine glaubwürdige Evaluierung.

Es gibt unabhängige Evaluierungen in der wissenschaftlichen Literatur, die sagen, entweder der Effekt ist nicht nachweisbar, was nicht heißt, dass er nicht

existiert, aber ein positiver Effekt ist nicht nachweisbar, und andere Studien sagen, aus 1 Euro machen wir 1,30 Euro. In der Region sind das aber möglicherweise nur Umlenkungseffekte.

Ich meine, wir müssen einfach besser verstehen, wie diese Umverteilungspolitik wirkt, welche ist effektiv, wann ist sie weniger effektiv, und wenn das unabhängig evaluiert wird und nicht abhängig und offenkundig unzureichend, dann, glaube ich, steigt vielleicht sogar die Bereitschaft auch bei den Steuerzahlern, mehr Geld für solche Politiken auszugeben.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Frau Bischoff, bitte.

**Sve Gabriele Bischoff (EWSA Brüssel):** Ich möchte eine Vorbemerkung machen, weil wir ja diese Debatte hier im wunderschönen Bayern führen, in Deutschland, und ich glaube, man muss sich bei all diesen Debatten eines vor Augen halten: Deutschland ist das Land, das am meisten sowohl vom Binnenmarkt als auch vom Euro profitiert.

Nun haben wir eine Union, in der sich – und da nenne ich jetzt gar kein Land, weil ich glaube, es betrifft alle gleichzeitig – inzwischen ein Geist etabliert hat, der heißt, jeder möchte alle Vorteile abgreifen, aber für den Rest nicht mehr aufkommen. Es gibt keine Union der Welt, die so funktionieren kann, keine! Und das, denke ich, ist auch etwas, wo man ein Stück weit ehrlich sein muss und wo wir schauen müssen, welche vernünftigen Lösungen wir finden können.

Ich glaube, es ist hier schon angesprochen worden, man muss in manchen Politikfeldern besonders darauf achten – das Beihilferecht wurde hier angesprochen, auch im Binnenmarkt –, dass man nicht über das Ziel hinausschießt. Das heißt aber noch nicht, dass die sinnvolle Alternative die Rückverlagerung ist, sondern es müssen hier vernünftige Lösungen gefunden werden.

Es ist hier auch die Entsenderichtlinie angesprochen worden. Europa erodiert von unten, von den Menschen her, wenn man dauerhaft keine fairen Lösungen hat. Also: Faire Lösungen für die entsendenden Länder und genauso für die aufnehmenden Länder. Das war hier der Fall. Es gab eben in dieser Richtlinie Schlupflöcher, die bestimmte Geschäftsmodelle möglich gemacht haben, die mit Scheinentsendung, mit Briefkastenfirmen operiert haben. Es waren in der Regel gar keine Osteuropäer. Wenn man einmal ein bisschen dahinter blickt, sieht man, dass es viele westeuropäische Firmen waren, die dieses Ge-

schäftsmodell gefahren haben, aber zum Nachteil auch vieler kleiner lokaler Unternehmen überall.

Das kann auf die Dauer nicht funktionieren, und deshalb ist es ein wirklich gutes Signal, dass man im Europäischen Parlament jetzt ein Verhandlungsmandat hat, das ausgewogen ist, und dass man versucht, Lösungen zu finden. Ich denke, eines ist auch klar: Wir haben 2019 Wahlen, und wenn man in bestimmten Kernbereichen keine Lösungen produzieren kann, kann man das Vertrauen der Bürger nicht zurückgewinnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir in einigen zentralen Punkten zu gemeinsamen europäischen Lösungen kommen und keine ideologischen Debatten führen. Und ich glaube, dass wir hier eine Möglichkeit haben.

Wir haben einen Vorschlag der Europäischen Kommission, was die Steuerpolitik dieser sogenannten Plattformen angeht. Auch hier wieder ein Phänomen: Die zahlen zwischen null % und 10 % Steuern! Jedes normale Unternehmen liegt im Durchschnitt bei 30 % und mehr. Das kann auf die Dauer im Europäischen Binnenmarkt nicht funktionieren, und man kann auch keinen Wohlfahrtsstaat unterhalten, wenn man keine entsprechenden Steuereinnahmen hat. Auch hier ist es deshalb gut, dass man europäisch versucht, hier entsprechende Maßnahmen zu setzen, weil einzelne Länder gegenüber diesen Giganten, die diese Plattformen betreiben, aus unserer Sicht gar nicht bestehen könnten.

Eines vielleicht noch, und da gibt es auch einen Konsens. Es war ja die Frage nach diesen drei Papieren von Brok, Bresso und Verhofstadt. Es gibt hier eine große Übereinstimmung, was die Fiskalpolitik anbelangt, und es gibt auch eine große Übereinstimmung aller Parteien im Parlament, zumindest der demokratischen pro-europäischen Parteien, dass man die Eigenmittel der Europäischen Union stärken muss, und dass das auch eine Debatte ist, die wir hier führen müssen. Es gibt im Übrigen auch einen breiten Konsens der Parteien, zumindest im Europäischen Parlament, dass man, wenn man die Wirtschafts- und Währungsunion stabilisieren will, auch eine starke soziale Dimension braucht. Wenn man zu große Unterschiede hat, z.B. bei den Löhnen, bei bestimmten sozialen Leistungen, dann funktioniert das in einer Währungsunion nicht.

Es ist hier auch angesprochen worden, dass man für das Problem asymmetrischer Schocks Lösungen finden muss. Ob das nun eine Europäische Arbeitslosenversicherung ist oder ob man das über andere Instrumente macht, das ist eine Debatte, die gerade geführt wird, aber klar ist, dass man hier auch Lösungen produzieren muss, denn wir diskutieren

diese Papiere der vier Präsidenten, der fünf Präsidenten seit 2013, aber was wir nicht schaffen ist, entsprechende Schritte einzuleiten, um das zu stabilisieren. Und das ist riskant, denn wenn dann die Krise wieder zuschlägt, ist man nicht gewappnet. Man hat jetzt ein Zeitfenster, und ich glaube, deshalb rekurrieren auch so viele auf Macron, weil er einer der Wenigen ist, der mit einer Vision und bestimmten Vorschlägen gekommen ist. Ich teile die nicht alle, aber einige, weil wir ein kleines Zeitfenster haben und weil bis 2019 auch Europa seine Hausaufgaben machen muss.

Als Vertreterin der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer kann ich nur sagen: Wenn wir eines in der Euro-Krise gelernt haben, dann ist es das, dass es in den Ländern die Arbeitnehmer gewesen sind, die oft den Preis bezahlt haben. Wenn man keine Währung abwertet, hat man die Löhne abgewertet, mit den sozialen Folgen davon. Und man muss auch erwarten können, dass die Stabilisierung des Euro und der Wirtschafts- und Währungsunion gelingt, denn es besteht natürlich die Sorge: Wer trägt am Ende die Kosten? Es werden wieder die Bürger sein, die Arbeitnehmer, und deswegen gibt es auch eine Verantwortung, dieses Zeitfenster zu nutzen und, wie man im Englischen sagt, "Talk the talk, walk the walk", also dass man nach den Gesprächen dann auch wirklich die entsprechenden Schritte tun muss.

Und da hoffe ich doch, dass diese Debatten zur Zukunft Europas auf kommunaler Ebene eigentlich überall geführt werden, um deutlich zu machen, dass wir Konsens in Europa brauchen, um uns wenigstens auf ein paar konkrete Schritte zu verständigen. Ich glaube nicht, dass wir es schaffen, eine große Vision zu entwickeln und dann einen großen Integrationsschritt zu machen. Aber in welchen Bereichen man vorangehen muss zur Stabilisierung, dafür brauchen wir einen Konsens, und diesen Konsens können nicht die Eliten herstellen, sondern da muss die gesamte Zivilgesellschaft, da müssen die Sozialpartner, da müssen alle Beteiligten mit eingebunden werden. Das ist mein Plädoyer.

**Abg. Dr. Martin Huber (CSU):** Darf ich eine kurze Nachfrage dazu stellen, weil Sie eine Europäische Arbeitslosenversicherung und einen Mindestlohn angesprochen haben: Wie gehen Sie denn auf die unterschiedlichen Kaufkraftsituationen und Produktivitäten ein? Soll das dann doch wieder vor Ort abgestimmt laufen, oder soll in Brüssel am Grünen Tisch ein einheitlicher Mindestlohn verhandelt werden, oder wie stellen Sie sich das vor?

**Sve Gabriele Bischoff (EWSA Brüssel):** Also, dieses "One size fits all" gibt es nicht und wird es auch

nicht geben, aber wir haben uns im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vertieft auch zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft ausgetauscht. Wir haben sehr unterschiedliche Ausgangslagen bei den Mindestlöhnen in Europa. Wir haben mehr als 24 Länder, die Mindestlöhne haben, aber natürlich in sehr unterschiedlicher Höhe. Es geht nicht darum, *einen* Mindestlohn für alle festzuschreiben, sondern zu sagen, das Ziel – das hat die OECD vorgegeben, und wir haben die Debatten in der ILO – ist die Annäherung an den Medianlohn. Unsere Vorstellung ist etwa 60 %. Man würde also schauen, wo die einzelnen Länder stehen – es gibt bislang nur ein Land, das das erreicht, das ist Frankreich –, dann sagen, in welchen Schritten diese Länder das erreichen können, und ihnen dann auch über das Europäische Semester entsprechende Empfehlungen geben. Die Kommission macht das ja schon zum Teil, aber das wird nicht systematisch gemacht, und die Verantwortung dafür liegt weiter in den Mitgliedstaaten. Aber über dieses gemeinsame Benchmarking kann man dann auch Fortschritte erzielen, und die sind dann auch für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Frau Poth-Mögele, bitte.

**Sve Dr. Angelika Poth-Mögele (CEMR Brüssel):** Vielen Dank. – Ich kann Ihnen aus unserer Perspektive natürlich nur beipflichten bei dem, was Sie vorhin zum Beihilfe- und Wettbewerbsrecht gesagt haben, weil die Kommunen natürlich erleben – Sie haben einige Beispiele genannt; bei uns sind es insbesondere die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge, die Sie ja auch kennen –, wie sehr hier die Europäische Kommission den Rahmen sowohl definiert als auch kontrolliert. Wir sehen darin eigentlich einen Interessenskonflikt, dass die Kommission sowohl die Regeln erlässt als auch kontrolliert, und wir haben auch den Eindruck, die Kommission ist weit über das Ziel hinausgeschossen, wie auch Frau Bischoff gerade gesagt hat, und trifft im Prinzip damit politische Entscheidungen. Und politische Entscheidungen sollten eigentlich bei der Politik, bei den Politikerinnen und Politikern liegen und nicht bei einer Verwaltung, denn da geht es auch wieder um die Frage der demokratischen Legitimation. Diese Entscheidungen sind schon auch fragwürdig, insbesondere dahin gehend, inwieweit tatsächlich der innergemeinschaftliche Handel davon betroffen ist und die Kommission hier nicht in Situationen eingreift, die eigentlich rein lokal oder von regionaler Bedeutung sind.

Wir wären dafür, dass die Kompetenz für die Wettbewerbspolitik zumindest in eine gemeinsame Kompetenz zurückgeführt wird und nicht alleinige Kompetenz der Kommission sein sollte, um wenigstens eine Beteiligung z.B. des Parlaments zu ermöglichen.

Wogegen wir uns auch sträuben, das ist ganz generell, dass die Kommission die Auffassung vertritt, in dem Moment, wo öffentliche Gelder fließen, handle es sich um Beihilfen, während es bei uns ja häufig um die Kompensation für Aufgaben geht, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht werden und dergleichen. Wir sind z.B. gerade dabei, dazu ein Papier zu entwerfen, weil wir das sehr eng verknüpft sehen mit der Frage der Zukunft Europas. Wir wollen uns mit dem Thema öffentliche Dienstleistungen in einer zukünftigen Europäischen Union beschäftigen und sehen auch mit großem Interesse etwa nach Großbritannien nach dem Brexit – die Briten sind ja bekannt dafür, dass sie sehr wettbewerbsorientiert sind – und wie in Großbritannien dann die existierenden Vorschriften in der Praxis möglicherweise abgeschafft oder durch etwas anderes ersetzt werden. Wir wären, wie auch Herr Prof. Fuest, für mehr Wettbewerb auch innerhalb der Europäischen Union, dafür, dass nicht alles harmonisiert und gemeinsam geregelt werden muss.

Und wie auch Frau Bischoff gesagt hat, das Beispiel mit der Entsenderichtlinie macht eigentlich auch Hoffnung, dass wir hier keine ideologischen Debatten führen sollten, sondern dass es wirklich darum gehen soll, die Probleme zu identifizieren und eine pragmatische Lösung zu finden, auch wenn es sehr, sehr schwierig ist mit 27 oder 28 Mitgliedstaaten, das zu tun. Ich glaube aber, es bleibt uns gar keine andere Wahl, wenn es darum geht, Europa gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern als handlungsfähig und lösungsorientiert für die Zukunft darzustellen. – Danke.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Nächster Fragesteller: Herr Pfaffmann. Bitte.

**Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Vielen Dank. – Ich habe jetzt zwei Stunden aufmerksam zugehört und möchte vielleicht doch zwei kritische Bemerkungen machen.

Die Realität der europäischen Diskussion sieht, jetzt etwas überspitzt und etwas pointiert dargestellt, wie folgt aus: Die Briten treten aus. Die Umfragen sagen, die Bevölkerung, also die europäischen Bürgerinnen und Bürger, wollen mit der EU nichts mehr

zu tun haben bzw. sehen sie kritisch. Immer mehr rechte Gruppierungen ziehen in das Europäische Parlament ein. Das sind diejenigen, die Europa abschaffen wollen. Dann haben wir eine Erklärung des ungarischen Staatschefs Orbán, der Osteuropa gestern oder heute, ich weiß es nicht genau, zur migrantenfreien Zone erklärt hat, usw. usf.

Wir sitzen hier im Bayerischen Landtag und unterhalten uns über die kompliziertesten Detailfragen der Europäischen Union, Beihilferecht und anderes. Ich frage mich, da ja auch immer wieder gesagt wird, es muss alles beim europäischen Bürger ankommen, wir müssen Europa erklären: Sind wir eigentlich auf der richtigen Diskussionsspur? Sind wir eigentlich noch dabei, das, was wir in unseren Ausführungen gerne betonen: Wir müssen Europa den Menschen näherbringen!, auch zu realisieren, oder machen wir nicht das Gegenteil? Sind wir dabei, die richtigen Prioritäten zu setzen?

Das Thema unserer Anhörung lautet ja "Anhörung zur *Zukunft Europas*". Ich habe den Eindruck, dass wir nicht über die Zukunft Europas, sondern über Detailprobleme, zugegebenermaßen wichtige und bedeutende Probleme, ich will das nicht schlechtreden, sprechen, aber dass wir mit dieser Art und Weise dem Grundsatzproblem, nämlich die Zukunft Europas zu sichern, nicht näherkommen werden.

Was mir fehlt, ist in der Tat, und ich scheue mich nicht, das Wort in den Mund zu nehmen, eine Vision. Wie soll denn Europa jetzt aussehen, unabhängig von der Klärung des Beihilferechts, unabhängig von der Fiskalauswirkung und sonstigen schwierigen Dingen? Was meines Erachtens die Menschen in den letzten Jahren gelernt haben ist, dass Europa Banken retten kann, dass Europa ganz schlaue Dinge sagen kann, vor allem die Vertreter, die Elite der europäischen Diskussion, dass aber auf sogenannte banale Fragen der Welt keine Antworten gegeben werden.

Ich will jetzt ein paar formulieren. Gott sei Dank, es wurden in der Folge des Weißbuchs ein paar Argumente noch nachgeschoben, die im "Weißbuch zur Zukunft Europas" – ein großer Titel! – nicht so ganz ausgeprägt waren. Zur Rede Macrons möchte ich nur sagen – und ich muss das hier sagen –, er hat konkret angesprochen, wir müssen Leiharbeit und Werkverträge, eine existenzielle Frage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einschränken. Konkret!

Ich erinnere and die Rede von Juncker im Nachgang zum Weißbuch, der sagt, wir brauchen eine Euro-

päische Union der Sozialstandards. Das hat er gesagt! – Ich höre aber ganz wenig von dieser Idee.

Und so könnte man weitermachen. Frau Bischoff, Sie haben es angesprochen: die Idee eines europäischen Standards, eines Rechtsrahmens sozusagen für soziale Sicherung. Ist das nicht – und das ist meine Frage an alle – die entscheidende Frage, wenn wir immer wieder verlangen: Wohlstand, Sicherheit für die Menschen, nicht für die Banken, sondern für die Menschen? Das mag miteinander zusammenhängen, aber die Menschen müssen, wenn sie arbeitslos werden, wissen, was passiert. Das heißt, dass das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" nicht nur in Reden, sondern auch in konkreten Umsetzungsstrategien auf die Tagesordnung kommen muss.

Setzen wir die richtigen Prioritäten in der europapolitischen Frage oder nicht? Das ist ganz konkret das, was ich wissen will. Müssen wir den Menschen nicht sagen, Europa sichert nicht nur den Frieden, diskutiert nicht nur in Expertenkreisen über die Bedeutung des Binnenmarkts und zweifelt – lieber Herr Fuest, bitte um Entschuldigung – die Sozialstandards möglicherweise an? Müssen wir den Menschen nicht sagen: Wir sorgen auch dafür, dass es eine Gerechtigkeit gibt in der Arbeitswelt, dass es auch die sogenannten weichen Faktoren in der Europapolitik gibt!? Ist das nicht der Weg, um den Menschen Europa wieder etwas näherzubringen, oder wollen wir weitermachen mit der Debatte um die internationale Auswirkung von irgendwelchen Gesetzen – ich weiß, das hört sich jetzt etwas überspitzt an, denn ich weiß, dass das auch wichtig ist –, trifft das wirklich den Kern? Ist *das* nicht die Frage?

Und parallel zu dieser Diskussion, die allerorten so geführt wird, parallel zu dieser Diskussion ziehen immer mehr rechte Gruppierungen ins Europäische Parlament ein. Die wollen dieses abschaffen, um das noch einmal zu verdeutlichen. Immer mehr Regierungen profilieren sich gegen Europa, immer mehr, parallel zu einer Diskussion, die wir führen, auch zu einer Diskussion, wie wir sie heute führen. Ist *das* der richtige Weg?

Meine Frage an die Experten ist, ob es nicht doch sinnvoll wäre, neben einer solchen Grundsatzdebatte über Detailprobleme der Europäischen Union, die ohne Zweifel wichtig sind, eine Dimension einzuführen, die für die Menschen wirklich einen konkreten sozialpolitischen Nutzen bringt? Wäre das nicht dringend erforderlich?

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön, Herr Pfaffmann. – Wollen wir mit Prof. Fuest,

weil Sie ihn angesprochen haben, beginnen und dann mit anderen fortfahren nach der Reihe.

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Ich kann das gut nachvollziehen, dass Sie sagen, das ist eine technokratische Diskussion, so ein bisschen für Eliten, und das ist nicht das, was die Menschen auf der Straße beschäftigt, sondern die Menschen beschäftigen, wie Sie sagen, die Fragen: Habe ich einen Arbeitsplatz? Wie sicher ist der?, und Ähnliches mehr. Ich habe nur folgende Sorge: Ich habe ja eingangs gesagt, die Europäische Union hat in der Vergangenheit immer wieder viel mehr versprochen, als sie halten kann. Das Versprechen, dass es Mindestlöhne und Sozialstandards gibt, ist deshalb gefährlich, weil es natürlich dazu führen wird, dass Beschäftigte mit niedriger Produktivität keine Chance haben, das zu erwirtschaften. Das heißt, wenn wir diesen Weg gehen – das ist meine Überzeugung –, werden wir am Ende vielleicht einheitliche Mindestlöhne haben in Europa, aber in der Peripherie noch viel höhere Arbeitslosigkeit, als wir sie heute haben, und damit noch mehr Unterstützung für diejenigen, die sich gegen Europa wenden.

Das Ganze ist also eine Gratwanderung, und wir müssen sehr aufpassen, was wir da versprechen.

(Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Habe ich nicht gesagt!)

Doch! Sie haben gesagt: Warum versprechen wir den Leuten nicht "gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort"?

(Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Diese Diskussion muss geführt werden. Ich will das diskutieren!))

Gut, aber man erweckt natürlich die Erwartung, die Politik könnte das garantieren. Die Politik kann nicht gleiche Löhne für alle am gleichen Ort versprechen. Man könnte auch fragen: Ja warum eigentlich nur am gleichen Ort? Ist das nicht ungerecht, dass, wenn ein Arbeiter, nur weil er nach Deutschland fährt, plötzlich 10 Euro verdient und zuhause nur 3 Euro? Meine Sorge ist, dass die Debatte in diese Richtung führt. Das gilt etwa auch für den Bereich Jugendarbeitslosigkeit. Die Politik kann nicht dafür sorgen, dass die Menschen ein bestimmtes Einkommen erzielen, sondern Sie müssen auch Leute haben, die die Arbeitsplätze schaffen. Das ist meine Sorge.

Wir reden in Europa viel zu wenig über Wettbewerb, viel zu wenig auch über Verantwortung des Einzel-

nen, der Kommune, der Region für die wirtschaftliche Entwicklung. Die können nämlich sicherstellen, dass die Arbeitslosigkeit etwa bei Jugendlichen sinkt.

Gerade weil das Beispiel Frankreich angesprochen worden ist: Ein abschreckendes Beispiel! Der Mindestlohn ist dort einer der Hauptgründe für die hohe Jugendarbeitslosigkeit, darüber besteht unter Arbeitsmarktforschern in Frankreich Konsens. Nicht jeder Mindestlohn ist ein Problem, aber dieser Mindestlohn ist ein Hauptgrund, ein abschreckendes Beispiel. Deshalb würde ich es für gefährlich halten, wenn man in Europa solche Dinge in den Vordergrund stellt. Die Politik kann nicht beschließen, dass die Löhne in Europa ein bestimmtes Niveau erreichen, sondern das wird im Wettbewerb entschieden. Die Leute müssen produktiv sein, müssen in ihre Ausbildung investieren. Da kann die Politik etwas tun. Wir können die Ausbildungssysteme verbessern, aber Löhne zu versprechen funktioniert in einer Planwirtschaft, nicht in einer Marktwirtschaft.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Machen wir bei den Damen weiter. Frau Bischoff, bitte, wenn Sie vielleicht gleich Stellung nehmen.

**Sve Gabriele Bischoff (EWSA Brüssel):** Es geht überhaupt nicht darum, Löhne zu *verordnen*. Wir haben die Lohngleichheit in den Verträgen, seit es die Europäische Union gibt. Das ist ein wichtiges Prinzip, und eine Europäische Union, die gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort nicht sicherstellen kann, wird immer große Probleme haben. Deshalb ist das nicht nur etwas, was der Kommissionspräsident ins Zentrum seiner Arbeit gestellt hat, sondern auch im Europäischen Parlament gibt es übergreifend mit allen Parteien den Konsens, dass wir hier stärkere Maßnahmen ergreifen müssen, um das sicherzustellen.

Aber worum geht es? – Ich glaube, dass diese Debatte zur Zukunft Europas so weit herunterbrechen ist, dass sie für die Menschen verständlich ist. Und das tut man nicht, indem man diskutiert, ob ein Europäischer Finanzminister eine tolle Idee ist oder nicht, denn das interessiert außer Experten vor Ort niemanden.

Ich habe das wirklich gelernt. Ich war bei vielen Debatten vor dem Brexit im Vereinigten Königreich. Und dieses Argument "to take back control over my life", also dass viele Menschen, und nicht nur im Vereinigten Königreich, angesichts von Globalisierung und Digitalisierung das Gefühl haben, dass

ihnen die Kontrolle über ihr eigenes Leben entgleitet, dass sie sich dem ausgeliefert fühlen und sie das Gefühl haben, dass die Politik dafür keine Antworten bereithält, ist aus meiner Sicht eine Chance, dass sich die Europäische Union, wenn sie sich wirklich auf Zukunftsprojekte fokussiert, weiterentwickelt.

Und da geht es nicht um falsche Versprechungen, etwa zu sagen: Wir sind gemeinsam der größte Binnenmarkt der Welt, wir sind einer der wohlhabendsten Kontinente, wir wollen und wir können Standards setzen, dass Menschen ein anständiges Leben führen können, dass sie Löhne bekommen, die gerecht sind, zumindest Löhne, von denen sie leben können, und dass wir auch Regulierungen machen können. Europaweit können wir im Rahmen der Globalisierung Standards setzen und versuchen, diese dann, wenn wir sie europäisch haben, auch international zu verankern, und das alles, um den Leuten zu zeigen, dass das keine anonymen Mächte sind, denen man ausgeliefert ist.

Und wenn wir uns die USA ansehen, dann sollten wir das als abschreckendes Beispiel nehmen. Dieser Protektionismus entsteht nicht einfach nur deshalb, weil man einen verrückten Politiker hat, sondern der Protektionismus wächst über einen langen Zeitraum. Und wenn man sich die Diskussion über Rückverlagerung im Moment anschaut, wenn man sich den Protektionismus anschaut, findet man entweder vernünftige, gerechte, globale Lösungen, und da kann sich Europa an die Spitze stellen, oder wir fallen zurück in Kleinstaaterei und fallen zurück, indem wir alle jetzt anfangen, protektionistische Maßnahmen zu setzen.

Deshalb, glaube ich, ist es auch eine Chance für Europa. Vielleicht tun wir uns zwischen den Ländern etwas schwer: Für Deutsche sind Visionen manchmal schwierig, für Italiener geht es gar nicht ohne Visionen. Wir müssen aber eine Vorstellung davon haben, wo wir in der Europäischen Union hinwollen und wozu sie da ist und was sie liefern kann, um das Leben der Menschen in Europa zu gestalten und zu verbessern.

Herr Fuest, ich stimme Ihnen in einem Punkt zu: Es geht nicht darum, Versprechungen zu machen, die man nicht einhalten kann. Deshalb bin ich mit der Säule sozialer Rechte an dem Punkt auch kritisch, denn man soll nicht etwas versprechen, was ein Instrument nicht liefern kann. Aber wenn man keine gemeinsamen Zukunftsprojekte mehr hat, dann kann man nur noch über einzelne Details diskutieren, und jeder versucht dann, sein Schäfchen ins

Trockene zu bringen. Aber eine Union kann dann auf Dauer so nicht funktionieren.

Ich glaube schon, dass wir an einem Punkt sind, an dem das Ganze auch auseinanderbrechen kann. Ich finde, es hilft nicht, wenn man sich die Welt schönredet. Das ist so ein Punkt, wo sich wieder ganz andere Konstellationen zusammenfinden. Mich hat es am Anfang schon sehr irritiert, das sage ich nochmals, als ich den Titel der heutigen Anhörung gesehen habe, und ich habe gedacht: Warum, um Himmels willen, legt die Kommission ein "Weißbuch zur Zukunft Europas" vor, nicht der Europäischen Union?, weil wir – und wenn Sie sich am Anfang die Bilder anschauen, werden Sie das bestätigen – ja schon eine gewisse Fragmentierung haben und es nicht ausgeschlossen ist, dass diese sich weiter fortsetzt. Das sind also schon ernste Zeiten, in denen man auch ernsthafte Lösungen braucht und auch ein Verständnis dafür, ob wir gemeinsam mit den 27 noch einen Konsens finden oder nicht und in welche Richtung wir mit welchen Projekten gehen wollen.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Frau Dr. Poth-Mögele, bitte.

**SVe Dr. Angelika Poth-Mögele (CEMR Brüssel):** Vielen Dank. – Wie Sie als Politiker aus eigener Erfahrung am besten wissen, geht es in der Politik ja immer um einen Wettbewerb der Ideen. Und es geht darum, ein Ringen um Anliegen deutlich zu machen. Wir haben ja vor nicht allzu langer Zeit in Deutschland die Bundestagswahl gehabt und auch dort gesehen, wie die Volksparteien mit ihren Ideen, für die sie geworben haben, große Verluste hinnehmen mussten. Das Gleiche erleben wir natürlich auch in anderen europäischen Ländern. Es geht darum, möglichst klarzumachen, wofür wir stehen. Und realistischerweise muss man sagen, im Moment sind die Machtverhältnisse in der Europäischen Union, im Parlament und in den Mitgliedstaaten so, dass diejenigen, die für ein stärkeres soziales Europa eintreten, in der Mehrheit sind. Das ist leider nun einmal die demokratische Praxis.

(Sve Gabriele Bischoff: Im Europäischen Parlament stimmt es nicht, da ist die Mehrheit dafür.)

Aber die Mehrheit der Mitgliedstaaten ist nun einmal von Konservativen regiert.

Und deshalb, wie Frau Bischoff ja auch gerade gesagt hat, ist es jetzt ein ganz wichtiger Moment – wir wissen alle, dass 2019 die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden –, dafür zu kämpfen, sich einzusetzen und deutlich zu machen: Worum geht es? Und heute konstituiert sich in Berlin der neue Bundestag. Ich denke, das ist auch eine

ganz interessante und neue Erfahrung, wie denn nun die neue Konstitution im Bundestag und dann möglicherweise mit der neuen Koalitionsregierung auf die ganze europäische Debatte reagieren wird. Sie hat ja im Wahlkampf zum Bundestag so gut wie keine Rolle gespielt, aber jetzt kommt es natürlich mit auf die Tagesordnung.

Ich glaube, wir müssen wirklich die nächsten Monate intensiv dafür nutzen, uns für diese Prioritäten einzusetzen, die Sie angesprochen haben. Und ich muss sagen: Ich war bei der Rede von Jean-Claude Juncker eigentlich überrascht, wie sehr er sich zu der sozialen Dimension geäußert hat. Meiner Meinung nach war das nicht absehbar, aber es ist natürlich wirklich die große Frage, ob die Mitgliedstaaten ihm folgen. Aber ich finde, Juncker hat sehr deutlich gemacht, dass für ihn das soziale Europa eine wichtige Priorität ist.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Prof. Davis, bitte.

**SV Prof. James W. Davis, Ph. D. (Universität St. Gallen):** Herr Pfaffmann, ich verstehe Ihren Frust, aber verstehen Sie bitte auch meinen. Ich wurde hier eingeladen, um fünf Szenarien zu kommentieren, und nicht, um meine Vorstellung von der besten Zukunft Europas darzustellen. Also, insofern verlangen Sie von mir etwas, worauf ich nicht vorbereitet bin, denn das entspricht nicht der Einladung, die ich erhalten habe.

Aber ich versuche einfach, Ihnen eine Antwort auf der Basis dessen zu geben, was ich geliefert habe, und das ist: Die Kommission stellt ein paar Trends dar, und die sind, glaube ich, unbestritten. Der Anteil der Weltbevölkerung, welche aus Europa kommt, schrumpft. Europas Bruttosozialprodukt als Teil der Weltwirtschaft schrumpft. Das heißt, dass die Bedeutung Europas auch als Vereintes Europa, als Player, in Relation zu anderen Akteuren schrumpft.

Gleichzeitig werden die Werte, worauf dieses Europa aufgebaut ist, von aufsteigenden Mächten in Frage gestellt. Ich glaube, das sind die Trends, das ist für mich eigentlich ein Szenario. Und dann gibt es fünf Antworten, und die sind dann alle sehr undifferenziert: einfach entweder mehr oder weniger, zwei Geschwindigkeiten, über allen Politikfeldern – als müsste ich über allen Politikfeldern entweder mehr haben oder weniger oder verschiedene Geschwindigkeiten.

Ich kann viel differenziertere Antworten geben. Welche Fragen sollen wir beantworten? Ich glaube, Eu-

ropa muss für sich beantworten: Wollen wir uns auf uns besinnen? Wir werden einfach eine Insel und machen unser Projekt hier und vergessen, dass draußen große Verschiebungen stattfinden. Oder müssen wir gleichzeitig sagen: Um eben das zu gestalten, was wir hier gestalten wollen, müssen wir auch diese Welt gestalten. Das heißt, es ist eine ordnungspolitische Aufgabe Europas, wofür Europa auch Partner und auch die notwendigen Instrumentarien braucht.

Das ist die große Frage für mich. Entweder wir besinnen uns auf uns, machen so etwas Kleines und hoffen, dass draußen alles okay ist und das noch erlaubt, oder wir sagen, dass wir draußen mitgestalten müssen. Um das zu machen, brauchen wir ein ganz anderes Mind-Set. Jetzt ist die Frage: Welches Europa wollen wir, in welche Richtung wollen wir gehen? Erst müssen wir unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger fragen. Ask the people! Also, es ist nicht eine Aufgabe von uns hier, sondern es ist das, was die Menschen wollen. Und dann frage ich mich, welche Instrumente bzw. welche Institutionen am besten geeignet sind, um diese Frage zu stellen und eine adäquate Antwort zu bekommen.

Und dann bin ich bei der Kollegin, die die Kommunen vertritt. Ich will ein föderatives System mit vielen Ebenen, mit unterschiedlichen Aufgaben, mit unterschiedlichen Verantwortungen, sodass ich so nah wie möglich am Volk bin. Die Antwort darf nicht einfach aus kleinsten Kreisen in Brüssel kommen, die Antwort muss breit gestützt werden.

Gerechtigkeit – natürlich, aber: What the hell ist Gerechtigkeit? Ich meine, wenn wir diese Frage beantworten könnten, hätten wir schon alles gelöst. Man kann das abstrakt diskutieren – und ich mache hier einen Bogen dazu, warum ich der Meinung bin, wir müssen die Kommunen so weit wie möglich berücksichtigen – oder wir können die Frage ganz konkret für einen Arbeiter in irgendeinem Dorf in Deutschland stellen. Und der sagt sich: Ja, Gerechtigkeit!, ich bekomme weniger Lohn für mehr Stunden, mein Rentenanspruch ist weniger als der von denjenigen, für die ich jetzt bezahlen soll durch irgendwelche Transferleistungen und irgendwelche Gerechtigkeitsprinzipien, weil denen geht es jetzt schlecht.

So stellt sich diese Gerechtigkeitsfrage. Und solange wir nicht in der Lage sind, zu beantworten, warum diese Person jetzt von seinem geringen Lohn Bail-Outs irgendwo anders machen soll, ob für Banken oder auch Arbeiter sonst wo, kann man kein gemeinsames Europa aufbauen, welches gewappnet

ist für diese ganz große Frage "Insel Europa oder Teil einer Weltordnung?". Also, that's where I am.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön, Herr Prof. Davis. – Herr Dreute, bitte.

**SV Oliver Dreute (EPSC Brüssel):** Vielen Dank. – Vielen Dank, Herr Pfaffmann, für die Frage. Nehmen Sie einfach einmal Europa als Synonym für Politik. Es wird ja immer gesagt: Europa soll dieses oder jenes oder eben nicht machen! Natürlich ist Europa die Verlängerung von nationalen politischen Debatten in den Mitgliedstaaten.

Was die fünf Szenarien tun? – Sie zeigen natürlich keine inhaltlichen Visionen für Politik auf, sondern sie sind technische Möglichkeiten, was man machen kann. Wenn Sie sich bei der Frage, was Europa politisch leisten soll, orientieren wollen, dann ist es natürlich eine politische Aussage. Und die hat der Kommissionspräsident in seiner Rede getätigt. Er hat gesagt: Natürlich, wir wollen ein Europa der Werte. Und dann kann man die verschiedenen Dinge, die in diesen Szenarien als Wege benannt sind, auch nutzen.

Natürlich sagt der Kommissionspräsident auch: Ich will ein Europa der Gleichberechtigung!, der Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten, also dass die Mitgliedstaaten die gleichen Rechte haben, aber auch die gleichen Pflichten, dass also nicht der eine sagt: Ich will keine Flüchtlinge bei mir, die anderen sollen sie alle nehmen, und der eine soll zahlen und der andere soll nichts bekommen.

Es geht um gleiche Rechte und gleiche Pflichten, und das gilt für die Mitgliedstaaten wie auch für die Bürger. Wir können von Europa nicht mehr erwarten, als die eigene Regierung bereit ist, in Europa zu tun. Deswegen ist eine der wichtigsten Übungen der letzten Monate gewesen, dem Europäischen Rat mehr Gemeinsinn und Gemeinschaftssinn nahezubringen, dass es eben nicht um ein Gegeneinander geht, sondern dass die mitgliedstaatlichen Regierungen gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme suchen müssen, dass die Flüchtlingskrise ein Problem für *alle* Mitgliedstaaten ist, dass eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion auch die Nicht-Euro-Staaten betrifft.

Und wenn Sie das dann rechtlich auf die weiteren Dinge, die Sie genannt haben – gleiche Rechte für alle Bürger – umlegen, geht es in Europa auch um simple Dinge wie gleichen Zugang zu Impfstoffen, dass in allen Mitgliedstaaten Kinder geimpft werden können, dass sie überhaupt einen Zugang dazu haben. Der gleiche Lohn für gleiche Arbeit: Da geht es sicherlich um die Frage, was denn "gleich" ist.

Was definiere ich als "gleich"? Das ist eine ökonomische Frage und eine politische Frage, das ist eine politische Diskussion, die es ja auch in jedem Mitgliedstaat gibt. Auch in Deutschland ist der Mindestlohn nicht vom Himmel gefallen, sondern es gab wüste Diskussionen über die Frage, wo denn dieser nun anzusetzen sei.

Dass Europa gleiche Rechte für Verbraucher schafft, ist völlig normal. Da wird keiner von Ihnen sagen: Natürlich!, aber es ist in Europa immer noch nicht klar, dass, wenn ich Nutella in Deutschland kaufe, das Gleiche drin ist, als wenn ich Nutella in Tschechien kaufe. Darf das so sein? Ist das ein Europa, das wir für richtig halten für ein Europa der gleichen Bürger?

Die Rechtsstaatlichkeit in Europa ist für uns alle völlig klar, aber natürlich nur, wenn wir immer auf unser eigenes Land schauen. Rechtsstaatlichkeit in Europa ist, wenn Sie in andere Mitgliedstaaten weiter östlich schauen, ein großes Problem. Das ist keine Frage von Subsidiarität, da geht es um die Kernprinzipien Europas. Genauso ist es bei der Umsetzung und dem Respekt vor Urteilen des Gerichtshofs. Es ist in einer Gemeinschaft ein Unding, wenn es Regierungschefs gibt, die sagen: Urteile interessieren mich nicht! Ich will keine Flüchtlinge!

Dann sind Sie wieder bei der Frage: Welches Szenario nehmen Sie? Ist Europa bereit, mit Mehrheitsentscheidungen Dinge zu entscheiden? Ist eine Regierung bereit, sich in wichtigen Fragen überstimmen zu lassen und das auch ihren Bürgern zu vermitteln und zu sagen: Jawohl, das ist richtig im Sinne eines gemeinschaftlichen Europas!? Dann kann Europa weiter voranschreiten. Wenn dieser gemeinschaftliche Wert, dieser Konsens erreicht ist: Jawohl, es ist an einem Punkt möglich, dass ich mich nicht durchsetze und nicht zuhause sage, das ist alles Mist, was da jetzt passiert, denn ich habe das nicht gewollt!, wenn diese Solidarität da ist, dann kann Europa, egal, auf welchem dieser Wege, weiter voranschreiten. – Danke.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Ich habe jetzt – es ist 15.04 Uhr – noch vier Wortmeldungen. Ich würde jetzt zwei zusammenfassen. Ist das so in Ordnung? – Dann ist der Nächste mein Stellvertreter, Herr Rosenthal. Bitte.

**Abg. Georg Rosenthal (SPD):** Ich möchte nochmals auf einen Punkt zu sprechen kommen, etwas, was schon etwas länger her ist und von Herrn Fuest in die Debatte geworfen worden ist: Da ging es um die Währungsunion. Und ein Prinzip, das er da ge-

nannt hat, ist "Wer bestellt, bezahlt", und er hat das als ein stringentes ökonomisches Prinzip dargestellt.

Unter dem Aspekt Industriepolitik hat er Skeptizismus in dem Zusammenhang erwähnt, wo Politik glaubt, industriepolitische Dinge umsetzen zu können, und dann seine Heimat mit Hamm-Uentrop erwähnt, noch einmal als Beispiel untermauert.

Ich finde es ganz interessant, wann Politik sozusagen verantwortlich gemacht wird, wann Skeptizismus da ist und wann die Brüche da sind. Wenn ich mir die Währungsunion und die Folgen dieser Währungsunion anschau, dann frage ich mich, ob das Prinzip "Wer bestellt, bezahlt" dort tatsächlich eingehalten worden ist. Und das waren zuerst keine politischen Prozesse.

Ich denke, auch bei der Erfolgsgeschichte Binnenmarkt hat nicht das Prinzip, die Rahmenbedingungen zu schleifen, Schaden genommen, sondern der Kern Europas war, eine gemeinsame gesellschaftliche Vereinbarung zu treffen. Der Kern Europas war im Prinzip auch, Disparitäten, die da sind, so auszugleichen, dass die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen sich, sagen wir einmal, auf einer mittleren Zukunftsperspektive angleichen.

Dass also ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die wir in der Bundesrepublik Deutschland mit der sozialen Flagge der Marktwirtschaft sehr oft hochhalten, dann auf der europäischen Ebene nicht gelten sollen, überzeugt mich überhaupt nicht. Und da ist das Thema Mindestlohn eigentlich auch ein sehr schlechtes Beispiel. Da möchte ich nochmals auf meinen Vorredner zu sprechen kommen. Es war ein gesellschaftlicher Konflikt, es war eine gesellschaftliche Debatte über zehn Jahre. Das ist nicht von der Politik verordnet worden, auch wenn ich ab und zu im Bayerischen Landtag bei der Debatte den Eindruck habe, dass ich diesen Sätzen wieder begegne, sondern es war ein gesellschaftliches Ringen, weil man im Prinzip die Disparitäten in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen nicht weiter auseinanderdriften lassen wollte.

Wenn wir uns über Europa Gedanken machen, dann machen wir uns auch Sorgen um Europa, weil die Menschen in ihren Vorstellungen von den Arbeits- und Lebensbedingungen nicht mehr die Kernaufgabe Europas erkennen können. Ich glaube, das ist eine der zentralen Fragestellungen, warum uns die Emotion, die Empathie zum Thema Europa ein Stück weit abhanden gekommen ist. Ich habe bei diesen ökonomischen Bedingungen vermisst, dass auch gesellschaftliche Bedingungen Eingang fin-

den – das schadet nicht der Ökonomie – und auch soziologische Bedingungen aufgenommen werden. So habe zumindest ich Ökonomie immer gesehen und auch vorgestellt bekommen in meinem Studium.

Das springt mir zu kurz, Herr Fuest. Vielleicht habe ich Sie falsch verstanden, deshalb richte ich die Antwort direkt an Sie. Die Frage ist eben, ob diese Prinzipien – gleiche Rechte, Rechtsstaat, Prinzipien der Lebensbedingungen – nicht den Kern Europas und die Fundamentals Europas berühren und ob wir an diesem Haus vielleicht noch bauen sollten und das Ökonomische vielleicht einmal ein bisschen zurückdrängen sollten bei dem Thema Europa.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Frau Stachowitz, bitte.

**Abg. Diana Stachowitz (SPD):** Da von Herrn Rosenthal die Arbeitnehmerfragen angesprochen wurden, gehe ich nochmals darauf zurück, was wir alles zurückverlagern können. Wie viel Nationalität können wir uns denn wirklich für die Zukunft überhaupt leisten, wenn wir die Demokratie noch "behalten" wollen? Wir wissen alle: Die nationalistischen Tendenzen führen in der Regel dazu, dass wir autoritäre Strukturen haben und damit eigentlich die Demokratie gefährden.

Deswegen hier nochmals meine Frage, welche Vorschläge denn da sind. Wir haben ja hier aus dem Bayerischen Parlament viele Fragen gestellt: Wo profitieren wir? Was bekommen wir? Aber ich möchte auch fragen: Was können wir tun, damit wir weiterhin ein Europa sein können, in dem wir ein Miteinander leben und in der ökonomischen Welt überhaupt noch ein Gegengewicht zu gewissen Tendenzen darstellen?

Das hat Herr Fuest ja dargestellt. China ist, habe ich jetzt von Ihnen verstanden, nicht unser Vorbild in der Frage, wie wir ökonomisch vorgehen, sondern wenn wir einsteigen und, wie Herr Davis sagt, die "große Welt" sehen und uns als einen Player in der großen Welt sehen und nicht als eine kleine Insel, die dann auch irgendwann scheitern wird, wenn sie sich mit der großen Welt nicht beschäftigt: Was müssten wir denn Ihrer Meinung nach hier im Bayerischen Parlament tun, damit es uns wirtschaftlich weiterhin so gut geht mit *einem* Europa?

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Die Fragen waren beide an Herrn Fuest gerichtet. Dann beginnen wir also mit Prof. Fuest.

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Vielen Dank. – Ich bin ganz Ihrer Mei-

nung, Herr Rosenthal, und ich glaube, das war auch der Punkt von Herrn Pfaffmann, dass, wenn man fragt: Was interessiert die Menschen eigentlich?, es in der Tat solche Fragen sind wie "Kriege ich einen gerechten Lohn? Wofür brauche ich eigentlich dieses Europa, wenn es dazu führt, dass ich nur den Eindruck habe, ich werde immer mehr unter Druck gesetzt?" Die Menschen mögen auch nicht Wettbewerb. Das ist ja auch kein Selbstzweck, niemand mag das, sondern man hofft ja, dass man dann eben besser versorgt wird, dass der Wohlstand zunimmt usw.

Ich denke, dass die Politik auch das Recht und die Pflicht hat, das zu definieren: In welche Richtung steuern wir denn Europa? Wollen wir in Europa eher einen Raum haben, in dem wir den Wettbewerb sehr stark in den Vordergrund stellen, vielleicht noch stärker als heute, um dann bestimmte Dinge vielleicht besonders effizient zu tun? Oder ist das ein Raum, den wir uns vorstellen, in dem wir versuchen, Unterschiede stärker abzubauen, als es etwa die USA tun? Ich glaube nicht, dass man sagen kann, das eine ist ökonomisch und das andere ist nicht ökonomisch, sondern das ist zunächst eine politische Entscheidung. Ich glaube, das ökonomische Problem entsteht dann, wenn wir uns fragen: Wie kommen wir denn da hin?

Nehmen wir einmal an, wir wollten in Europa einen Raum haben, in dem jedermann Zugang zu einem vernünftigen Lebensstandard hat und, wie wir in Deutschland sagen, in gewisser Menschenwürde leben kann, also Zugang zu Gesundheit usw. hat. Wie kriegen wir das hin? Und da warne ich davor, Instrumente wie etwa einen flächendeckenden Mindestlohn oder sehr starken Kündigungsschutz zu verwenden. Warum warne ich davor? Weil meine Sorge eben ist, dass man, wenn man das übertreibt, dann in eine Situation kommt, in der zwar die Arbeitsplätze, die wir haben, wunderbar geschützt sind, aber auch eine Situation, in der eben in den schwachen Staaten nur noch wenige Arbeitsplätze da sind.

Es gibt ja andere Möglichkeiten, diese Ziele zu erreichen, und ich denke, diese Debatte muss man führen. Das dänische Prinzip etwa lautet: Wir schützen keine Jobs – es gibt also keinen großen Kündigungsschutz –, sondern wir schützen Personen. Ja, der Arbeitsmarkt ist flexibel, wir brauchen Anpassung, und wir schauen auch, dass die Menschen gut abgesichert sind, aber sie können nicht notwendigerweise an dem Arbeitsplatz bleiben, an dem sie gerade sind. Das heißt, wir verlangen nicht von den Unternehmen, Schocks aufzufangen, denn die können das teilweise ja auch gar nicht, sondern wir ver-

lagern das eben mehr in die sozialen Sicherungssysteme.

Das ist die Idee "Flexicurity". Ist *das* die Zukunft von Europa? Ich fürchte, wir müssen in diese Richtung gehen, denn wer den Wechselkurs aufgibt, der muss flexibler werden.

Die Briten haben einen viel flexibleren Arbeitsmarkt als wir, könnten sich aber eigentlich einen viel weniger flexiblen leisten, weil sie einen Wechselkurs haben. In dem Fall geht es nicht darum, ob einem das politisch gefällt, sondern das sind einfach ökonomische Gesetze, die die Politik auch nicht verändern kann. Ich glaube, dieses Verhältnis ist wichtig. Die Politik muss Ziele setzen, und es kann, wie in Deutschland, entschieden werden, dass man einen sehr starken Ausgleich will. Da müssen wir allerdings Instrumente verwenden, die dann auch dazu führen, dass diese Ziele erreicht werden. Und ich glaube, da sind eben verschiedene Instrumente unterschiedlich effektiv.

Das gilt auch für den Ausgleich der Lebensverhältnisse im öffentlichen Sektor. Wir können in Europa viel größere Transfers einführen, wenn die Politik das entscheidet. Da kann man auch nicht sagen: Das ist jetzt ökonomisch nicht richtig! Wie denn? Man muss dann aber auch die Konsequenzen sehen. Dann muss man sich eben vor die Bürger stellen und sagen: Wenn wir in Rumänien gleiche Ausstattung mit Schulen, mit öffentlichen Leistungen wie bei uns haben wollen, oder auch nur eine Annäherung, müssen wir die Mehrwertsteuer, die Einkommensteuer oder andere Steuern erhöhen.

Das passiert mir zu wenig. Meine Sorge ist, dass da viel versprochen wird, aber dann hat man Angst davor, sich zuhause hinzustellen und zu sagen: Leute, wenn ihr wollt, dass diese Auseinanderentwicklung aufhört, dann müsst ihr es halt auch bezahlen!

Und der letzte Punkt: Ich glaube, wir haben keine Forschung, die sagt, dass Deutschland mehr als andere von der EU oder von der Währungsunion profitiert hätte. Das wird aus dem Ausland gerne so behauptet, um zu rechtfertigen, dass die Deutschen Transfers zahlen müssen, aber es ist nicht belegbar. Auch das Gegenteil ist nicht belegbar, denn wir haben keine Forschung, die sagt, wir hätten stärker von der Euro-Zone profitiert als andere Länder. Das ist einfach nicht richtig. Ein simples Beispiel: Nehmen Sie z.B. das Pro-Kopf-Einkommen als Maßstab. Um wie viel ist das Pro-Kopf-Einkommen seit der Einführung des Euro gestiegen? Da liegen wir nicht vorne.

Es ist auch kein sinnvolles Maß, denn Sie müssten eigentlich fragen, wie wir uns ohne Währungsunion entwickelt hätten. Das wissen wir aber gar nicht. Es gibt eine gewisse Forschung dazu, und ich kann Ihnen versichern, das Ergebnis dieser Forschung ist nicht, dass Deutschland mehr als andere profitiert hat. Das Ergebnis ist auch nicht, wir hätten da unbedingt schlecht abgeschnitten. Ich will Sie nur dafür sensibilisieren, dass das eher ein, sagen wir einmal, politisches Kampf-Argument ist. Es gibt keine seriöse Forschung, die dieses Argument untermauert.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön, Herr Prof. Fuest. – Herr Prof. Davis, bitte.

**SV Prof. James W. Davis, Ph. D. (Universität St. Gallen):** Ich möchte beiden Rednern antworten.

Herr Rosenthal, Sie meinten, die Wählerinnen und Wähler wollen von Europa etwas wie – vielleicht zitiere ich nicht ganz korrekt – ein deutsches Sozialsystem oder ein soziales Marktwirtschaftssystem. Ich nenne jetzt nur ein paar Daten. Das ist die letzte große Umfrage zu Europa, von 29. September bis 03. Oktober, und nach der Rede Macrons.

Wenn man Europäer fragt, ob die Sozialsysteme in den Mitgliedstaaten der EU schrittweise angeglichen werden, sagen nur 18 %, dass sie so etwas voll und ganz befürworten. Wenn man sagt: tendenziell, dann steigt das bis auf knapp 50 %. Das heißt, dass 50 % der Bürgerinnen und Bürger Europas eine ganz andere Idee haben oder noch nicht davon überzeugt sind. Und ich glaube, dass es das ist, womit wir zu kämpfen haben. Wir haben nicht ein gemeinsames Projekt in Europa, und das ist genau das, was dann Europa zum Scheitern bringt, wenn man versucht, etwas aufzuoktroyieren.

Wenn wir dann differenzierter an die Wählerschaft gehen, etwa, bei welchen Themen die EU-Länder verstärkt an gemeinsamen europäischen Lösungen arbeiten sollen, sieht man, dass es da eine ganz starke Befürwortung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und des Klimaschutzes gibt. Da ist man bei 60 %. Wenn man aber dann Fragen bezüglich Energie, Lebensmittelsicherheit, Bildung und Jugend stellt, geht es unter 50 %. Und bei Themen wie Beschäftigung und Sozialpolitik sind es nur 30 % der Bevölkerung, die der Meinung sind, dass wir hier verstärkt gemeinsam arbeiten sollen.

Insofern sage ich, wir können behaupten, was wir wollen, aber fragen wir einfach – das ist mein Plädoyer –, fragen wir die Leute, was sie wollen!

Man kann ja diese Umfrage vielleicht mit anderen vergleichen, aber es ist einfach nicht so, dass ein Konsens herrscht, dass ganz Europa so ausschauen will wie Deutschland.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke. – Frau Bischoff, bitte.

**Sve Gabriele Bischoff (EWSA Brüssel):** Wir sind ja hier wirklich bei der Kernfrage. Wenn wir uns überlegen: Dieses Projekt ist aus Trümmern mit einem sehr, sehr großen Versprechen gestartet, nämlich Frieden und Wohlstand für alle. Das war damals vor dem Hintergrund der Erfahrungen ein extrem großes Versprechen. Wenn wir uns ansehen, was denn im Moment das Leitbild ist, erkennen wir, da herrscht große Ratlosigkeit. Ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber ich möchte sagen, eine Europäische Union, die im Wesentlichen von Ökonomen und Buchhaltern dominiert wird, und nicht politisch, kann nicht funktionieren. Man braucht die Kompetenz der Ökonomen und der Buchhalter, aber wenn sie die Politik bestimmen, dann haben wir ein großes Problem. Und das sieht man jetzt inzwischen auch, weil die politischen Folgekosten von bestimmten Wegen, die ökonomisch vielleicht aus dem eigenen Weltbild und dem Ansatz, den man verfolgt, richtig sind – das will ich ihnen gar nicht absprechen – gravierend sind.

Deshalb ist es kein Zufall, glaube ich, dass wir wieder in so eine Wertedebatte kommen: Welche Werte machen die Europäische Union aus, und was bedeutet unter modernen Bedingungen eine soziale Marktwirtschaft in Europa? Und da geht es eben nicht um einheitliche Standards, sondern die Europäische Union hat immer damit operiert, so etwas wie soziale Haltelinien einzuziehen, und zwar von Beginn an, seit den Römischen Verträgen, wo man Mindeststandards festgelegt und gesagt hat, die Systeme sind ganz unterschiedlich. Wir müssen nur einsehen, dass es keinen Wettbewerb nach unten gibt, sondern dass diese Haltelinien auf so einem Niveau sind, dass wir sagen, das *müssen* alle garantieren, und darüber sollen sie bitte auch hinausgehen, wenn sie es ökonomisch, politisch usw. wollen.

In dem Moment, wo diese Haltelinien nicht mehr funktionieren, weil man sich nicht mehr auf die Haltelinien mit 27 verständigen kann, hat man ein Problem. Und das ist ja auch der Ansatz gewesen, wie ich glaube, eher aus Verzweiflung und weil man sieht, die Kommission kann sich gar nicht mehr trauen, so eine Säule sozialer Rechte vorzuschlagen. Das ist quasi ein atypischer Akt, wo das zusammengefasst wird, was man an gemeinsamem Besitz-

stand hat, und wo man die Mitgliedstaaten verpflichten will, dass sie sich selbst verpflichten, in den Bereichen, wo z.B. keine europäischen Kompetenzen sind, für bestimmte Haltelinien zu sorgen, damit es nicht weiter erodiert.

Und die Frage wird jetzt sein: Werden die Mitgliedstaaten sich dazu auch verpflichten, und zwar alle, und wird es nicht nur Herr Tusk unterschreiben, sondern auch die Mitgliedstaaten? Denn das ist auch in dieser Debatte heute Nachmittag sehr deutlich geworden.

Es gibt im Europäischen Parlament einen Konsens, was die wichtigsten nächsten Schritte sind, und zwar zwischen allen Parteien dort, die in dem – das habe ich schon gesagt – demokratischen, politischen Spektrum sind und deren Ziel es ist, Lösungen anzubieten und nicht einfach nur bestimmte Stimmungen zu nutzen. Und es gibt eben keinen Konsens in der Gruppe der Mitgliedstaaten, und hier liegt im Moment das Problem.

Deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, sich auf bestimmte Projekte, die man starten kann, zu besinnen. Für mich ist Europa eigentlich nur zu retten, wenn man es schafft, breite Debatten darüber zu initiieren, und zwar auf kommunaler Ebene. Es hilft sicher, wenn man Experten einlädt, um sich über bestimmte Fragen Klarheit zu verschaffen, aber wenn wir es nicht schaffen, die Debatten über die Zukunft Europas mit den Bürgern, und zwar orientiert an ihren Lebenslagen, ihren Problemen, an dem, was sie beschäftigt, zu führen, wenn wir das nicht mehr schaffen, verlieren wir sukzessive immer weiter an Unterstützung, weil es eben bestimmte populistische und nationalistische Parteien gibt, die genau das für sich instrumentalisieren. Die bieten keine Lösungen an, aber sie versuchen, das abzuschöpfen. Und deshalb ist es wichtig, so einen Konsens über die Grundfragen und die Grundrichtung herzustellen, und das aus meiner Sicht nicht auf nationaler Ebene, noch nicht einmal auf Landesebene, sondern wirklich ganz nahe bei den Menschen, nämlich auf kommunaler Ebene.

Und es wäre doch wunderbar, wenn so ein Landtag in eine solche Richtung Anregung, Inspiration und Unterstützung geben kann, damit man solche Debatten dann auch tatsächlich führt.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Jetzt haben wir noch zwei Wortmeldungen, die ich zunächst zusammenfasse. Als Erster Herr Mistol, bitte.

**Abg. Jürgen Mistol (GRÜNE):** Herr Vorsitzender! Kolleginnen und Kollegen! Frau Bischoff, Sie haben

mir gerade so richtig aus dem Herzen gesprochen. Wir hatten ja vor einiger Zeit und immer wieder einmal im Ausschuss auch über unsere Rolle hier als Europaausschuss im Bayerischen Landtag gesprochen und dass wir eigentlich diejenigen wären, die ich in der Rolle sehen würde, diese breiten Debatten über die Zukunft Europas auch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu führen oder zumindest die Debatten anzustoßen. Das ist ganz in meinem Sinne.

Ich möchte dazu auch noch kurz etwas sagen. Wir haben die Währungsunion, und ich persönlich kann mir nicht vorstellen, dass man eine Währungsunion hat und nicht gleichzeitig auch für soziale Standards sorgt und bei der sozialen Sicherheit mehr EU haben kann. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es anders gehen würde, aber das jetzt nur so als Anregung.

Ich habe eigentlich eine ganz andere Frage, und zwar an die Frau Poth-Mögele, Stichwort Europa der Regionen. Wir haben ja die Situation, dass die Regionen in Europa sehr unterschiedlich definiert sind: Es gibt große, kleine, mit unterschiedlichsten Kompetenzen. Wir haben Regionen, die richtige Europa-Fans sind, wenn ich das so sagen kann. Ich habe zum Beispiel in Südtirol sehr viele Europa-Freunde gefunden, die durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union auch ihren Frieden in ihrem Nationalstaat gefunden haben. Gleichzeitig haben wir Regionen, wo es genau anders ist; ich nenne jetzt einmal Katalonien.

Wenn wir jetzt sagen, wir wollen einerseits mehr EU und definieren irgendwann, in welchen Bereichen wir das wollen, und gleichzeitig wollen wir aber auch Zuständigkeiten und Kompetenzen rückverlagern auf die nationale Ebene oder auch auf die regionale Ebene: Wie schaffen wir das? Da sind ja auch die Nationalstaaten noch irgendwie dazwischen. Wie kriegen wir das hin? Oder wie können wir in Europa oder in der Europäischen Union mit so einem Konflikt wie in Katalonien umgehen? Überlassen wir das dem Nationalstaat? Oder soll sich die Europäische Union einmischen, und wenn, dann wie?

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke, Herr Mistol. – Frau Schmidt, bitte.

**Abg. Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange jetzt von hinten an. Herr Fuest, Sie haben gerade gesagt: Wozu brauchen wir Europa, um wirtschaftlich stark dazustehen? Ich möchte betonen, das Fundament Europas sind die Bürger, und die Räume mit verschiedenen dicken Bettdecken darin

sind eben die Länder. Es hat also nicht jeder in seinem Raum denselben Komfort, aber das Dach wollen wir doch als Europa gebildet haben. Und das Dach ist doch da!

Erstens galt es, Frieden und Humanität zu schaffen. Wenn wir aber ständig am Fundament rücken und das Fundament in Frage stellen, und der eine möchte sein Zimmer wieder entnehmen: Wie stabil bleibt dann das Dach? Da wäre die Frage: Wie gehen wir mit denen um, bei denen Nehmen seliger denn Geben ist? Das muss man auch einmal ganz ehrlich sagen.

Wir haben in Pommern jeden Monat Tausende von Menschen, die pro Europa auf die Straße gehen. Wir haben im Baskenland eine starke europäische Bewegung, durch die ja erst der Frieden entstanden ist, durch dieses Pro-Europa wurde der Unfrieden im Land geklärt. Wir haben über den Verband der Kommunen Partnerschaften und Verknüpfungen in vielfältigster Weise, wo sich Menschen begegnen, und denen ist in erst in zweiter Linie wichtig, wie all die Details, die wir jetzt besprochen haben, aussehen.

Wenn wir so weitermachen, dass die einen nicht gehandelt werden für ihre Abrissgedanken und Nur-das-Beste-zu-nutzen-Gedanken, bin ich wieder beim Bericht des Flüchtlingskommissars, der gesagt hat: Na ja, manche halten sich halt nicht daran. Was wollen wir denn tun? – Wie gehen wir denn dann mit unseren Zukunftsvisionen um? Müssten die dann nicht das Fundament des Ganzen sein?

Wir haben jetzt sechs Szenarien. Welches der Szenarien propagieren Sie? Welche Punkte müssten noch aufgenommen werden? Und eine weitere Frage: Wäre es denn manchmal nicht besser, das näher und verständlicher an die Menschen heranzubringen, weil die Menschen die Rolle der Kommission als Ganzes oft gar nicht verstehen können, sondern mehr das Parlament verstehen und vielleicht noch andere "Werkzeuge"? Welches dieser Szenarien möchten Sie als großes Leitbild haben?

Herr Prof. Davis, Sie haben es ganz am Anfang gesagt: Bitte versprechen wir doch einmal etwas, was wir wirklich halten können. Welche drei Versprechen oder welche drei Zusagen müssten wir denn als Erstes erfüllen für Europa? Ich war gerade mit einer Schülergruppe einer Europa-Schule da. Wir müssen doch einmal auch praktisch werden, denn die Schüler haben mir vorhin gesagt, sie verstehen nicht, worüber wir sprechen. Die fragen sich wirklich, warum manche Länder etwas dürfen, was andere nicht dürfen, und warum wir keine Angst davor haben, dass

der Frieden gefährdet ist, warum es denn immer um Geld geht und warum wir nicht über mehr Humanität in Europa sprechen.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Jetzt würde ich für die abschließende Runde sagen, dass jeder der Sachverständigen vielleicht kurz antwortet. Fangen wir einfach mit den Damen ganz außen an. Als Erste Frau Poth-Mögele, bitte.

**Sve Dr. Angelika Poth-Mögele (CEMR Brüssel):** Herr Mistol, vielen Dank für die Frage nach dem Europa der Regionen, natürlich mit Bezug auf die aktuelle Situation in Spanien. Wir haben vor zehn Tagen in Brüssel eine Veranstaltung zu diesem Thema gemacht. Und was ich eigentlich gut fand – das war so ein Fazit –, was da herausgekommen ist, war: Europa *mit* den Regionen. Ein Europa *der* Regionen haben wir ja schon einmal versucht, da sind wir nicht so weit gekommen. Es ist aber auf jeden Fall wichtig, die Regionen als starke Träger der gemeinsamen Europäischen Union zu sehen.

Ich finde es auch immer beeindruckend: Unser jetziger Präsident ist Präsident der Region Emilia Romagna und ist ein feuriger Europäer, wie viele unserer Mitglieder auch, und als wir bei unserer letzten Hauptausschusssitzung unsere Position zur Zukunft Europas verabschiedet haben, war es ganz deutlich: Alle stehen hinter Europa, alle stehen hinter den Werten der Gemeinsamen Union und auch für Solidarität. Und wir werden bei unserer nächsten Sitzung im Januar eine Debatte dazu führen, weil es ja natürlich auch wieder eng verbunden ist mit all den Fragen, die Sie heute auch diskutiert haben.

Was bedeutet das konkret? Und wie groß ist die Bereitschaft, sich gegenseitig zu unterstützen, auch wenn es darum geht, Kapazitäten auszubauen, weil es natürlich – und wir haben es ja auch heute häufig angesprochen – Unterschiede gibt in den Strukturen, in der Fähigkeit, Dinge selbst zu verwalten, eine Verwaltung zu organisieren? Es besteht meines Erachtens eine große Bereitschaft auf kommunaler Ebene, auf regionaler Ebene, sich gegenseitig dabei zu helfen und voneinander zu lernen.

Herr Fuest, Sie haben das Thema Flexicurity angesprochen. Wir hatten bei uns auch die Debatte über die soziale Säule. Es ist aber auch so, dass es zwischen den Nord- und Süd- und Ost- und West-Ländern große Unterschiede in der Philosophie, in der Auffassung dazu gibt. Dass die nördlichen Länder dazu einen großen Beitrag über Steuern finanzieren, ist in anderen Ländern wahrscheinlich nicht mach-

bar. Die ganze Frage hängt ja auch damit zusammen, was die Bevölkerung auch bereit ist, zu finanzieren, also höhere Steuerabgaben zu leisten, um dann so ein System wie Flexicurity zu finanzieren.

Wir haben bei uns keinen Konsens gefunden. Man ist sich einig, dass man sich nicht einig ist. Und insofern auch noch einmal das Plädoyer, dass wir uns mit der Vielfalt in Europa auch auf die starken Regionen beziehen, die bereit sind, die Träger der Union zu sein, vorausgesetzt – Sie haben es angesprochen –, sie sind in ihren Kompetenzen und natürlich auch in ihren Finanzen stark. Dann kann man auf diese Regionen sehr stark bauen.

Und mit Bezug auf die aktuelle Situation in Spanien: Wir werden auch versuchen – und ich hoffe, Sie werden das auch tun –, im Rahmen unserer Möglichkeiten auf eine zivilisierte und friedliche Lösung hinzuwirken, um zu verhindern, dass andere Regionen dem Beispiel Kataloniens folgen werden. Wir denken, es gibt ein berechtigtes Interesse, aber es muss mit demokratischen und zivilisierten Mitteln und Möglichkeiten dafür gekämpft werden. – Danke sehr.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Frau Bischoff, bitte.

**Sve Gabriele Bischoff (EWSA Brüssel):** Wir haben ja lange diese Debatte zum Thema Flexicurity geführt. Ich weiß nicht, wie ein EU-Haushalt von der Größe her aussehen müsste, wenn er das aufwenden würde, was die Dänen aufwenden, um ihr Modell, nämlich Arbeitsplätze nicht zu schützen, auch durchzusetzen. Ich denke, dass der Ansatz der Kommission richtig ist, zu sagen: ein Europa, das schützt und ermächtigt, weil ich denke, es geht darum, dass man den Menschen wieder die Kontrolle über ihr Leben zurückgeben muss. Und das bedeutet eben auch, dass sie sich sicher sein können, dass die Europäische Union und dass die Mitgliedstaaten zusammen politisch sowohl die Globalisierung gestalten wollen und können, als auch beispielsweise andere Herausforderungen, die die Menschen im Moment sehen und von denen sie sich auch bedroht fühlen, meistern wollen.

Man braucht auch für Flexibilität ein bestimmtes Maß an Sicherheit und kann das nicht gegeneinander ausspielen. Und das kann die Union aus meiner Sicht liefern. Für mich ist es, wenn es darum geht, welche drei Versprechen die Europäische Union geben soll, auf jeden Fall einmal, dass sie über starke Grundrechte ihre Bürgerinnen und Bürger schützt, dass sie Rechtsstaatlichkeit garantiert, dass sie auch einschreitet, wenn die Rechtsstaatlichkeit

verletzt wird und dass sie für Gerechtigkeit und Solidarität sorgt. Das sind eigentlich vier Wünsche, aber für mich gehören Gerechtigkeit und Solidarität zusammen.

Die Europäische Union: Wer ist das? Das ist ja immer wieder die Frage. Sie ist ja keine anonyme Macht, sondern das sind einzelne Akteure. Es braucht starke, demokratisch legitimierte Akteure, und deshalb ist für mich eine Zukunft Europas ohne stärkere Rechte für das Europäische Parlament und ohne eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente gar nicht denkbar.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön, Frau Bischoff. – Herr Prof. Fuest, bitte.

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Vielen Dank. – Frau Schmidt, ich bin ganz Ihrer Meinung, dass wir in Europa friedlich miteinander umgehen sollen. Das ist das Hauptgut, dass wir uns friedlich im Parlament in Brüssel treffen und miteinander diskutieren und auch unsere Differenzen offen austauschen. Das ist eine der großen Leistungen der EU, da bin ich vollkommen Ihrer Meinung.

Welche Szenarien wären sinnvoll? – Mir ist ein Szenario sympathisch, das sagt: Lasst uns eventuell weniger zusammen tun und lasst uns auch flexibel vorgehen. Es müssen nicht immer alle 27 mitmachen, das wird nicht klappen, sondern wir können Dinge, die uns helfen, auch gemeinsam in kleineren Gruppen zusammen machen.

Wie gehen wir mit denen um, die bestimmte Dinge nicht wollen und die z.B. in der Migration andere Ideen haben? Hier würde ich sagen: Vorsicht! Es ist wirklich hilfreich, einmal nach Ungarn zu fahren und mit den Menschen dort zu sprechen, auch mit den Politikern, oder in andere osteuropäische Staaten, und statt zu predigen einfach einmal zuzuhören.

(Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber Ungarn hat auch den Stacheldraht ...!)

Ja ja, ist alles in Ordnung. Aber wenn man einmal nicht predigt und anschuldigt, sondern einfach einmal zuhört, dann hört man, das mit der Zuwanderung ist so gelaufen: Deutschland hat einen Alleingang unternommen, ohne jede Rücksicht auf die europäischen Partner und ohne Konsultation mit den europäischen Partnern, und möchte seine Auffassungen über Migration anderen vorschreiben.

Und noch einmal: In Europa gibt es nicht im Geringsten eine Mehrheit dafür, das deutsche Wirtschafts- oder Gesellschaftsmodell oder die deutschen Ideen von Migration zu übernehmen. Das müssen wir einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Es gibt keinen Konsens darüber. Und deshalb würde ich mir vorstellen, dass wir in der Zukunft vielleicht etwas weniger in dem Glauben antreten, wir wüssten oder in Brüssel wüssten bestimmte Gruppen, was Europa ist, sondern dass wir uns vielleicht einmal etwas pragmatischer mit Politikfeldern – und da müssen wir dann leider auch wieder konkret werden – auseinandersetzen, in denen wir gemeinsam nützliche Dinge tun können, etwa in der Verteidigung, auch in der Migrationspolitik, in der Entwicklungshilfe, bei den vielen gemeinsamen Interessen, die wir haben. Ich würde aber davon abraten, mit großen Vereinheitlichungsvisionen anzutreten. Da muss man sehr vorsichtig sein, denn das wird nicht klappen. Ich würde eher empfehlen, etwas bescheidener zu sein.

Und gerade was Deutschland angeht: Man schaut Deutschland und Frankreich als Paar sehr misstrauisch an in Europa, wenn diese beiden Länder sozusagen voranschreiten, weil der Eindruck entsteht, sie wollten alles bestimmen. Ich würde sagen: Ein bisschen bescheidener antreten und zuhören – auch bei der Migrationsfrage –, statt andere mit irgendwelchen Sanktionen zu bedrohen, weil sie die Wanderungspolitik nicht so durchführen wollen, wie wir uns das vorstellen.

(Zuruf der Abg. Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Ich verteidige da nichts!

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Wir sind zeitlich schon ein wenig in Verzug, einige müssen um 15.30 Uhr weg. – Also noch eine kurze Nachfrage, Frau Schmidt.

**Abg. Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Ich meinte nicht, dass wir grundsätzlich unseren Willen überall durchsetzen sollen. Ich habe mir das sehr wohl in Ungarn angeschaut. Aber wenn ein EU-Land Gelder für humanitäre Aufgaben bekommt, dann muss es auch den Auftrag gemäß der Bestimmung des Geldes umsetzen. Darum ging es mir, das wollte ich nur klarstellen.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Prof. Fuest noch dazu.

**SV Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest (ifo Institut München):** Verstöße gegen Grundrechte will ich hier

überhaupt nicht verteidigen. Da gibt es nichts zu verteidigen. Aber das wäre jetzt ein weites Feld, denn da müsste man dann die Türkei-Politik der EU ausklammern.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Prof. Davis, bitte.

**SV Prof. James W. Davis, Ph. D. (Universität St. Gallen):** Es gibt interessanterweise jetzt etwas mehr Gemeinsamkeit, denn Frau Bischoffs Antwort ging in eine ähnliche Richtung wie die meine. Ich glaube, es ist eine Frage, wie man das dann realisiert, die drei Versprechen, die man einhalten soll bzw. die drei Errungenschaften, zum einen, dass Europa ein gemeinsames Projekt ist.

Wo meine Strategie und die von Frau Bischoff auseinandergehen ist, dass ich glaube, dass wir mit dem Brexit gesehen haben, wie man aus einem gemeinsamen Projekt wieder ein nationales Projekt machen kann. Ich will nichts überstrapazieren, da bin eher bei Herrn Fuest, der ein bisschen mehr für "weniger" ist, damit das Gemeinsame bleibt. Die größte Errungenschaft ist natürlich, dass Deutschland und Frankreich sich versöhnt haben und dass man miteinander redet und nicht mehr streitet.

Die zwei weiteren Versprechen – und die sind für mich sehr eng verknüpft, und ich glaube, ich bin damit wieder nicht sehr weit von Frau Bischoff weg – sind zum einen eine Menschenrechtscharta, die man einzuhalten hat, und zweitens ein Binnenmarkt. Die gehen irgendwie zusammen. Aber wenn das nicht zusammengeht und auseinanderdriftet, dann haben wir nicht die EU, die ich mir wünsche.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön, Herr Prof. Davis. – Herr Dreute, bitte.

**SV Oliver Dreute (EPSC Brüssel):** Danke schön. – Das waren zwei Fragen, einmal, welche Szenarien, also welcher Weg, und was die drei Versprechen sind, die am wichtigsten sind.

Weniger, aber effizienter für die große Menge der Dinge: Europa muss sich darauf konzentrieren, was es ist, was es wirklich tun kann und soll. Da, wo Europa sich entscheidet, dass es tun soll, sollte es meiner Ansicht nach mehr und stärker gemeinsam handeln, und das sind dann die drei Versprechen, die erstens die Bürger erwarten und die Europa letztlich auch liefern muss, um bestehen zu können, und das sind Schutz, Sicherung und Modernisierung.

Schutz ist das, was die Bürger im Moment laut Umfragen erwarten. Ich denke nicht, dass Politik nur auf

Umfragen basieren sollte, aber das ist, glaube ich, eine Anforderung an Außengrenzen, an Sicherheit und an die Entwicklung einer Verteidigungsperspektive für Europa in einer unsicheren Weltlage.

Das Zweite ist – und das wird leider immer wieder vergessen – die Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Das ist etwas, was Europa und die Europäer nur gemeinsam machen können. Da sind einzelne Versuche absolut zum Scheitern verurteilt, weil wir einfach wirtschaftlich so eng verbunden sind. Diese Bereiche sind Forschung, Entwicklung, Innovation, und ohne Europa wird kein Mitgliedstaat das bestehen können.

Und damit einher geht die dritte Frage: die Sicherung. Da spielt sicher die soziale Sicherung eine Rolle und wie wir diese Sicherung gemeinsam auf der Grundlage dessen, was wir durch unsere Wirtschaftskraft und Innovation erreichen können, definieren. Da spielt hinein: Wie stellen wir uns die Solidarität in der Euro-Zone und im Haushalt vor? Und deswegen ist diese dritte Säule aus meiner Sicht die politisch am heißesten zu diskutierende, denn da geht es sicherlich um Wertungsfragen, die weit auseinander liegen, aber auf die wir Europäer eine gemeinsame Antwort finden müssen, weil das die dritte Säule ist, für die Europa irgendeine Lösung finden muss. – Danke.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Danke schön. – Ich darf jetzt Herrn Prof. Fuest entschuldigen. Er hatte um 15.30 Uhr einen wichtigen Termin und ist schon gegangen.

Ich sage allen Sachverständigen im Namen aller Kollegen aus dem Europa-ausschuss herzlichen Dank für die rege, offene und, wie ich glaube, auch ehrliche und kompetente Diskussion. Es war für uns

sehr fruchtbar, wir haben sehr viele Anregungen bekommen, die wir auch in unserer politischen Arbeit natürlich für die Zukunft Europas, aber auch für die Zukunft Bayerns verarbeiten werden.

Ich sage nochmals herzlichen Dank und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag und einen guten Nachhauseweg – Herr Dreute und, wie ich glaube, auch die Damen haben den weitesten Weg. Einen schönen Nachmittag!

Herr Stellvertreter, bitte.

**Abg. Georg Rosenthal (SPD):** Wir hätten eigentlich seit 15.00 Uhr im Prinz-Carl-Palais eine Verleihung der Europa-Urkunden gehabt. Ich möchte, dass wir irgendwie zum Ausdruck bringen, dass es nicht gut ist, dass während eines regulären Sitzungstermins von der Staatsregierung parallel eine große Verleihung anberaumt wird. Gestern war ein nachholender Termin für zwei, die nicht konnten, heute ist es um 15.00 Uhr im Prinz-Carl-Palais. Ich möchte das auch an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen richten.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Ich würde vorschlagen, dass ich im Auftrag des Ausschusses einen Brief an die Europaministerin schreibe. Ist das in Ordnung?

**Abg. Georg Rosenthal (SPD):** Ja, sehr schön. Danke.

**Vorsitzender Dr. Franz Rieger (CSU):** Beschluss einstimmig? – Gut, danke schön.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 15.42 Uhr)





*Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss*

Brüssel, den 5. Juli 2017

## **ENTSCHLIESSUNG**

**zum Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas und darüber hinaus**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verabschiedete auf seiner Plenartagung am 5./6. Juli 2017 (Sitzung vom 5. Juli) mit 226 gegen 16 Stimmen bei 15 Enthaltungen folgende Entschließung:

### *Gemeinsam an einem Strang ziehen*

#### *Standpunkt des EWSA zur Zukunft Europas<sup>1</sup>*

1. Die Gesellschaft und die Bürgerinnen und -bürger in Europa fordern eine glaubwürdige, legitime und widerstandsfähige EU. Seit über einem Jahrzehnt ist die EU nun mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen konfrontiert, was bei den Bürgern zu einer negativen Einstellung und zu Unsicherheit geführt hat. Die EU braucht übergreifende Strategien zur Förderung des Wohlergehens ihrer Bürger, umfassender und nachhaltiger Investitionen, der Kreativität und des Unternehmertums sowie Strategien zur Bekämpfung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, der Armut und der ungleichen Verteilung des Wohlstands. Die derzeitige wirtschaftliche Erholung darf keinesfalls als Vorwand für Untätigkeit dienen. Der EWSA fordert vielmehr ein überlegtes und kohärentes Vorgehen zur Stärkung von Vertrauen und Zuversicht sowie die Konzentration auf greifbare Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger und die Nutzung von Europas enormem Potenzial.
2. Dabei müssen falsche Erwartungen vermieden werden. Insbesondere sollte eine EU angestrebt werden, die echte Chancengleichheit für alle bieten kann. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Faktoren sind eng miteinander verknüpft. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass Europa in die Lage versetzt wird, sich an die tiefgreifenden Transformationsprozesse und den harten Wettbewerb in der Welt anzupassen und die Globalisierung wirksam im Einklang mit den Werten der EU zu gestalten.
3. Das sattsam betriebene Spiel, Brüssel den Schwarzen Peter zuzuschieben, muss aufhören. Ein gemeinsames Engagement der EU-Institutionen und eines breiten Spektrums von Interessenträgern einschließlich Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene ist dafür unerlässlich. Der EWSA macht deutlich, dass die Legitimität der Beschlüsse der EU letztlich von der Qualität des demokratischen Prozesses abhängt.
4. Der Weg in die Zukunft kann nur dann erfolgreich sein, wenn er von den gleichen *gemeinsamen Zielvorstellungen* geprägt ist, die auch die Überzeugung der Gründungsväter und später jeden maßgeblichen Fortschritt Europas gekennzeichnet haben. Die EU sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente, ihre Leitlinien-Kompetenz, Fonds und Kooperationsprogramme einsetzen, um in allen gewünschten Bereichen voranzukommen. Der Vertrag von Lissabon weist dabei den Weg.

---

<sup>1</sup> Diese vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss auf seiner Plenartagung am 5. Juli 2017 angenommene Entschließung geht zurück auf ein Ersuchen des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, der den EWSA am 4. April 2017 beauftragte, die Vorstellungen und Prioritäten der organisierten Zivilgesellschaft über die künftige Entwicklung der Europäischen Union auf der Grundlage des *Weißbuches zur Zukunft Europas* darzulegen.

### *Die Szenarien des Weißbuchs*

5. Um zu *gemeinsamen Zielvorstellungen* oder zur Bestimmung des künftigen Wegs zu gelangen, ist es nach Auffassung des EWSA nicht der richtige Weg, verschiedene Szenarien zur Wahl zu stellen<sup>2</sup>. Erstens fängt die EU nicht bei Null an, weshalb die Kommissionsvorschläge auf einer eingehenden historischen Analyse der EU – ihrer Errungenschaften und ihrer Mängel – als einer wertvollen Quelle für die Zukunft – basieren sollten. Die von den Mitgliedstaaten in der Erklärung von Rom eingegangenen Verpflichtungen sind ein positiver und solider Ausgangspunkt<sup>3</sup>. Die fünf Szenarien sind für die Mitgliedstaaten konzipiert und zielen auf institutionelle Änderungen ab. Sie mangeln daher an direkter Relevanz für die Unionsbürgerinnen und -bürger. Zudem erscheinen sie künstlich.
6. Für den EWSA ist Szenario 1 – die des „Durchwurstelns“ – keine Alternative. Szenario 5 mag für eine ganze Reihe von Menschen attraktiv sein, ist aber derzeit unrealistisch. Szenario 2 mit ausschließlichem Schwerpunkt auf den Binnenmarkt greift viel zu kurz. Szenario 4 erfordert eine Übereinkunft zwischen 27 Mitgliedstaaten, was zur einer Lähmung der EU führen und zentrifugalen Tendenzen Vorschub leisten könnte, wodurch die Ziele und Werte der Union gefährdet werden. Die in Szenario 3 vorgesehenen Mechanismen einer differenzierten Integration – wie z. B. die verstärkte Zusammenarbeit – können ein nützliches Instrument zur Überwindung von Blockaden in bestimmten Bereichen und zur Förderung einer positiven Dynamik im EU-Integrationsprozess sein. Gleichwohl sind sie eher Instrumente zur Erreichung der politischen Ziele als ein Ziel an sich. Während sie als ein empfehlenswertes Mittel zur Überwindung von Lähmungen oder Hindernissen bezüglich wünschenswerter EU-Rechtsvorschriften zu empfehlen sind, betont der EWSA gleichermaßen, dass die Konvergenz in der Union gefördert und die Fragmentierung und Spaltung bekämpft werden muss. Daher sollten Vereinbarungen zwischen Vorreiter- oder Katalysator-Staaten immer auch allen anderen Ländern offenstehen, die sich daran beteiligen *wollen*, wobei *gemeinsame Zielvorstellungen* im Vordergrund stehen sollten.

### *Standpunkt des EWSA zur Zukunft Europas*

#### *A. Verfahren*

7. Strategische Themen sollten in eine gemeinsame Perspektive eingefügt werden, um die Gefahr eines Europa „à la carte“ oder zentrifugale Tendenzen zu vermeiden. Der EWSA empfiehlt eine Entwicklung, bei der die Voraussetzungen für eine bessere Teilung der politischen Macht in allen Bereichen geschaffen werden. Diese Fragen hängen in erster Linie vom politischen Willen ab und sollten deshalb ein zentrales Thema in einer echten Debatte über die Zukunft Europas sein.

---

<sup>2</sup> Vgl. *Weißbuch zur Zukunft Europas*, März 2017.

<sup>3</sup> Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission vom 25. März 2017:  
<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25-rome-declaration/>.

8. Die traditionelle Unterscheidung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene sollte aufgegeben werden. Gemeinsame Herausforderungen und eng verknüpfte Lebenswelten in Europa unterstreichen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Mission. Dies macht auch die Anerkennung der Unionsbürgerschaft neben der nationalen Staatsangehörigkeit erforderlich. Alle Ebenen der Gesellschaft müssen in die politische Entscheidungsfindung einbezogen und daran beteiligt werden. Die Ziele sollten gemeinsam festgelegt und die Auswirkungen der Entscheidungen und Maßnahmen sollten auch auf einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene regelmäßig bewertet werden, um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen.
9. Das Europäische Parlament (EP) muss bei der Gestaltung der Zukunft Europas eine zentrale Rolle spielen. Zudem muss unbedingt das Engagement der nationalen Parlamente gefördert und ihre Interaktion mit dem EP gestärkt werden.
10. Die zentralen Ziele müssen mit einer Vereinbarung der Mitgliedstaaten über folgende Punkte einhergehen:
  - Ziele, gemeinsamen Instrumente und Fristen; am notwendigsten sind gemeinsame Vorstellungen auf der Grundlage von Kohärenz, Transparenz, Sichtbarkeit und vor allem gemeinsamer Kommunikation;
  - eine wünschenswerte Reform des Rates, die Effizienz und Transparenz gewährleistet, sowie eine unabhängige Rolle der Kommission in Angelegenheiten der ausschließlichen Zuständigkeit und der geteilten Zuständigkeit unter starker Betonung der Gemeinschaftsmethode;
  - Notwendigkeit ordnungsgemäßer Mechanismen der Konsultation aller Interessenträger sowie der korrekten Rechtsumsetzung und der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

### ***B. Politikbereiche***

11. Der EWSA tritt für eine zusammenhaltende und kohärente Europäische Union ein, welche Option für die Zukunft auch immer gewählt wird. In zahlreichen Politikbereichen wird die Integration vertieft – ein langfristiger Prozess, den der EWSA voll und ganz unterstützt. Mit fast allen dieser Bereiche hat sich der EWSA in jüngster Zeit ausführlich befasst und entsprechende Vorschläge für die Zukunft vorgelegt.
12. Der Binnenmarkt mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten und im Rahmen eines nachhaltigen Entwicklungsmodells ist das unverzichtbare Herzstück der europäischen Integration. Er sollte wirklich gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten. Die WWU wurde gleichfalls als ein entscheidender Schritt nach vorne aufgefasst. Trotz beeindruckender Fortschritte ist ihre Architektur aber nach wie vor fragil. Die WWU steht im Zentrum künftiger Entwicklungen in der EU, weshalb sie unbedingt vertieft werden muss. Der EWSA spricht sich aus für eine schrittweise Verwirklichung einer politischen Union mit einer Reihe von makro- und mikroökonomischen Maßnahmen und Vorschriften sowie mit einer sozialen Dimension. Die Vollendung der WWU macht eine echte wirtschaftspolitische Steuerung einschließlich der

Regulierung des Finanzsektors durch die EU, ordentliche Reformen in den betroffenen Mitgliedstaaten und gemeinsame Ansätze für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich. Mit einer verbesserten Governance müssen die Grundlagen für mehr Konvergenz sowie für Solidarität im Euroraum gestärkt werden. Dabei kann der öffentliche Dienst in der EU mit seiner großen Fachkompetenz Unterstützung leisten. Der Euroraum sollte auch in anderen Bereichen eine engere Zusammenarbeit aufnehmen.

13. Der EWSA betont auch, dass eine kohärentere Governance, tiefere Integration und ein umfassendes Engagement der Mitgliedstaaten in folgenden Bereichen erforderlich sind:
  - eine koordinierte europäische Industriepolitik auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs – und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung – muss gemeinsame Ansätze (anstelle nationaler Alleingänge) sicherstellen, um die europaweiten Bedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft zu verbessern mittels engagierter Beteiligung aller Interessenträger an einem konsensorientierten Dialog sowie an der Verbesserung der Investitionsprogramme und der Förderung von KMU;
  - Förderung einer sozialen Aufwärtskonvergenz – im Einklang mit der wirtschaftlichen Konvergenz – in puncto Beschäftigung und soziale Ergebnisse mittels Realisierung der europäischen Säule sozialer Rechte unter Beachtung der nationalen Zuständigkeiten;
  - eine Energieunion mit einer angemessenen Steuerung, die für einen echten gemeinsamen Markt und die Energieversorgungssicherheit unerlässlich ist;
  - eine zukunftsorientierte europäische Strategie und ein Rechtsrahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf der Grundlage des Übereinkommens von Paris und als Beitrag zu den internationalen Klimaschutzübereinkommen, sowie Förderung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in allen Politikbereichen der EU;
  - ein Digitaler Binnenmarkt als wichtiges Element künftiger Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung hochwertiger Beschäftigung, wobei die Auswirkungen des digitalen Wandels auf Beschäftigung und Arbeitsmärkte zu antizipieren sind;
  - eine verstärkte unionsweite Strategie für Technologie, Forschung und Innovation;
  - eine (multilaterale) Handelspolitik, die auf der Grundlage transparenter Verhandlungen offene Märkte sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen und ebenso Gleichheit in den Handelsbeziehungen gewährleisten sollte, um die Interessen Europas in einer zunehmend durch protektionistische Tendenzen geprägten Welt zu wahren;
  - eine europäische Verbraucherschutzpolitik als Politik für die Bürger.
  
14. Nach Auffassung des EWSA müssen auch soziale Fragen und das Thema Bildung auf EU-Ebene systematischer behandelt werden, um überzeugende Lösungen zu finden. Soziale Sicherheit und Bildung unterliegen weitgehend dem Subsidiaritätsprinzip und fallen daher in die einzelstaatliche Zuständigkeit für Gesetzgebung und politische Entscheidungsfindung, häufig unter aktiver Beteiligung der Sozialpartner. Zwischen der EU und den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeiten sollten im Sozialbereich stärker als bisher Anwendung finden. Angesichts der zunehmenden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, aufgrund der digitalen Revolution, den strukturellen Schwächen auf den Arbeitsmärkten und der Globalisierung fordert der EWSA ein sichtbares europäisches Engagement. Damit sollte für mehr Konvergenz bezüglich bestimmter sozialer bzw. arbeitsmarktrelevanter Bedingungen gesorgt und die Schaffung hochwertiger

Arbeitsplätze, faire Mobilität und ein positives Engagement der Bürger gefördert werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Jugend und der Arbeitslosigkeit junger Menschen gewidmet werden. Die Rolle der Sozialpartner und der gesamten Zivilgesellschaft sowie der soziale Dialog sind von zentraler Bedeutung.

15. Die EU braucht mehr wirtschaftliche und soziale Konvergenz. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften, Kulturen und Traditionen der sozialen Systeme müssen dabei jedoch berücksichtigt werden. Der EWSA unterstreicht, dass die EU nicht untätig bleiben darf, sondern eine klar definierte Verantwortung übernehmen sollte. Angemessene Gespräche zwischen den Sozialpartnern (und anderen Interessenträgern) sind notwendig, bevor ein gemeinsamer Weg festgelegt werden kann. Außerdem weist der EWSA darauf hin, wie wichtig es ist, dass die EU-Richtlinien zu sozialen Fragen durch die Mitgliedstaaten wirksam umgesetzt werden.
16. Das Thema Bildung unterliegt auch dem Subsidiaritätsprinzip. Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Europas sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind jedoch eng mit modernen Bildungs- und Ausbildungssystemen auf allen Ebenen verbunden. Die Zukunft der jungen Generation hängt entscheidend von der Bildung ab. Kompetenzen sind für junge Menschen, ebenso wie für ältere Generationen, von zentraler Bedeutung. Daher muss die EU aktiv ihren Teil zum laufenden Modernisierungsprozess beitragen. Bildung spielt auch bei der Kommunikation über Europa eine wichtige Rolle: der EWSA betont die Notwendigkeit angemessener Informationen und der Vermittlung von Bildungsinhalten über die EU, die europäischen Werte und die Unionsbürgerschaft in den Grund- und Sekundarschulen.
17. Der freie Personenverkehr im Schengen-Raum muss wieder hergestellt werden. Das heißt per definitionem, dass die gemeinsamen Grenzen wirksamer kontrolliert werden müssen. Gleichzeitig muss die bedauerliche Zunahme des internationalen Terrorismus in Form von Attentaten, aber auch von Cyberkriminalität, die die Öffentlichkeit erheblich verunsichern, bekämpft werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Justizbehörden ist notwendiger denn je.
18. Diese Bereiche sind unmittelbar verbunden mit der Außenpolitik und dem akuten Problem von scheiternden Staaten und Bürgerkriegen in Europas Nachbarschaft sowie den daraus resultierenden Migrationsströmen, die derzeit alle europäischen Themen überschatten. Der EWSA spricht sich nachdrücklich aus für eine gemeinsame Migrationspolitik, die Flüchtlingen gemäß internationalem Recht Schutz gewährt, für ein gemeinsames Asylsystem, für Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschenhandels sowie für die Förderung legaler Einwanderungswege in die EU. Im selben Kontext muss die EU wieder echte Partnerschaften mit Nachbarländern errichten und insbesondere wieder eine echte Europa-Mittelmeer-Politik auflegen.

19. Europa steht heute mehr denn je seit 1945 vor der Herausforderung, sich selbst um seine Angelegenheiten kümmern zu müssen. Die Beziehungen innerhalb der NATO und zu den USA, zusammen mit einem wirksamen gemeinsamen europäischen Konzept für den Umgang mit den Problemen in ihrer Nachbarschaft und deren Bewältigung machen eine Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU erforderlich, von der die erfolgreiche Gewährleistung der internen und externen Sicherheit zwangsläufig abhängt.

Brüssel, den 5. Juli 2017

Georges DASSIS  
Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

---



IPW-HSG  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität St. Gallen  
Prof. James W. Davis, Ph.D.  
Dekan SEPS | Direktor IPW-HSG  
Professor für Internationale Politik

Müller-Friedberg-Strasse 6/8  
CH-9000 St. Gallen  
Telefon +41 (0)71 224 2608  
Telefax +41 (0)71 224 7373  
james.davis@unisg.ch  
www.ipw.unisg.ch

Bayerischer Landtag  
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten  
sowie regionale Beziehungen

St. Gallen, den 10. Oktober 2017

## **Stellungnahme für die Anhörung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zum Thema „Weißbuch zur Zukunft Europas“**

### **Vorbemerkungen**

Diese Stellungnahme kommentiert das „Weißbuch zur Zukunft Europas“ und skizziert ein föderal-differenziertes EU-Modell. In der Beantwortung des Fragenkatalogs konzentriere ich mich auf Themen der internationalen Politik, in denen meine Expertise liegt. Die angestellten Überlegungen beziehen sich auf den Kern des Fragenkatalogs, können jedoch nicht alle Fragen abschließend beantworten.

Persönlich bin ich ein Befürworter vertiefter europäischer Integration. Diese Analyse beschäftigt sich jedoch nicht mit dem, was wünschenswert wäre. Sie schildert vielmehr, was aus politikwissenschaftlicher Sicht möglich, bedenkenswert und zweckdienlich erscheint.

Diese Analyse kann dem Freistaat Bayern nicht vorgeben, welche Interessen er verfolgen soll. Sie zeigt stattdessen auf, wie sich verschiedene Ansätze für die Zukunft der EU zu gegebenen Zielen und Herausforderungen Bayerns verhalten.

### **1. Das Weißbuch enthält keine Szenarien im eigentlichen Sinne – sondern politische Strategien, die von wichtigen Einflussfaktoren abgekoppelt sind.**

Szenarien werden üblicherweise anhand von einigen Schlüsselfaktoren bzw. treibende Entwicklungen gebildet. Das Weißbuch schildert hier als Ausgangspunkt die abnehmende Bedeutung Europas in der Welt. Es führt unter anderem den sinkenden Anteil Europas an der Weltbevölkerung und der weltweiten Wirtschaftsleistung sowie die stark steigenden Verteidigungsausgaben in anderen Teilen der Welt an.

Diese Einflussfaktoren spiegeln sich jedoch nicht in den fünf Szenarien wider. Zum Beispiel lässt das Weißbuch unberücksichtigt, dass die genannten Trends womöglich nicht einheitlich über alle Politikfelder hinweg wirken. Wenn Europas Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung abnimmt, könnte dies zwar eine Stärkung von Binnenmarkt und Handelspolitik erfordern, zugleich könnte dadurch langfristig aber auch der Migrationsdruck auf Europa sinken.

Anstatt mögliche Umfeldler zu beschreiben, in denen die EU künftig agieren muss, schlägt das Weißbuch fünf politische Optionen für die weitere Entwicklung der EU vor. Daher sollten die im Weißbuch enthaltenen „Szenarien“ vielmehr im Sinne politischer Strategien verstanden werden. Szenarien treten ein oder auch nicht – politische Strategien hingegen können und müssen aktiv ausgewählt und umgesetzt werden.

## 2. Die Strategien des Weißbuches basieren auf optimistischen Grundannahmen – und ignorieren Entwicklungen, die den Bestand der EU gefährden könnten.

Vier der fünf Strategien beinhalten eine vertiefte europäische Integration. Sie unterscheiden sich in erster Linie in der Art und Geschwindigkeit der politischen Integration und in ihrer Schwerpunktsetzung. Lediglich das Szenario „Schwerpunkt Binnenmarkt“ beschreibt in manchen Politikbereichen eine stagnierende Zusammenarbeit.

Keine der Strategien ist jedoch für ein echtes Krisenszenario gewappnet. Ein solches Krisenszenario berücksichtigt neue Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU, die das Potenzial haben, große Veränderungen auszulösen (siehe Tabelle 1). Eine Strategie für die Zukunft der EU sollte gerade auch auf solche krisenhaften Entwicklungen vorbereitet sein.

Tabelle 1: Beispiele möglicher Krisenfaktoren für die EU

Intern	Der Brexit erweist sich als ansteckend und führt dazu, dass weitere Länder die EU verlassen.
	Separatistische Konflikte (z.B. Katalonien, Flandern) eskalieren und führen zum Auseinanderbrechen einiger EU-Mitgliedsstaaten.
	Vertrauen in die EU Institutionen sinkt und in immer mehr EU-Mitgliedstaaten kommen populistische Parteien in Regierungsverantwortung.
Extern	Die Eurokrise kehrt in mehreren EU-Mitgliedsländern zurück.
	Die Flüchtlingsproblematik verstärkt sich massiv, auch durch neue Konflikte in Europas Nachbarschaft (z.B. Nordafrika, Golfregion).
	Die Spannungen mit revisionistischen Nachbarstaaten nehmen zu. Bewaffnete Konflikte unter Beteiligung Russlands erfassen nach der Ukraine weitere Teile Osteuropas und des Balkans.
	Die Türkei wendet sich zunehmend von Europa ab. Nach wachsenden Verwerfungen verlässt die Türkei schließlich die NATO.

## 3. Die absehbaren Herausforderungen für die Zukunft Europas sprechen für eine differenzierte Weiterentwicklung der EU – und gegen Einheitslösungen.

Das Weißbuch bemängelt, dass die Zukunft der EU zu häufig nur als Frage von „mehr“ oder „weniger“ Europa diskutiert wird, kann jedoch in weiten Teilen ebenso verstanden werden.

- Die fünf Strategien sind jeweils einheitlich über alle Politikbereiche hinweg formuliert. Zwar sind einige Politikbereiche funktional miteinander verknüpft. Zwischen etlichen Bereichen gibt es jedoch keine oder kaum funktionale Zusammenhänge, zum Beispiel zwischen Binnenmarkt und Außenpolitik, der Zukunft Schengens und dem EU-Haushalt, oder dem Euro und der Umweltpolitik. Die Szenariomatrix in Anhang 2 des Weißbuches sollte deshalb nicht dahingehend missverstanden werden, als seien nur Einheitslösungen möglich. Vielmehr ist

auch ein nach Politikbereichen differenzierteres Vorgehen möglich und letztlich auch realistischer.

- *Die Strategien gehen bislang noch nicht ausreichend auf die Vorbehalte der Bürger ein.* Die EU ist gegenwärtig mit einer Erosion ihrer gesellschaftlichen Unterstützung konfrontiert, wie unter anderem der Ausgang des Brexit-Referendums gezeigt hat. Zwei wesentliche Aspekte in der gegenwärtigen Legitimitätskrise sind die Eurokrise und die Migrationspolitik. Der im Eurobarometer 2017 wieder sichtbare Aufwärtstrend täuscht nicht darüber hinweg, dass das Vertrauen in EU Institutionen in den Mitgliedsländern sehr unterschiedlich ausgeprägt ist und stark von den jeweiligen nationalen Institutionen abhängt. Selbst in Deutschland haben lediglich 47% (+10 zum Vorjahr) Vertrauen in die EU Institutionen; der EU-Durchschnitt liegt bei 42%.
- *Die EU hat bislang nicht alle großen Versprechen europäischer Integration tatsächlich auch einlösen können.* Stattdessen greift sie v.a. über die Binnenmarktnormen zunehmend stark in Lebensbereiche ein, in denen die Vorteile europäischer Regelungen für die Bevölkerung nicht immer sichtbar werden. Ehrgeizige Ziele für die europäische Integration, wie sie kürzlich auch der französische Präsident Emmanuel Macron formulierte, können als Visionen nützlich sein. Ihre Umsetzung sollte jedoch nicht die Bereitschaft der Bevölkerung überstrapazieren.

Für die Zukunft der EU ist daher eine differenzierte Integration vielversprechender als der Ruf nach mehr oder weniger Europa. Differenzierte Integration bedeutet, dass die EU in jenen Bereichen gestärkt wird, in denen es tatsächlich einen Bedarf und eine Bereitschaft dazu gibt. Es kann somit eine sechste Strategie für die Zukunft der EU geben, die differenziert nach Politikbereichen einzelne Elemente aus den fünf Strategien (und darüber hinaus) miteinander kombiniert.

#### **4. Differenzierte Integration in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zielt auf mehr Europa – berücksichtigt aber auch Zielkonflikte und politische Barrieren.**

Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung sind für die Zukunft der EU von großer Bedeutung, vor allem auch angesichts der externen Krisenfaktoren. Frankreich unterstreicht dies in seiner „Initiative für Europa“ ebenfalls. Die Strategie in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist nicht oder nur geringfügig von Fortschritten in den anderen Politikbereichen (z.B. Wirtschafts- und Währungsunion) abhängig.

Grenzübergreifende Herausforderungen für die Sicherheit bringen eine gemeinsame Verantwortung mit sich. Dieser Verantwortung wird Europa nicht gerecht, indem nur einzelne Staaten mehr zusammenarbeiten. Insbesondere die Flüchtlingspolitik und die Terrorismusbekämpfung müssen diesbezüglich überdacht werden. Auch die See- und Luftraumüberwachung stellen gemeinsame Aufgaben dar.

Ein differenziertes Vorgehen berücksichtigt Zielkonflikte und politische Barrieren. So wird in der Verteidigungspolitik genau zu prüfen sein, wo welche Instrumente machbar und effizient sind. Mögliche Instrumente sind:

- multinationale Brigaden,
- Pooling (Ressourcenbündelung) und Sharing (geteilte Bereitstellung), sowie
- die Spezialisierung einzelner Länder auf bestimmte Fähigkeiten (z.B. Gebirgsjäger).

Die zugrundeliegenden nationalen Ziele und Strategien müssen entsprechend aufeinander abgestimmt werden. Zusätzlich benötigte Strukturen sind gegebenenfalls auszubauen oder neu zu

schaffen. Insbesondere in der Cybersicherheit und der Aufklärungsfähigkeit sind dabei auch institutionelle Veränderungen nötig. Auf EU-Ebene existiert hierfür bereits ein solides Fundament, worauf aufgebaut werden kann. Darauf weisen auch die Entschlüsse des Europäischen Parlaments zur Zukunft der EU hin.

Die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Vertiefung der EU benötigt weitere Grundlagen:

- *Erstens braucht sie gemeinsame Ziele.* Dabei werden auch Abwägungen zwischen divergierenden Zielen zu treffen sein. Die Rüstungsbeschaffung ist hierfür exemplarisch: Einerseits erhofft sich die Europäische Kommission in ihrem Weißbuch und dem Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung, dass die Schaffung eines Binnenmarktes für Rüstungsgüter zu mehr Wettbewerb und Effizienz führt. Andererseits würden die Stückzahlen an zu beschaffenden Rüstungsgütern im europäischen Markt sinken, wenn die europäische Rüstungs- und Verteidigungspolitik durch gemeinsame Beschaffung, Pooling und Sharing, Spezialisierung, etc. effizienter wird. Mit einer immer effizienteren europäischen Beschaffungspolitik und sinkenden Gesamtausgaben würde sich langfristig jedoch die Zahl der Anbieter im Zuge einer Marktkonsolidierung verringern. Aufgrund des verringerten Wettbewerbs würden die Kosten für einzelne Waffensysteme folglich steigen.
- *Zweitens erfordert sie größere institutionelle Anpassungen.* Der Aufbau europäischer Verteidigungsfähigkeiten muss mit politischem Handlungswillen einhergehen – und kann diesen nicht ersetzen. Auch kann der Einsatz von Gewalt nicht nur eine Exekutivfunktion sein, sondern bedarf einer demokratischen Legitimierung. Jedoch verhindert eine nationale parlamentarische Mitbestimmung in 27 Mitgliedstaaten zeitnahe Entscheidungen. Daher sollten neue Formen der demokratischen Legitimierung diskutiert werden. Gleichzeitig betrachten die nationalen Parlamente weitere Kompetenztransfers nach Brüssel und Straßburg mit Argwohn.

Kurzum: Die außen- und verteidigungspolitische Integration wird nur erfolgreich sein können, wenn sie politisch breit abgestützt ist.

##### **5. Eine föderal-differenzierte EU konzentriert sich auf erfüllbare Vorhaben mit hohem Koordinationsbedarf – und dient damit auch den Interessen Bayerns.**

Die Zukunft der EU ist von einem Zwiespalt geprägt:

- Einerseits ist die EU mit einer Reihe zunehmend komplexer Herausforderungen konfrontiert, deren Koordinationsaufwand viele institutionelle Ressourcen beansprucht.
- Andererseits nimmt die wahrgenommene Fülle an europäischen Verordnungen und Regulierungen, die in die unmittelbare Lebenswelt der Bürger eingreifen, weiter zu.

Diesen Zwiespalt kann eine föderal-differenzierte Aufgabenverteilung auflösen. Dort, wo der politische Wille in den Mitgliedsländern gegeben ist, kann die EU komplexe grenzüberschreitende Probleme wirksam bearbeiten. Auf die Zweckmäßigkeit europäischer Ansätze in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde bereits hingewiesen. Ebenfalls hohe grenzüberschreitende Externalitäten existieren im Bereich Energie, Klima und Umwelt. So kann die Energieunion:

- die europäische Außen- und Verteidigungspolitik flankieren, indem sie die Energiesicherheit (v.a. in der Gasversorgung) stärkt; und

- die europäische Klimapolitik unterstützen, indem sie Voraussetzungen für ein funktionierendes Energiesystem mit mehr erneuerbaren Quellen schafft (z.B. Flexibilität durch grenzüberschreitende Stromnetze).

Europäische Umweltpolitik muss jedoch nicht Aufgaben übernehmen, für die es schon spezialisierte grenzüberschreitende Organisationen gibt (für Bayern z.B. Alpenkonvention, Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee) oder die von anderen föderalen Ebenen erfüllt werden können (z.B. Schutzgebietsausweisung).

Die politische Bearbeitung von Themen, die weniger komplex sind und kaum grenzüberschreitenden Charakter haben, kann subsidiär erfolgen. Insbesondere bei regionalen Gepflogenheiten sollten EU-Regelungen auf ihre Zweckmäßigkeit hin geprüft werden, lediglich Leitlinien darstellen, und flexibel ausgestaltbar sein. Dadurch könnte eine Quelle für den schwindenden Rückhalt der EU in der Bevölkerung abgestellt werden. Zwei Beispiele illustrieren, wie EU-Regeln – oftmals unintendiert – mit regionalen Belangen kollidieren können:

- *Obatzter*: Die EU-Verordnung 2015/1002 nimmt Obatzter in das EU-Register für geschützte geografische Angaben auf. Als Obatzter darf nur noch angeboten werden, was den definierten Anforderungen der Produktspezifikation entspricht, in Bayern hergestellt wird und mit dem entsprechenden Zertifikat versehen ist. Die Umsetzung der Verordnung erfordert jedoch Qualitätskontrollen der verwendeten Zutaten. Für Gaststätten, Biergärten und Restaurants führte dies zu zusätzlichen Kosten und sorgte für Unverständnis („bürokratischer EU-Unsinn“). Allerdings wurde der einschlägige Antrag vom Verband der bayerischen Milchwirtschaft gestellt. Er wollte den bayerischen Gaststätten auf diese Weise einen Wettbewerbsvorteil sichern und die Vermarktung erleichtern. Was ursprünglich sinnvoll erschien, hatte in der Praxis also unerwünschte Folgen. Es entstand zudem einmal mehr der Eindruck, dass sich die EU mit Nebensächlichkeiten beschäftigt.
- *Steinkrüge*: Die EU-Richtlinie 2004/22/EG schreibt unter anderem vor, dass Trinkgläser für den Offenausschank mit einem Eichstrich zu versehen sind. Dadurch soll im Sinne des Verbraucherschutzes sichergestellt werden, dass die korrekte Menge ausgeschenkt wird. Bei Steinkrügen verdeckt der Bierschaum jedoch den innenseitigen Eichstrich. Das vermeintlich daraus folgende EU-Verbot von Steinkrügen sorgte für Aufregung, erweist sich bei näherem Hinsehen aber als reines Kommunikationsproblem. So findet die EU-Richtlinie gar keine Anwendung auf undurchsichtige Steinkrüge. Bestimmungen zu Warnhinweisen auf dem Krugboden und zur Bereitstellung einer Messmöglichkeit für den Verbraucher (geeichtes Glas zum Umschütten) gehen hingegen auf den deutschen Gesetzgeber zurück. Solche Kommunikationsprobleme illustrieren die vorhandene Skepsis in der Bevölkerung gegenüber EU-Regelungen, die vielfach pauschal als alltagsfern empfunden werden.

Die Strategie auf EU-Ebene besteht in erster Linie darin die Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse zu optimieren (mehr Transparenz, höhere Effizienz, größerer Geltungsbereich). Dadurch verkleinert sich der Raum für regionale Eingaben und die Berücksichtigung nationaler Besonderheiten. Mangelnder nationaler Input und Unzufriedenheit mit dem Output können aber durch mehr Effizienz nicht ausgeglichen werden.

Die Europäische Kommission hat in der Amtszeit von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erste Schritte unternommen, um große gesamteuropäische Herausforderungen in den Fokus ihrer Arbeit zu stellen. Diesen Ansatz gilt es weiterzuverfolgen. Andere Themen können nationalen und

subnationalen Ebenen vorbehalten bleiben, die oftmals näher am Regelungsgegenstand sind. Eine föderale Struktur der EU würde es auch Bayern erlauben, jene Belange selbst zu regeln oder frühzeitig auf sie Einfluss zu nehmen, die für den Freistaat von besonderem Interesse sind.

#### **Fazit**

Zusammenfassend ist bei der Beurteilung des „Weißbuches zur Zukunft Europas“ zu bedenken, dass:

- eine politische Strategie für die Zukunft der EU Antworten geben muss auf die aktuelle Legitimitätskrise der EU sowie auf mögliche interne und externe Krisenfaktoren;
- ein föderal-differenzierter Ansatz die Möglichkeit zur Fokussierung bietet, indem sich die EU auf gesamteuropäische Herausforderungen konzentriert, während sie nachrangige Eingriffe in das Wirtschaftsleben und in die Gewohnheiten der Bürger minimiert; und
- große gesamteuropäische Herausforderungen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwar für eine verstärkte Integration in diesem Bereich sprechen, auf dem Weg dorthin jedoch schwierige Hürden zu nehmen sind (politischer Wille, Zielkonflikte, institutionelle Reformen).



Europäische  
Kommission

# ZWEI VISIONEN, EINE RICHTUNG

PLÄNE FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS  
entsprechend der *Rede zur Lage der Union* von Präsident  
Juncker und der *Initiative für Europa* von Präsident Macron



European **Political  
Strategy** Centre



### Zwei Reden, eine Vision

Im September 2017 legten der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron ehrgeizige Vorschläge zur Zukunft Europas vor. In ihren jeweiligen Reden hegten beide die Hoffnung, dass nach den zahlreichen Krisen in den vergangenen Jahren nun eine neue Ära eingeläutet wird. Die Rede zur Lage der Union, die der Präsident der Europäischen Kommission am 13. September hielt, ist per Definition mehr als nur eine Ansprache. Sie zeigt auf, wie das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission im darauffolgenden Jahr aussehen und welche Legislativvorschläge vorgelegt werden sollen, und bietet dem Kommissionspräsidenten die Gelegenheit, seine langfristige Vision für die Zukunft der EU darzulegen. Die Rede zur Lage der Union 2017 war Präsident Junckers dritte und sicherlich wichtigste Rede, denn das europäische Projekt hat wieder „Wind in den Segeln“: eine verstärkte öffentliche Unterstützung, bessere wirtschaftliche und soziale Bedingungen in Europa, aber auch die Bereitschaft, angesichts des zunehmend instabilen internationalen Umfeldes enger zusammenzustehen. In seiner Rede „Initiative für Europa“ vom 27. September skizziert der französische Staatspräsident seine Vision für die Zukunft Europas und die künftige Rolle Frankreichs in dieser Union. Die Rede ist die Fortsetzung seiner offen europafreundlichen Wahlkampagne und des Engagements, das er in seinen ersten Monaten im Amt beständig an den Tag gelegt hat.

### Übereinstimmung im Wesentlichen

In beiden Reden gibt es sowohl bei den dargelegten Vorstellungen als auch bei den konkreten Vorschlägen für Initiativen große Überlappungen und eine wesentliche Übereinstimmung. Kommissionspräsident Juncker schlägt einen „Fahrplan für eine geeintere, stärkere und demokratischere Union“ vor, Staatspräsident Macron erwidert dies mit der Initiative „Ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa“.

Was sie eint:

- Beide haben die langfristige Perspektive Europas im Blick und wollen die Zukunft Europas gestalten
- Sie wollen das Alleinstellungsmerkmal Europas innerhalb und außerhalb der EU schärfen
- Sie sind voller Tatendrang und wollen Ergebnisse sehen

### Feine Unterschiede

Gewisse Unterschiede gibt es bei den zeitlichen Vorstellungen: Die Rede zur Lage der Union ist von vornherein gleichmäßig aufgeteilt in Initiativen und Maßnahmen, die noch in der laufenden Amtszeit des Europäischen Parlaments, d.h. in den kommenden 18 Monaten umgesetzt werden können, und Initiativen mit dem Zeithorizont 2025. Präsident Macron sieht seinerseits einen zweistufigen Prozess vor, der sowohl auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 als auch auf die darauffolgenden Wahlen im Jahr 2024 ausgerichtet ist.

Auch bei den Herangehensweisen gibt es Unterschiede: Präsident Juncker stellt die Einheit der EU der 27 über alles, auch wenn er sich dafür offen zeigt, in Fällen, in denen keine Einigung erzielt werden kann, in kleineren Gruppen voranzuschreiten. Staatspräsident Macron fordert hingegen ausdrücklich differenziertere und flexiblere institutionelle Schemen, die seine Vision unterstützen. Dazu gehört auch, sicherzustellen, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die mehr tun wollen, auch mehr tun können. Während alle Vorschläge von Präsident Juncker auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon durchgeführt werden könnten, wären bei mehreren Vorschlägen von Präsident Macron eine Vertragsänderung und weitreichendere institutionelle Umwälzungen notwendig, die dementsprechend auch deutlich mehr Zeit benötigen würden.

### Reparieren oder neu bauen?

Bildlich gesprochen, möchte Präsident Juncker jetzt, „da die Sonne scheint“, das Dach Europas wieder instand setzen, während Präsident Macron einen Entwurf für einen Neubau des Europäischen Hauses vorgelegt hat.

Wie die Absichtserklärung vom 13. September von Präsident Juncker an den Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und den estnischen Ministerpräsidenten Jüri Ratas zeigt, sind rund 80 % der Vorschläge, die Präsident Macron in seiner Rede vom 27. September vorgetragen hat, bereits im Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission als Vorschläge oder Initiativen enthalten.

Nachfolgend werden die beiden Reden und die unterbreiteten Vorschläge vergleichend gegenübergestellt.



### Haftungsausschluss

Die in diesem Papier geäußerten Ansichten sind die der Autoren und entsprechen nicht unbedingt denen der Europäischen Kommission.

## HANDEL



„Ich möchte, dass wir unsere europäische Handelsagenda stärken. [...] Ja, Europa setzt auf offenen Handel.“

- **Neue Handelsabkommen** mit ausgewählten Ländern
- Mehr **Transparenz**: Alle vorläufigen und endgültigen Verhandlungsmandate werden veröffentlicht
- Mehr **Gegenseitigkeit**
- Export der europäischen Standards im Sozial- und Umweltbereich, beim Datenschutz und bei der Lebensmittelsicherheit
- Verteidigung strategischer Interessen: **ein neuer Europäischer Rahmen zur Überprüfung von Investitionen**



„All jenen, die hier ehrgeizige Ziele vertreten, sage ich: Ich mache gerne mit, unter der Voraussetzung, dass diese Handelspolitik grundlegend erneuert und grundlegend geändert wird.“

- Ja zu **neuen Handelsabkommen**, aber nicht auf der Basis der alten Regeln
- Mehr **Transparenz** bei den Verhandlungen
- **Gegenseitigkeit**
- **Standards** im Sozial- und Umweltbereich
- Verteidigung strategischer Interessen: einen **Europäischen Staatsanwalt für Handel**

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Bei beiden lauten die Schlagwörter: Standards, Transparenz und Gegenseitigkeit
- Beide sind sich darin einig, dass es gilt, strategische Interessen zu verteidigen und die Investitionskontrolle zu fördern. Präsident Macron schlägt darüber hinaus eine institutionelle Veränderung, nämlich die Einrichtung eines europäischen Staatsanwalts für Handel vor
- Handel als Instrument zur Gestaltung einer gerechteren und inklusiveren Globalisierung

## KLIMA, ENERGIE UND NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



„Ich möchte, dass Europa führend ist, wenn es darum geht, den Klimawandel zu bekämpfen.“

- Vorschläge **zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor**
- Investitionen in die sauberen Autos von morgen
- Verknüpfung mit der Industriepolitik
- Verstärkter Rückgriff auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit bei Beschlüssen über **Energieinfrastruktur**



„Ich bin zutiefst überzeugt, dass Europa Vorreiter des wirksamen und ausgewogenen ökologischen Wandels sein muss.“

- Ein europäisches **Industrieprogramm zur Unterstützung sauberer Fahrzeuge** und der notwendigen **Infrastruktur** (Ladestationen usw.)
- Ein fester **Mindestpreis für CO<sub>2</sub>-Emissionen** in der EU und eine **CO<sub>2</sub>-Abgabe** an den EU-Außengrenzen
- Eine **besser funktionierende Energieunion** mit besseren Verbindungsleitungen
- Eine Reform der **Gemeinsamen Agrarpolitik** (GAP)

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Präsident Macron schlägt zudem eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor, bei der die Lebensmittelsicherheit und Ökologisierung stärker im Mittelpunkt stehen

## POLITIK IN DEN BEREICHEN DIGITALISIERUNG, INNOVATION UND INDUSTRIE



„Ich möchte, dass unsere Unternehmen in puncto Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO2-Emissionen weltweit die Nummer eins bleiben oder werden [...]. Und ich möchte, dass wir die Europäerinnen und Europäer im digitalen Zeitalter besser schützen. Cyberangriffe können unter Umständen gefährlicher sein für die Stabilität von Staaten und Unternehmen als Panzer und Gewehre.“

- Eine auf Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO2-Emissionen basierende **neue Strategie für die Industriepolitik**
- Eine **Europäische Agentur für Cybersicherheit**
- Neue Vorschriften, die **unser geistiges Eigentum, unsere kulturelle Vielfalt und unsere personenbezogenen Daten schützen**
- Export der europäischen **Standards** beim Datenschutz
- Einführung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit bei Beschlüssen über eine **faire Besteuerung der Digitalwirtschaft**



„Überall in Europa müssen wir alles daran setzen, Champions des Digitalen bei uns zu haben [...]. Wir müssen unsere Cybersicherheit verstärken.“

- Globale Förderung des EU-Modells durch eine **Kombination aus Innovation und Regulierung/Sicherheit**
- Maßnahmen zur **Anwerbung ausländischer Talente**: Wissenschaftler und Unternehmer
- Einrichtung einer **Agentur für bahnbrechende Innovationen** in den kommenden zwei Jahren, die Forschung in neuen Bereichen wie der **künstlichen Intelligenz** und noch zu entdeckende Bereiche (mit einer **deutsch-französischen Allianz** als Impulsgeber) finanziert
- Gerechtigkeit und Vertrauen in den digitalen Wandel schaffen durch die Festlegung von Normen, eine Neuausrichtung des Steuersystems (**Besteuerung der Digitalunternehmen durch eine Wertschöpfungssteuer**), die **Regulierung der größten Plattformen und den Schutz der Urheberrechte im digitalen Zeitalter**

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Präsident Macron schlägt die Schaffung einer neuen Agentur für bahnbrechende Innovationen vor. Die EU finanziert bereits im Rahmen des Programms Horizont 2020 bahnbrechende Innovationen und hat im Jahr 2008 ein Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) eingerichtet, um das Innovationspotenzial in der EU zu erhöhen. Diese Bestrebungen werden zudem durch den neu eingerichteten **Europäischen Innovationsrat** flankiert, der vor wenigen Monaten eingesetzt wurde. Darüber hinaus finanziert der Europäische Forschungsrat seit mehr als 10 Jahren Projekte zur Forschung an bahnbrechenden Technologien
- Präsident Macron sagt zwar nicht explizit, dass eine **Agentur für Cybersicherheit** geschaffen werden soll, betont aber, dass die europäische Cybersicherheit verstärkt werden muss

## SICHERHEIT UND RECHT



„Die Europäische Union muss auch stärker bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung werden. In den letzten drei Jahren sind wir zwar auch diesbezüglich ein großes Stück weitergekommen. Doch im Falle grenzübergreifender terroristischer Bedrohungen fehlen uns weiterhin die Mittel um schnell reagieren zu können.“

- Die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft mit der **Verfolgung von grenzüberschreitenden terroristischen Straftaten** betrauen
- **Stärkung des bei Europol angesiedelten Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung**



„Im Angesicht der internationalen Dimension des Terrorismus muss das Europa der Sicherheit unser Schutzschild sein.“

- Ausweitung der Zuständigkeiten der **Europäischen Staatsanwaltschaft** auf die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität
- Verstärkung der Bekämpfung der **illegalen Finanzierung** von Terrorismus und der Propaganda im Internet
- **Europäische Nachrichtendienstakademie** zur Schaffung engerer Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Beide Präsidenten weisen auf die Notwendigkeit einer stärkeren **nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit** der EU hin. Während Präsident Juncker diese durch die Stärkung von Europol, einer bestehenden Agentur, erreichen möchte, fordert Präsident Macron die Schaffung einer neuen Einrichtung

## SCHENGEN



„Wir müssen für Rumänien und Bulgarien unverzüglich den Schengen-Raum öffnen. Im Übrigen sollten wir auch Kroatien die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglichen, sobald alle Kriterien erfüllt sind.“

- Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum
- Abwarten der Bewertung vom Oktober/November 2017, ob Kroatien die Anforderungen für den Beitritt zum Schengen-Raum erfüllt

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- In seiner Rede ging Präsident Macron zwar nicht ausdrücklich auf das Thema Schengen ein, doch erklärte er bei einem offiziellen Besuch in Rumänien im August 2017, dass Rumänien zurecht einen Beitritt zum Schengen-Raum der Freizügigkeit fordere und dies schon seit einigen Jahren hätte tun können, da die notwendigen Anforderungen erfüllt seien.

## ERWEITERUNG



„Wenn wir mehr Stabilität in unserer Nachbarschaft wollen, dann müssen wir auch eine glaubhafte Erweiterungsperspektive für den westlichen Balkan aufrechterhalten.“

- **Vorbereitung einer Erweiterung während der Amtszeit der nächsten Kommission** (Serbien, Montenegro)
- Konzentration auf **Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und die Bekämpfung von Korruption** sowie auf die allgemeine Stabilität der Region
- **Ausschluss eines Beitritts der Türkei in absehbarer Zukunft** aufgrund der Verstöße gegen Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Grundrechte – dennoch bleibt vonseiten der EU eine Hand für das türkische Volk ausgestreckt

„Diese Union muss sich den Balkanländern öffnen, sobald diese den gemeinschaftlichen Besitzstand und die demokratischen Anforderungen vollständig erfüllen.“

- Klare Aussage, dass die Union sich den **Balkanländern** öffnen muss, sobald diese den gemeinschaftlichen Besitzstand und die demokratischen Anforderungen vollständig erfüllen

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Beide betonen, dass eine glaubhafte Erweiterungsperspektive für die Länder des westlichen Balkans aufrechterhalten werden muss. Die Kommission nennt 2025 als potenziellen Termin

## MIGRATION UND AFRIKA



„Europa ist und bleibt der Kontinent der Solidarität, auf dem diejenigen Schutz finden, die vor Verfolgung geflohen sind.“

- Forderung nach **Reform des Dublin-Systems**
- Wichtige Rolle der **Europäischen Grenz- und Küstenwache**
- **Verbesserung der Bedingungen für Migranten in Libyen**
- **Verstärkung der Rückkehrpolitik**
- **Legale Wege** für Migration und Blaue Karte für qualifizierte Migranten
- Bewältigung der Migration **an der Quelle: Treuhandfonds für Afrika**



„Und wir haben nur eine einzige Wahlmöglichkeit: entweder schotten wir uns hinter unseren Grenzen ab, was gleichermaßen illusorisch wie unwirksam wäre, oder wir errichten einen gemeinsamen Raum der Grenzen, des Asyls und der Zuwanderung... Auch die solidesten Grenzen und die ambitionierteste Sicherheitspolitik werden anhaltende Migration nicht aufhalten können.“

- Harmonisierung der Asylverfahren und Schaffung einer europäischen Asylbehörde
- Schrittweise Einrichtung einer **europäischen Grenzpolizei**
- Einführung miteinander verknüpfter Datenbanken und biometrisch gesicherter Ausweisdokumente
- Bereitstellung europäischer **Mittel für ein Bildungs- und Integrationsprogramm für Flüchtlinge**
- Bewältigung der Migration **an der Quelle: Partnerschaft mit Afrika** und Konzentration auf den **Mittelmeerraum** sowie eine Steuer auf europäische Finanztransaktionen zur Finanzierung von Entwicklungshilfe

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Beide wollen eine Reform des Dublin-Systems bis 2018, eine Stärkung der Außengrenzen der EU und die Schaffung legaler Wege für die Einwanderung in die EU
- In Bezug auf **Afrika** bestehen erhebliche **Überschneidungen**: Beide fordern mehr Investitionen in Afrika, wobei es allerdings kleine Unterschiede gibt: Präsident Juncker fordert die Mitgliedstaaten auf, sich nun solidarisch zu zeigen und die entsprechenden Mittel für den Treuhandfonds EU-Afrika bereitzustellen, wohingegen Präsident Macron eine neue Einkommensquelle (Finanztransaktionssteuer) vorschlägt
- Die Schaffung einer **europäischen Asylbehörde** hatte die Europäische Kommission bereits in ihrem Migrationspaket vom Juni 2016 vorgeschlagen. Die Interoperabilität von sicherheitsrelevanten Datenbanken kommt als Teil der Europäischen Sicherheitsagenda ebenfalls voran
- Beide betonen, dass **gemeinsame Grenzen gemeinsamen Schutz erfordern**, obwohl Präsident Macron die Einrichtung einer europäischen Grenzpolizei vorschlägt. Es bleibt unklar, ob er damit eine Stärkung der derzeitigen, am 6. Oktober 2016 eingerichteten Europäischen Grenz- und Küstenwache meint oder den Aufbau einer vollwertigen europäischen Grenzpolizei mit europäischem Personal befürwortet. Im letzteren Fall wäre insofern eine Änderung des Vertrags erforderlich, als Grenzkontrollen nach wie vor in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen (siehe Artikel 77 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 77 Absatz 2 Buchstabe d AEUV und/ oder Artikel 78 AEUV, gemeinsame Politik im Bereich Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz)

## VERTEIDIGUNG



„Bis 2025 brauchen wir eine funktionierende Europäische Verteidigungsunion. Wir brauchen sie. Und die NATO hätte sie gerne.“

- **Europäischer Verteidigungsfonds**
- **Ständige Strukturierte Zusammenarbeit** im Verteidigungsbereich
- Schaffung einer funktionierenden Europäischen **Verteidigungsunion** bis 2025



‘Our objective must be to give Europe the capacity to act autonomously, in complementarity with NATO... What Europe lacks most today, this European Defence Union, is a common strategic culture.’

- **Rasche Einrichtung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit** und des **europäischen Verteidigungsfonds**
- Vorschlag, dass sich die nationalen Streitkräfte für Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten öffnen
- Langfristig (Horizont 2020-2025) Einrichtung eines **gemeinsamen Verteidigungshaushalts und gemeinsamer Streitkräfte**, d. h. mehr Integration im Verteidigungsbereich
- **Europäische Katastrophenschutztruppe**

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Der Vorschlag von Präsident Macron, die **Aufnahme von Soldaten** aus anderen Mitgliedstaaten in die Streitkräfte zu ermöglichen, könnte sich durch einen Beschluss im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verwirklichen. In Artikel 42 Absatz 3 EUV heißt es: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Dies könnte als Weg zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten durch den Austausch von Wissen und bewährten Verfahren verstanden werden
- Die Vorschläge von Präsident Macron stellen offenbar höhere Zielvorgaben dar – erwähnt wird der Aufbau **gemeinsamer Streitkräfte, die durch einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt unterstützt werden**. In ähnlichem Sinne haben die Europäische Kommission und der Europäische Rat betont, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Einsatzfähigkeit von EU-Eingreiftruppen sicherzustellen (diese multinationalen Eingreiftruppen der EU gibt es seit Januar 2007, doch sind sie noch nie eingesetzt worden). Nach Artikel 42 Absatz 2 EUV kann der Europäische Rat einstimmig die Schaffung einer gemeinsamen Eingreiftruppe im Sinne einer „gemeinsamen Verteidigung“ beschließen
- Allerdings dürfen nach Artikel 41 Absatz 2 EUV Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen nicht zulasten des Haushalts der Union gehen. Wenn dieser gemeinsame Verteidigungshaushalt Teil des Gesamthaushaltsplans der EU sein soll, müsste der Vertrag geändert werden
- Was die Katastrophenschutztruppe angeht, so ist darauf hinzuweisen, dass die EU bereits über ein **Europäisches Katastrophenschutzverfahren** verfügt, das die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Katastrophenschutzbehörden in ganz Europa unterstützt

## BINNENMARKT, SOZIALES EUROPA UND BESTEUERUNG



„Europa muss eine Union der Gleichberechtigung und eine Union der Gleichen sein.“

- Nationale Behörden mit mehr Befugnissen zur **besseren Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Verbraucherrechte und Lebensmittelqualität** sowie zum Vorgehen gegen illegale Praktiken ausstatten
- **Schaffung einer gemeinsamen Arbeitsbehörde** – einer europäischen Aufsichts- und Umsetzungsbehörde, die sicherstellt, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfache und wirksame Art und Weise durchgesetzt werden
- Bekämpfung des Sozialdumpings durch die Einigung auf die europäische Säule sozialer Rechte – die die Grundlage für eine **Europäische Union der Sozialstandards** bildet (z. B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort) – so bald wie möglich und spätestens beim Göteborg-Gipfel im November 2017
- Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit für Beschlüsse über die **gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage**, über die Mehrwertsteuer, über eine faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Finanztransaktionssteuer

„Der Binnenmarkt ist der eigentliche Geist Europas... Aber heute schützt Europa nicht vor Sozialdumping, wir haben zugelassen, dass ein europäischer Binnenmarkt entsteht, der letztlich die Philosophie der Einheitlichkeit unseres Arbeitsmarktes umgeht. Heute muss Europa noch einen Schritt weiter gehen und ein wahrhaftiges Projekt der Steuer- und Sozialkonvergenz auf die Beine stellen.“

- **Unterstützung des Vorschlags von Präsident Juncker, die Unterschiede bei der Lebensmittelqualität** zu beseitigen, Betrug zu bekämpfen und die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten
- **Unterstützung des Vorschlags von Präsident Juncker über eine europäische Aufsichts- und Umsetzungsbehörde**, die sicherstellt, dass alle EU-Vorschriften zur **Mobilität von Arbeitskräften** auf gerechte, einfache und wirksame Art und Weise durchgesetzt werden
- Förderung der **Konvergenz** in der gesamten EU, Festlegung von **Regeln und Kriterien** (in den kommenden Monaten und als Grundlage für die Beratungen über den MFR), die die **Sozial- und Steuermodelle schrittweise annähern** (z. B. Mindestlohn, der an die Gegebenheiten des jeweiligen Landes angepasst ist, aber mit schrittweiser Konvergenz; Konvergenz der Sozialbeiträge auf das höchste Niveau hin, aber zugunsten des Herkunftslandes. Diese Gelder würden in einen Solidaritätsfonds fließen, der den ärmsten Ländern zugutekommt und ihre Konvergenzbestrebungen unterstützt)
- Beschleunigung der **Harmonisierung der Körperschaftsteuer** (zwischen Frankreich und Deutschland innerhalb der nächsten vier Jahre) durch Festlegung einer für die Mitgliedstaaten bindenden Spanne von Steuersätzen bis 2020. Die Einhaltung dieser Spanne wäre dann Bedingung für den Zugang europäischen Kohäsionsmitteln
- **Deutsch-französische Initiative zur vollständigen Integration der Märkte** bis 2024 durch Anwendung der gleichen Regeln für ihre Unternehmen, vom Gesellschaftsrecht bis hin zum Konkursrecht

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- **Präsident Macron unterstützt mehrere Vorschläge von Präsident Juncker** offen, nämlich ein entschiedeneres Vorgehen gegen doppelte Qualitätsstandards und die Schaffung einer europäischen Arbeitsbehörde
- Die Forderung von Präsident Macron nach Regeln und Kriterien zur Förderung der **sozialen und steuerlichen Konvergenz** ist Bestandteil des Prozesses zur Annahme einer europäischen Säule sozialer Rechte, die bis spätestens Ende November 2017 angenommen werden soll

## EURO



„Wenn wir wollen, dass der Euro unseren Kontinent mehr eint als spaltet, dann sollte er mehr sein als die Währung einiger ausgewählter Länder. „Der Euro ist dazu bestimmt, die einheitliche Währung der Europäischen Union als Ganzes zu sein.“

- Erleichterung des Zugangs zum Euro-Raum für alle Mitgliedstaaten durch ein **Euro-Beitrittinstrument**, das ihnen technische, bisweilen auch finanzielle Heranführungshilfen bietet
- **Keine parallelen Strukturen:** Keinen eigenen Haushalt für das Euro-Währungsgebiet, sondern eine solide eigene Haushaltslinie im EU-Gesamthaushalt; das Parlament des Euro-Währungsgebiets ist das Europäische Parlament
- Ein **Europäischer Wirtschafts- und Finanzminister** (der möglicherweise gleichzeitig die Funktion des Vizepräsidenten und Kommissars für Wirtschafts- und Finanzfragen, sowie des Vorsitzenden der Eurogruppe innehaben wird), der Strukturreformen in den Mitgliedstaaten fördert und unterstützt. Der neue Minister sollte alle Finanzierungsinstrumente der EU koordinieren, die zur Unterstützung eines Mitgliedstaats, der sich in einer Rezession oder einer schweren Krise befindet, aktiviert werden können. Er oder sie muss Rechenschaft gegenüber dem Europäischen Parlament ablegen
- Alle Mitgliedstaaten ermutigen, der **Bankenunion** beizutreten, um sicherzustellen, dass alle Banken nach denselben Regeln und unter derselben Aufsicht arbeiten
- Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen Europäischen **Währungsfond** (Vorlage konkreter Vorschläge im Dezember). Da der Zugang zur Unterstützung durch den ESM von der Teilnahme am Fiskalpakt abhängig ist, muss diese Bedingung auch im Falle der Schaffung des Europäischen Währungsfonds gelten



„Eine nachhaltige Wirtschaftsmacht kann nur mit Hilfe einer gemeinsamen Währung entstehen.“

- **Der Euro als einheitliche Währung der gesamten Europäischen Union.** Der Euro-Raum muss effizienter und attraktiver gemacht werden. Das ist eine Frage der Einheit
- **Ein starkes Euro-Währungsgebiet mit einem eigenen Euro-Haushalt, der sich aus europäischen Steuern finanziert,** z. B. aus Steuern, die im digitalen oder ökologischen Bereich erhoben werden, und aus einem Prozentsatz der Körperschaftsteuer, nachdem diese harmonisiert wurde
- Eine starke politische Führung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik **durch einen gemeinsamen Minister** (keine Angabe, wer diese Aufgabe übernehmen soll), der der parlamentarischen Kontrolle auf europäischer Ebene unterworfen ist

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Beide betonen die Bedeutung des Euro als gemeinsame Währung der EU
- Während Präsident Macron einen **gesonderten Haushalt für den Euro-Raum** (auf der Grundlage neuer europäischer Eigenmittel) fordert, befürwortet Präsident Juncker eine **Haushaltslinie für den Euro-Raum im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens**. Wenn der Haushalt für den Euro-Raum aus Eigenmitteln finanziert würde, würde dies eine Vertragsänderung erforderlich machen, und wenn er aus einer harmonisierten Körperschaftsteuer finanziert würde, würde dies eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen
- Beide sprechen von einem **Europäischen Minister für Wirtschaft und Finanzen**. Präsident Macron scheint jedoch ein umfassenderes Mandat zu fordern. Wenn ein solcher Minister befugt sein sollte, verbindliche Entscheidungen zu erlassen, dann würde dies eine Vertragsänderung erfordern
- Präsident Macron geht weder auf den Europäischen Währungsfonds noch auf die Vollendung der Bankenunion ein

## EINE DEMOKRATISCHERE UNION



„Unsere Union muss einen demokratischen Sprung nach vorn machen.“

- Fortsetzung des **Spitzenkandidaten-Verfahrens**
- Hält transnationale Listen für die Europawahlen für eine gute Idee
- Unterstützt die Organisation **demokratischer Konvente** 2018 in allen Teilen Europas, um die Debatte über die Zukunft Europas bis zu den Europawahlen im Juni 2019 fortzusetzen
- Mehr Demokratie und Einheit durch mehr Effizienz: **Zusammenlegung der Ämter der Präsidenten der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats**
- Jetzt ist nicht die Zeit für **Vertragsänderungen**; viele Fortschritte können auf der Grundlage bereits bestehender Vertragsregeln erzielt werden, z. B. der „Überleitungsklauseln“, die es ermöglichen, in bestimmten Bereichen mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu entscheiden
- Eine **Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit**, die es der EU ermöglicht, sich auf die wirklich wichtigen Themen zu konzentrieren und den Mitgliedstaaten in den Fällen, in denen dies sinnvoll ist, Zuständigkeiten zurückzuübertragen



„Wir müssen das europäische Projekt durch und gemeinsam mit unseren Völkern neu begründen, auf einem wesentlich solideren demokratischen Fundament.“

- Fortsetzung des **Spitzenkandidaten-Verfahrens**
- Schlägt transnationale Listen bereits für die Europawahlen 2019 vor - unter Nutzung der frei werdenden Sitze der ausscheidenden britischen MdEP, bereits bei den Europawahlen im Jahr 2024 sollte die Hälfte der Abgeordneten über transnationale Listen gewählt werden
- Organisation **demokratischer Konvente** 2018 in allen Teilen Europas
- Mehr Demokratie und Einheit durch mehr Effizienz: **Verringerung der Zahl der Kommissare auf 15**.
- **Vertragsänderungen** sind kein Selbstzweck, aber wenn das europäische Projekt diese erfordert, ist er bereit dazu
- Verringerung des bürokratischen Aufwands **und Stärkung der regionalen Ebene soweit** erforderlich

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Beide unterstützen die Demokratisierung der Wahlen zum Europäischen Parlament durch die Beibehaltung des **Verfahrens der Spitzenkandidaten**
- Beide sprechen von **transnationalen Listen** für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Während Kommissionspräsident Juncker vorsichtiger zu sein scheint, da er die Idee lediglich „für gut befindet“ und einräumt, dass einige Mitglieder des Europäischen Parlaments die Idee nicht unterstützen, fordert Präsident Macron ausdrücklich, dass solche Listen bereits bei den Wahlen 2019 verwendet werden und bei den Wahlen 2024 noch viel umfassender zum Einsatz kommen. Es sei darauf hingewiesen, dass transnationale Listen eine Änderung der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und der Abstimmungsregeln zur Folge haben würden und daher einen einstimmigen Beschluss des Europäischen Rates erfordern. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die Wahl der Hälfte des Europäischen Parlaments auf der Grundlage transnationaler Listen im Widerspruch zu Artikel 14 Absatz 2 EUV stehen und Vertragsänderungen erfordern könnte
- Beide befürworten eindeutig mehr **Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger**. Die Europäische Kommission kann auf eine lange Tradition in diesem Bereich verweisen, da sie in den vergangenen drei Jahren mehr als 300 interaktive Bürgerdialoge in mehr als 80 Städten und Gemeinden in 27 Mitgliedstaaten veranstaltet hat. Präsident Macron fordert die Organisation demokratischer Konventionen in allen Teilen Europas

## BILDUNG UND JUGEND



*„Besonders stolz bin ich auf die jungen Europäerinnen und Europäer, die sich freiwillig melden, um syrischen Flüchtlingen Sprachunterricht zu geben, und auf Tausende andere junge Menschen, die Teil unseres neuen Europäischen Solidaritätskorps sind. Diese jungen Menschen verleihen dem Grundsatz der europäischen Solidarität Leben und Farbe.“*

- Begrüßt das Europäische Solidaritätskorps, dessen Schaffung erstmals in der Rede zur Lage der Union 2016 erwähnt worden war



*„Europa soll jener Raum werden, in dem jeder Studierende bis 2024 mindestens zwei europäische Sprachen spricht. Anstatt unsere zerstückelten Gebiete zu beklagen, stärken wir lieber den Austausch!“*

- Ein Netzwerk der europäischen Universitäten
- Harmonisierung oder gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen von Bildungseinrichtungen des Sekundarbereichs
- Intensivierung des Austauschs: Die Hälfte der Schüler im Alter unter 25 Jahren sollte mindestens 6 Monate in einem anderen EU-Mitgliedstaat verbringen können

### Gemeinsamkeiten und feine Unterschiede

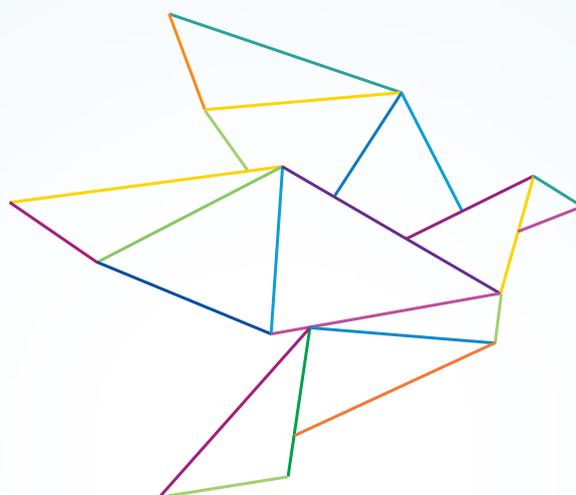
- **Übereinstimmung im Wesentlichen**
- Beide wollen die europäische Politik stärker an den Bürgern und jungen Menschen ausrichten
- Im Rahmen des **EU-Programms „Erasmus +“** findet bereits der Austausch von Schülern, Studierenden, Auszubildenden, Praktikanten und Lehrern statt



## European Political Strategy Centre

**Das Europäische Zentrum für politische Strategie (EPSC) ist der interne Think Tank der Europäischen Kommission.** Er untersteht unmittelbar Präsident Juncker und ist unter seiner Aufsicht tätig.

Das Mandat des EPSC umfasst: **die - kurz- und langfristige - Bereitstellung strategischer Analysen und politischer Beratung** für den Präsidenten und das Kollegium in Fragen der politischen Prioritäten der Juncker-Kommission (die vom Kommissionspräsidenten in seinen Politischen Leitlinien definiert und dem Europäischen Parlament am 15. Juli 2014 vorgestellt wurden) und Kontakte zu Entscheidungsträgern, Denkfabriken und der Zivilgesellschaft.



## **PRÄSIDENT JUNCKERS REDE ZUR LAGE DER UNION 2017**

Auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon  
durchführbare Vorschläge zur Zukunft Europas

In seiner Rede zur Lage der Union 2017 vom 13. September 2017 hat Präsident Juncker seine Vorstellungen für die Zukunft Europas bis zum Jahr 2025 dargelegt. Im vorliegenden Factsheet wird erklärt, wie die Vorschläge von Präsident Juncker unter voller Ausschöpfung der durch den Vertrag von Lissabon gebotenen Möglichkeiten umgesetzt werden können. Neben der Rede zur Lage der Union legte Präsident Juncker auch eine detaillierte Absichtserklärung mit konkreten Gesetzgebungsvorschlägen und Vorschlägen für Rechtsakte ohne Gesetzgebungscharakter vor, die veranschaulicht, wie die in der Rede angekündigten Initiativen umgesetzt werden können. Vor dem Hintergrund der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai/Juni 2019 – ein wichtiger Termin für die Demokratie der Europäischen Union – wird die Kommission diese Vorschläge mit dem Zeithorizont 2025 in diesem und im kommenden Jahr auf den Weg bringen.

Präsident Junckers Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017

Erklärungen



## BESCHLUSSFASSUNG MIT QUALIFIZIERTER MEHRHEIT IM BINNENMARKT

*„Ich möchte, dass wir in wichtigen Binnenmarktfragen öfter und einfacher im Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden unter gleichberechtigter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes.“*

Initiativen, die gemäß der Absichtserklärung von Präsident Juncker vom 13. September 2017 vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

*„Mitteilung über einen möglichen intensiveren Rückgriff auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und das ordentliche Gesetzgebungsverfahren in Binnenmarktfragen auf der Grundlage von Artikel 48 Absatz 7 EUV.“*

### ENERGIEPOLITIK

Bei Vorschriften überwiegend steuerlicher Art, wozu auch Maßnahmen zählen, welche die Wahl eines Mitgliedstaats zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung erheblich berühren, besteht nach Maßgabe des **Artikels 192 Absatz 2 AEUV** die Möglichkeit, das ordentliche Gesetzgebungsverfahren anzuwenden. Hierzu müsste die Kommission einen Vorschlag vorlegen, und der Rat müsste dies nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig beschließen.

### SOZIALPOLITIK

In bestimmten Bereichen der Sozialpolitik, etwa beim Schutz der Arbeitnehmer bei Beendigung des Arbeitsvertrags, bei der kollektiven Wahrnehmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen oder bei den Beschäftigungsbedingungen von sich rechtmäßig in der Union aufhaltenden Migranten aus Drittländern ist derzeit Einstimmigkeit erforderlich. Nach **Artikel 153 Absatz 2 AEUV** kann der Rat auf Vorschlag der Europäischen Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments in diesen drei Bereichen einstimmig beschließen, das ordentliche Gesetzgebungsverfahren anzuwenden.

### STEUERPOLITIK

**Artikel 48 Absatz 7 EUV** stellt eine allgemeine „Überleitungsklausel“ dar, die es erlaubt, von der einstimmigen Beschlussfassung zur qualifizierten Mehrheit und vom besonderen Gesetzgebungsverfahren zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren überzugehen. Eine Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten ist nicht erforderlich, doch kann ein entsprechender Vorschlag durch das Veto eines einzigen nationalen Parlaments blockiert werden. Der Übergang zur Gesetzgebung mit qualifizierter Mehrheit muss nicht in einem einzigen Schritt erfolgen, sondern kann auch einzeln je nach Thema oder Art der Steuersätze beschlossen werden.

Um **Artikel 48 Absatz 7 EUV** anwenden zu können, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Der Europäische Rat muss den nationalen Parlamenten mitteilen, dass er die Überleitungsklausel anzuwenden gedenkt.
- Die nationalen Parlamente haben sechs Monate Zeit, den Vorschlag abzulehnen; ist nur ein nationales Parlament dagegen, darf der

## Präsident Junckers Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017

## Erklärungen

Vorschlag vom Rat nicht angenommen werden.

- Das Europäische Parlament muss mit der Mehrheit seiner Mitglieder zustimmen.
- Der Europäische Rat muss einen entsprechenden Beschluss einstimmig erlassen.

**BESCHLUSSFASSUNG MIT QUALIFIZIERTER MEHRHEIT IN AUSSENPOLITISCHEN FRAGEN**

*„[Ich] bitte [...] die Mitgliedstaaten zu prüfen, welche außenpolitischen Beschlüsse nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können.“*

Initiativen, die gemäß der Absichtserklärung von Präsident Juncker vom 13. September 2017 vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

*„Mitteilung über einen möglichen verstärkten Einsatz der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in der gemeinsamen Außenpolitik auf der Grundlage von Artikel 31 Absatz 3 EUV.“*

Bei außenpolitischen Fragen besteht nach Maßgabe des **Artikels 31 Absatz 3 EUV** die Möglichkeit, mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen. Dies müsste einstimmig vom Europäischen Rat beschlossen werden und würde nicht für Beschlüsse mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen gelten.

**EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT MIT TERRORISMUSBEKÄMPFUNG BETRAUEN**

*„Aus meiner Sicht spricht auch vieles dafür, die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung von grenzüberschreitenden terroristischen Straftaten zu betrauen.“*

Initiativen, die gemäß der Absichtserklärung von Präsident Juncker vom 13. September 2017 vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

*„Mitteilung über eine mögliche Ausweitung des Aufgabenfelds der neu geschaffenen Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Bekämpfung von Terrorismus auf der Grundlage von Artikel 86 Absatz 4 AEUV.“*

**Artikel 86 Absatz 4 AEUV** sieht die Möglichkeit vor, die Befugnisse der Europäischen Staatsanwaltschaft, die ursprünglich auf die Bekämpfung von Betrug zulasten des EU-Haushalts beschränkt waren, auszuweiten und die strafrechtliche Verfolgung terroristischer Straftaten mit grenzüberschreitender Dimension einzuschließen.

Dazu wäre ein einstimmiger Beschluss des Europäischen Rates nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und nach Anhörung der Kommission erforderlich.

Präsident Junckers Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017

Erklärungen

## € STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

*„Ich denke, der ESM sollte nun schrittweise zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, der allerdings fest im Regel- und Kompetenzwerk der Europäischen Union verankert sein muss.“*

Initiativen, die gemäß der Absichtserklärung von Präsident Juncker vom 13. September 2017 vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds
- Schaffung einer eigenen Euroraum-Haushaltlinie im EU-Haushalt, die vier Funktionen erfüllen sollte: 1) Strukturreform-Hilfe, 2) eine Stabilisierungsfunktion, 3) eine Letztsicherung für die Bankenunion und 4) ein Konvergenz-Instrument, mit dem Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, Hilfen für den Weg zum Beitritt erhalten können.
- Übernahme der Inhalte des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in EU-Recht

### EUROPÄISCHER WÄHRUNGSFONDS

Am 6. Dezember wird die Kommission einen Vorschlag vorlegen, der vorsieht, den Europäischen Stabilitätsmechanismus im Rahmen des Unionsrechts auf der Grundlage des **Artikels 352 AEUV** in einen Europäischen Währungsfonds umzuwandeln.

### EURORAUM-HAUSHALTSLINIE IM EU-HAUSHALT

Im Zuge des in den Verträgen vorgesehenen normalen Haushaltsverfahrens wird die Kommission eine solche Euroraum-Haushaltlinie im Wege eines Berichtigungshaushaltsplans vorschlagen.

### STABILITÄT, KOORDINIERUNG UND STEUERUNG

**Nach Maßgabe des Artikels 16 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag)**, der nach der entsprechenden Ratifizierung durch die Unterzeichnermitgliedstaaten (alle EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, der Tschechischen Republik und Kroatiens) im Januar 2013 in Kraft trat, muss der Inhalt des Vertrags bis 2018 in den Rechtsrahmen der Europäischen Union überführt werden.

Auf der Grundlage des **Artikels 126 Absatz 14 AEUV** und entsprechend der Ankündigung in Präsident Junckers Absichtserklärung wird die Kommission einen Vorschlag zu diesem Thema vorlegen, der dem von der Europäischen Kommission seit Januar 2015 im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Maß an Flexibilität Rechnung trägt.



## MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

*„Ein wichtiger Teil dieses Fahrplans werden die Haushaltspläne sein, die die Kommission im Mai 2018 vorlegen wird. Auch hier haben wir die Wahl: Entweder verfolgen wir die Zielsetzungen der Europäischen Union innerhalb der strengen Rahmenbedingungen des bestehenden Haushalts, oder wir vergrößern die Haushaltskapazität der Europäischen Union, sodass sie ihre Ziele besser erreichen könnte. Ich plädiere für die zweite Option.“*

Auf der Grundlage des **Artikels 312 Absatz 2 AEUV** wird die Kommission im Mai 2018 einen Vorschlag für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum nach 2020 vorlegen.

Präsident Junckers Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017

Erklärungen



### SCHAFFUNG EINER VOLLWERTIGEN VERTEIDIGUNGSUNION

*„Im Verteidigungsbereich sind weitere Anstrengungen vonnöten. Die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds steht auf der Tagesordnung; die Permanente Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist auf gutem Weg. Bis 2025 brauchen wir eine funktionierende Europäische Verteidigungsunion.“*

#### STÄNDIGE STRUKTURIERTE ZUSAMMENARBEIT

Nach **Artikel 42 Absatz 6 EUV** kann eine Gruppe gleichgesinnter Mitgliedstaaten, die über die erforderlichen operationellen Kapazitäten verfügen, eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Verteidigung begründen und damit den derzeitigen Flickenteppich der bilateralen und multilateralen militärischen Zusammenarbeit durch effizientere Formen der Integration im Bereich der Verteidigung ersetzen.

#### GEMEINSAME VERTEIDIGUNGSUNION

**Artikel 42 Absatz 2 EUV** sieht die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union vor, die zu einer gemeinsamen Verteidigungsunion führt, sobald der Europäische Rat dies einstimmig beschlossen hat. Die Pflichten, die die Mitgliedstaaten gegenüber der NATO haben, werden dabei vollumfänglich gewahrt.



### VOLLENDUNG DES SCHENGEN-RAUMS

*„Wenn wir den Schutz unserer Außengrenzen zu Recht verstärken, und noch mehr verstärken wollen, dann müssen wir Rumänien und Bulgarien unverzüglich den Schengen-Raum öffnen.“*

*Im Übrigen sollten wir auch Kroatien die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglichen, sobald alle Kriterien erfüllt sind.“*

Beschlüsse zur Erweiterung des Schengen-Raums müssen entsprechend dem **Protokoll (Nr. 19) zu den Verträgen und dem Schengen-Besitzstand** im Rat von allen Mitgliedstaaten einstimmig gefasst werden. Zuvor muss die Europäische Kommission nach einer Bewertung feststellen, dass die Beitrittskriterien erfüllt sind. Nach dem positiven Ausgang der Bewertungen 2009 und 2010, die ergeben haben, dass Bulgarien und Rumänien die für den Beitritt zum Schengen-Raum notwendigen Voraussetzungen erfüllen, setzt sich die Kommission für die Vollmitgliedschaft dieser beiden Mitgliedstaaten im Schengen-Raum ein.

Im Verlauf des Jahres 2016 wurden die Fortschritte Kroatiens im Hinblick auf die für den Beitritt zum Schengen-Raum notwendigen Voraussetzungen bewertet. In einigen Bereichen erfüllt Kroatien bereits die erforderlichen Voraussetzungen, in anderen sind hingegen noch weitere Fortschritte notwendig. Bis Oktober 2017 muss noch die Bewertung des Schengener Informationssystems fertiggestellt werden, im November 2017 findet außerdem eine Überprüfung im Bereich der Außengrenzen statt. Sobald alle Voraussetzungen erfüllt sind, wird die Kommission dem Rat einen Vorschlag für den Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum vorlegen.

Präsident Junckers Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017

Erklärungen



#### VOLLENDUNG DES EURORAUMS

*„Der Euro ist dazu bestimmt, die einheitliche Währung der Europäischen Union als Ganzes zu sein. Alle außer zwei Mitgliedstaaten sind verpflichtet und berechtigt, dem Euroraum beizutreten, sobald sie die Bedingungen erfüllen.“*

Alle außer zwei Mitgliedstaaten (Dänemark und das Vereinigte Königreich) sind verpflichtet, den Euro einzuführen und dem Euro-Währungsgebiet beizutreten. Darüber hinaus haben sich 16 Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Italien, Zypern, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Österreich, Portugal, Rumänien, Slowenien und die Slowakei) in der **Erklärung Nr. 52 zum AEUV** ausdrücklich zum Euro als Währung der Europäischen Union bekannt.

Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, die Tschechische Republik und Ungarn gehören noch nicht zum Euroraum, sind aber nach den Verträgen verpflichtet, dem Euroraum beizutreten, sobald sie die Kriterien erfüllen. Sie werden auch bezeichnet als „Mitgliedstaaten, für die eine Ausnahmeregelung gilt“. Diese Ausnahmeregelung gilt nur vorübergehend und wird aufgehoben, sobald die Mitgliedstaaten die in **Artikel 140 Absatz 1 AEUV** festgelegten Konvergenzkriterien erfüllen.

Alle zwei Jahre prüfen die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank, inwieweit die Mitgliedstaaten die Kriterien erfüllen. Die nächste Prüfung findet im Mai 2018 statt.



#### VOLLENDUNG DER BANKENUNION

*„Wenn wir wollen, dass Banken überall auf unserem Kontinent nach denselben Regeln und unter derselben Aufsicht arbeiten, dann sollten wir alle Mitgliedstaaten ermutigen, der Bankenunion beizutreten.“*

Die Bankenunion umfasst alle Staaten des Euroraums und die EU-Mitgliedstaaten, die sich ihr anschließen wollen. Alle Länder, die künftig den Euro einführen, werden automatisch auch Mitglied der Bankenunion.

Die nicht zum Euroraum gehörenden Länder können sich durch eine enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Zentralbank in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsbehörde dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus anschließen. Nachdem der betreffende Mitgliedstaat,

der nicht dem Euroraum angehört, sein Interesse bekundet hat, und unter der Voraussetzung, dass die strengen Kriterien im Hinblick auf den Informationsaustausch erfüllt sind und die aufsichtlichen Maßnahmen in dem jeweiligen Mitgliedstaat rechtsverbindlich geworden sind, wird eine solche enge Zusammenarbeit durch einen Beschluss der Europäischen Zentralbank vereinbart.

In Dänemark und Schweden wird seit dem Sommer 2017 auf nationaler Ebene über den Beitritt zur Bankenunion diskutiert.

Präsident Junckers Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017

Erklärungen



### ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

*„Wenn wir [...] mehr Stabilität in unserer Nachbarschaft wollen, dann müssen wir auch eine glaubhafte Erweiterungsperspektive für den westlichen Balkan aufrechterhalten.“*

Initiativen, die gemäß der Absichtserklärung von Präsident Juncker vom 13. September 2017 vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

*„Strategie für einen erfolgreichen EU-Beitritt Serbiens und Montenegros als aussichtsreichste Kandidatenländer des Westbalkans (Februar 2018)“*

Nach Maßgabe des **Artikels 49 EUV** kann jeder europäische Staat, der die Werte der EU achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, beantragen, Mitglied der Union zu werden. Wenn die Verhandlungen über sämtliche Kapitel abgeschlossen sind, werden die Bedingungen – einschließlich etwaiger Ausnahmeregelungen und Übergangsmaßnahmen – in einen Beitrittsvertrag zwischen den EU-Mitgliedstaaten und dem Kandidatenland festgelegt. Der Beitrittsvertrag kann erst unterzeichnet werden, wenn das Parlament ihm zugestimmt und der Rat ihn einstimmig gebilligt hat. Anschließend wird er allen Mitgliedstaaten übermittelt, die ihn nach ihren jeweiligen Verfassungsregelungen ratifizieren müssen (d. h. Ratifizierung durch das Parlament oder Volksabstimmung).

Montenegro und Serbien werden von der Kommission als besonders aussichtsreich eingeschätzt, da sie derzeit die einzigen Westbalkanländer sind, mit denen Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden. Die EU wird ihr Engagement gegenüber allen Partnern des westlichen Balkans fortsetzen und ausbauen, um sie auf ihrem Weg in die EU zu unterstützen.



### BEIBEHALTUNG DES SPITZENKANDIDATENSYSTEMS

*„Wenn wir die europäische Demokratie stärken wollen, dann dürfen wir den demokratischen Prozess des Spitzenkandidatensystems nicht rückgängig machen. Ich möchte, dass dieser Prozess wiederholt wird.“*

Nach **Artikel 17 Absatz 7 EUV** muss der Europäische Rat bei seinem Vorschlag für einen neuen Kommissionspräsidenten das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigen. Sobald der Rat (mit qualifizierter Mehrheit) den entsprechenden Beschluss gefasst hat, wählt das Europäische Parlament den Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

So wurde nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 verfahren, als Präsident Juncker, damaliger Spitzenkandidat der Fraktion mit den meisten Stimmen, vom Europäischen Rat als Präsident der Europäischen Kommission vorgeschlagen und vom Europäischen Parlament in dieses Amt gewählt wurde.



### TRANSNATIONALE LISTEN

*„Ich halte auch transnationale Listen für die Europawahlen für eine gute Idee, auch wenn mir bewusst ist, dass einige von Ihnen damit nicht einverstanden sind.“*

Die genaue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist nach **Artikel 14 Absatz 2 EUV** einstimmig vom Europäischen Rat zu beschließen. Der letzte Beschluss über die Sitzverteilung wurde im Juni 2013 getroffen, bevor Kroatien der EU als 28. Mitgliedstaat beitrug.

Präsident Junckers Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017

Erklärungen

Die Zulassung transnationaler Listen müsste in allen EU-Mitgliedstaaten Ratifizierungsverfahren durchlaufen. In **Artikel 223 Absatz 1 AEUV** ist festgelegt, wie transnationale Listen eingeführt oder andere Änderungen an den Wahlen zum Europäischen Parlament vollzogen werden können.

Der Rat kann nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die mit der Mehrheit seiner Mitglieder erteilt wird, neue Bestimmungen zur Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments einstimmig erlassen. Diese Bestimmungen treten erst in Kraft, nachdem alle Mitgliedstaaten die Änderungen im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert haben.

Dies ist die einzige Anregung in Präsident Junckers Rede zur Lage der Union, die zwar keine Vertragsänderung, wohl aber eine Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten erfordert. Daher hat sich Präsident Juncker für diese Option ausgesprochen.



**MEHR EFFIZIENZ BEI DEN SPITZENÄMTERN DER EU**

*„Ich plädiere aus Effizienzgründen dafür, dass der für Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar – idealerweise ein Vize-Präsident der Europäischen Kommission – mit der [Funktion des*

*Wirtschafts- und Finanzministers] betraut und Vorsitzender der Eurogruppe wird.“*

*„Europa würde besser funktionieren, wenn wir das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates mit dem des Präsidenten der Europäischen Kommission verschmelzen könnten.“*

Initiativen, die gemäß der Absichtserklärung von Präsident Juncker vom 13. September 2017 vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

*„Mitteilung über Optionen für mehr Effizienz bei den Spitzenämtern der Europäischen Union.*

*Mitteilung über die mögliche Schaffung eines ständigen europäischen Wirtschafts- und Finanzministers (Artikel 2 des Protokolls Nr. 14) und die damit einhergehenden institutionellen Auswirkungen.“*

**VERSCHMELZUNG DER ÄMTER DES VIZEPRÄSIDENTEN DER KOMMISSION UND DES PRÄSIDENTEN DER EURO-GRUPPE**

Nach **Artikel 2 des Protokolls (Nr. 14) zum Vertrag von Lissabon** wird der Präsident der Euro-Gruppe von den Ministern der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, mit der Mehrheit dieser Mitgliedstaaten gewählt. Es muss sich dabei nicht unbedingt um einen Finanzminister eines Mitgliedstaates handeln.

**VERSCHMELZUNG DER ÄMTER DES PRÄSIDENTEN DER KOMMISSION UND DES PRÄSIDENTEN DES EUROPÄISCHEN RATES**

Nachdem der Europäische Rat dem Europäischen Parlament unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten vorgeschlagen hat, wählt das Europäische Parlament auf der Grundlage des **Artikels 17 Absatz 7 EUV** den Präsidenten der Kommission mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Der Europäische Rat wählt seinerseits auf der Grundlage des **Artikels 15 Absatz 5 EUV** seinen Präsidenten mit qualifizierter Mehrheit für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren, wobei er einmal wiedergewählt werden kann. Entsprechend **Artikel 15 Absatz 6 EUV** darf der Präsident des Europäischen Rates kein **einzelstaatliches** Amt ausüben. Die Ausübung eines anderen **europäischen** Amtes ist hingegen nicht ausgeschlossen.

## **Stellungnahme von Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest zum „Weißbuch zur Zukunft Europas“**

für die Anhörung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen des Bayerischen Landtags am 24. Oktober 2017

### **Ausgangslage**

Seit fast acht Jahren beschäftigt Europa die Verschuldungskrise in der Eurozone. In den letzten Jahren haben die Flüchtlingskrise und die Entscheidung für den Brexit die EU erschüttert. Die Politik in Europa hat erhebliche Anstrengungen unternommen, diesen Krisen zu begegnen. Der Erfolg dieser Anstrengungen ist aber begrenzt. In vielen Ländern sinkt das Vertrauen der Bevölkerung nicht nur in die nationale sondern auch in die europäische Politik. Ankündigungen wie „ein Europa zu schaffen, das schützt, ein Europa, das stärkt, und ein Europa, das verteidigt“<sup>1</sup> sollen die Bevölkerung überzeugen, dass die Politik in Europa den richtigen Weg einschlägt, aber es stellt sich die Frage, wie sich dieses Programm in konkrete Politik umsetzen lässt. Mit der Vorlage des „Weißbuchs für die Zukunft Europas“ hat die Europäische Kommission am 1. März 2017 den Versuch unternommen, eine grundlegende Diskussion über die Zukunft der EU anzustoßen. Die fünf Reflexionspapiere, die zusätzlich zum Weißbuch erschienen sind, sollen die Debatte in einzelnen, wichtigen Politikfeldern weiter ergänzen.

Nach Auffassung der Europäischen Kommission wird die Zukunft der EU von folgenden Fakten geprägt:

- Geringer werdender Anteil der EU an der Weltbevölkerung sowie am weltweiten BIP
- Überalterung
- Euro als Weltwährung?
- EU-Binnenmarkt
- Neue Herausforderung: Digitalisierung
- Bekämpfung des Klimawandels
- Sorge um Sicherheit der Grenzen
- Wachsende Unzufriedenheit mit der EU und der Politik insgesamt
- EU wird vielfach für Probleme verantwortlich gemacht.

---

<sup>1</sup> Vgl. Jean-Claude Juncker, *Rede zur Lage der Union 2017*, 13. September 2017, Brüssel.



Mögliche Szenarien, wie sich die EU basierend auf den eben beschriebenen Fakten weiterentwickeln könnte, werden im Weißbuch erläutert. Insgesamt werden fünf Szenarien inkl. deren Auswirkungen auf die Politik genannt<sup>2</sup>:

***Szenario 1: Weiter wie bisher***

Die EU27 konzentriert sich auf die Umsetzung ihrer positiven Reformagenda entsprechend den Politischen Leitlinien der Kommission „Ein neuer Start für Europa“ von 2014 und der von allen 27 Mitgliedstaaten im Jahr 2016 angenommenen Erklärung von Bratislava.

***Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt***

Die EU27 konzentriert sich wieder auf den Binnenmarkt, da die 27 Mitgliedstaaten in immer mehr Politikbereichen nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Haltung zu finden.

***Szenario 3: Wer mehr will, tut mehr***

Die EU27 Union verfährt weiter wie bisher, gestattet jedoch interessierten Mitgliedstaaten, sich zusammenzutun, um in bestimmten Politikbereichen wie Verteidigung, innerer Sicherheit oder Sozialem gemeinsam voranzuschreiten.

***Szenario 4: Weniger, aber effizienter***

Die EU27 konzentriert sich darauf, in ausgewählten Bereichen rascher mehr Ergebnisse zu erzielen, und überlässt andere Tätigkeitsbereiche den Mitgliedstaaten. Aufmerksamkeit und begrenzte Ressourcen werden auf ausgewählte Bereiche gerichtet.

***Szenario 5: Viel mehr gemeinsames Handeln***

Die Mitgliedstaaten beschließen, mehr Kompetenzen und Ressourcen zu teilen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen. Auf EU-Ebene werden rascher Entscheidungen getroffen, die zügig umgesetzt werden.

**Einordnung**

Die Darstellung verschiedener Optionen für die Weiterentwicklung der EU ist ungewöhnlich, reflektiert aber das Anliegen, die Debatte über die Zukunft der EU als offenen – und nicht von der Europäischen Kommission dominierten – Prozess zu gestalten.

---

<sup>2</sup> Die Aufzählung der fünf Szenarien beruht auf „Kommission legt Weißbuch zur Zukunft Europas vor: Wege zur Wahrung der Einheit in der EU27“, *Pressemitteilung* vom 01. März 2017, [https://ec.europa.eu/germany/news/weissbuch\\_zukunft\\_eu27\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/weissbuch_zukunft_eu27_de).



**Zum ersten Szenario:** Vor dem Hintergrund der Diagnose, dass die EU sich in einer Krise befindet, erscheint eine Fortsetzung des bisherigen Kurses ohne größere Reformen wenig überzeugend. Es liegt auf der Hand, dass in vielen Bereichen Reformbedarf besteht. Betrachtet man beispielsweise den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der vorsieht, dass die Mitgliedstaaten eine solide Fiskalpolitik verfolgen und die Staatsverschuldung begrenzen, in dem sie u.a. ihre öffentlichen Haushalte ausgleichen und in schlechten Zeiten Defizite bis zu einer Höhe von maximal 3% des BIP zulassen dürfen, so zeigt sich, dass diese 3%-Grenze in der EU seit 1999 bereits 168-mal überschritten wurde. Sanktionen, wie im Vertrag vorgesehen, wurde nie verhängt. Stattdessen wurden die Regeln immer weiter ausgehöhlt.<sup>3</sup>

Reformbedarf gibt darüber hinaus beim EU-Haushalt<sup>4</sup>, in der Beihilfenkontrolle und anderen Politikbereichen. Bei alledem sollte allerdings nicht übersehen werden, dass die EU auch erhebliche Erfolge vorzuweisen hat, die von grundlegenden Themen wie der Sicherung des Friedens in Europa über die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten bis hin zur Entwicklung des europäischen Binnenmarktes reichen.

**Zum zweiten Szenario:** Die Schaffung des Binnenmarktes ist unter dem Aspekt der Schaffung von Wohlstand sicherlich das erfolgreichste Projekt der EU. Gleichzeitig haben die Aufrechterhaltung und weitere Vertiefung des Binnenmarktes weitreichende Implikationen für vielfältige Politikbereiche. Konzeptionell ist die Frage, wie viel nationale Rechtsetzung – in Bereichen etwa der Regulierung und der Besteuerung – mit den Anforderungen eines gemeinsamen Binnenmarktes vereinbar ist, nach wie vor nicht abschließend geklärt.

Hinzu kommt, dass es neben dem Binnenmarkt durchaus eine Reihe weiterer Projekte gibt, in denen gemeinsames Handeln in Europa Vorteile für alle beteiligten verspricht. Vor diesem Hintergrund spricht wenig dafür, sich auf das Binnenmarktprojekt zu beschränken.

**Zum dritten Szenario:** Dieses Szenario könnte in ein Europa der zwei oder auch der multiplen Geschwindigkeiten münden, da es zulässt, dass sich die Mitgliedsstaaten in Gruppen zusammenschließen können, um gemeinsame Politiken einzurichten. In erheblichem Umfang entspricht das bereits der Realität in der EU. Mit der Europäischen Währungsunion und dem Schengen-Abkommen sind zwei bedeutende Politikbereiche nach dem Prinzip organisiert,

---

<sup>3</sup> Weiterführende Informationen dazu sind hier zu finden: Clemens Fuest, „Die Europäische Union am Scheideweg – zur Zukunft der Europäischen Währungsunion“, *ifo Schnelldienst* 69 (10), 2016, S. 6–9.

<sup>4</sup> Vgl. Clemens Fuest, „Wie die Europäische Union ihren Haushalt reformieren muss“, *WirtschaftsWoche*, 30. September 2016, S. 36.



dass nicht alle Mitgliedstaaten sich an allen Politiken beteiligen müssen. Das hat den Nachteil wachsender Komplexität der europäischen Institutionen. Dem steht der Vorteil gegenüber, dass es leichter möglich ist, europäische Projekte voranzutreiben. Kritisch könnte man hier sehen, dass simultane Entscheidungen und Vereinbarungen über verschiedene Politikbereiche hinweg, gemeinsames Handeln erleichtern können, weil Kompensation eher möglich ist. Prinzipiell geht das allerdings auch in einem Europa der multiplen Geschwindigkeiten. Ein weiteres Problem liegt darin, dass bei Politiken, die im gesamteuropäischen Interesse liegen (Klimapolitik, Entwicklungshilfe, Teile der Sicherheitspolitik) erhebliche Anreize für Trittbrettfahrerverhalten entstehen. Vor allem kleinere Staaten hätten Anreize, selbst keine Beiträge zu leisten und sich auf andere Staaten zu verlassen.

*Zum vierten Szenario:* Dieses Szenario sieht vor, dass sich die EU zukünftig auf wenige Kernaufgaben konzentriert. Die Frage ist, ob sich alle 27EU-Länder auf Kernaufgaben verständigen können. Neben einer weiteren Vertiefung des gemeinsamen Binnenmarktes könnten hier weitere Anstrengungen für eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik oder auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Entwicklungshilfe) und des Klimaschutzes vorangetrieben werden. Prinzipiell funktioniert das auch im Rahmen eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten. Der Vorteil gemeinsamen Handelns aller Mitgliedstaaten liegt darin, dass Trittbrettfahrerverhalten in diesem Rahmen schwieriger ist.

*Zum fünften Szenario:* Dieses Szenario könnte in Richtung einer stärker bundesstaatlich geprägten Ordnung weisen, allerdings ist das nicht zwingend. Es könnte auch um die Ausdehnung der EU-Kompetenzen auf neue Felder gehen. Angesichts der Herausforderungen bei der demokratischen Legitimierung und Kontrolle der europäischen Politik, bedingt vor allem durch das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, erscheint dieser Ansatz wenig erfolgversprechend. Es fehlt die politische Unterstützung in den Bevölkerungen der meisten Mitgliedstaaten. Überzeugender erscheint es, gezielt in den Politikfeldern verstärkt zusammenzuarbeiten, in denen europäisches Engagement wirklich einen Mehrwert erzeugt. Bei der Auswahl dieser Politikfelder sind letztlich politische Wertungen entscheidend, die nicht zwingend ökonomischen Kriterien folgen müssen. Aus ökonomischer Sicht geht es aber um Politikfelder im Bereich der Bereitstellung europaweiter öffentlicher Güter, Politiken also, die Europa insgesamt zu Gute kommen und nicht nur einzelnen Mitgliedstaaten.



**Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion:** Das Reflexionspapier vertieft im Wesentlichen die Vorschläge, die bereits im Jahr 2015 im 5-Präsidenten-Bericht veröffentlicht wurden. Die Vorschläge beziehen sich auf die drei Bereiche: Vollendung der Bankenunion (inkl. Einlagensicherung), Stärkung der Wirtschafts- und Fiskalunion durch das Europäische Semester und Verankerung demokratischer Rechenschaftspflicht/Stärkung der Institutionen des Euroraums.

Was die Koordination und Beaufsichtigung der Wirtschafts- und Fiskalpolitiken der Mitgliedstaaten angeht, fehlt es an einer ausreichenden Diskussion der bisherigen Erfahrungen mit dieser Politik, die durch sehr begrenzte Wirksamkeit charakterisiert ist. Wie bereits erwähnt wurde, werden die Verschuldungsregeln immer wieder überschritten. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Für die künftige Gestaltung der Währungsunion ist es wichtig, zu berücksichtigen, dass die vereinbarten fiskalpolitischen Regeln zwar wichtige Orientierungspunkte und gemeinsam vereinbarte Verpflichtungen sind, dass man sich jedoch auf die Einhaltung – vor allem in Situationen mit hohem wirtschaftlichem Druck – nicht verlassen kann. Daraus folgt, dass diese Regeln und Koordinationsmechanismen keineswegs die Grundlage für eine verstärkte gemeinschaftliche Haftung sein können.

Einige zentrale Probleme der künftigen Gestaltung der Währungsunion kommen in dem Reflexionspapier nicht vor. Forderungen nach Strukturreformen wie der Flexibilisierung von Arbeitsmärkten, dem Abbau überzogener Staatsausgaben oder der Beseitigung von Marktzugangsschranken werden nicht angesprochen. Stattdessen ist das Papier reich an Ideen für neue Absicherungs- und Finanzierungsinstrumente zugunsten Südeuropas.<sup>5</sup> Offen bleibt auch die wichtige Frage, wie künftig sichergestellt werden soll, dass die Staatsschulden überschuldeter Mitgliedstaaten zu Lasten der Gläubiger restrukturiert werden, um zu verhindern, dass diese Lasten auf Steuerzahler anderer Staaten abgewälzt werden. Das zu erreichen – ohne gleichzeitig eine neue Krise auszulösen – ist eine zentrale Herausforderung bei der Weiterentwicklung der Währungsunion. Hier sind Fortschritte möglich, und ohne derartige Fortschritte sollten keinesfalls weitere Reformschritte in Richtung verstärkter Risikoteilung unternommen werden.<sup>6</sup>

Offen bleibt ferner die Frage, wie mit den sehr weit reichenden Implikationen der geforderten europäischen Einlagensicherung umzugehen ist. So müsste man beispielsweise

---

<sup>5</sup> Vgl. Clemens Fuest und Friedrich Heinemann, „Populistische Erpressung“, *Handelsblatt*, 17. Juli 2017, S. 48.

<sup>6</sup> Vgl. Clemens Fuest, „Accountability Bonds“, *ifo Standpunkt* Nr. 171, 28. April 2016, [www.ifo.de/de/w/4CkhBRHWH](http://www.ifo.de/de/w/4CkhBRHWH).



sicherstellen, dass die abgesicherten Einlagen nicht zur Staatenfinanzierung eingesetzt werden, denn sonst könnten überschuldete Staaten sich auf Kosten der gemeinsamen Einlagensicherung Mittel beschaffen. Eine signifikante Eigenkapitalunterlegung von Investitionen in Staatsanleihen wäre erforderlich. Es wäre auch zu klären, wie das Insolvenzrecht und die Regelungen zum Zugriff von Banken auf Vermögen zur Kreditbesicherung (z.B. private Immobilien) zu gestalten sind, damit die Einlagensicherung nicht missbraucht wird. Angesichts der vielen offenen Fragen kann man derzeit nur dringend davon abraten, Schritte in Richtung einer gemeinsamen Einlagensicherung zu unternehmen.

Dringend abzuraten ist außerdem davon, weitere finanzielle Transfers im Austausch gegen Verpflichtungen zu Strukturreformen zu gewähren. Reformen liegen im Interesse der einzelnen Mitgliedstaaten. Wie sie sinnvollerweise zu gestalten sind, ist von den jeweils herrschenden Bedingungen in den Mitgliedstaaten abhängig und Gegenstand politischer Bewertungen und Schwerpunktsetzungen. Ob sie durchgeführt werden, ist eine Entscheidung der jeweiligen Regierungen und Parlamente. Zu versuchen, sie von außen zu steuern, ist nicht erfolgversprechend. Versprechungen, Reformen in Zukunft durchzuführen, sind letztlich nicht bindend und führen nur zu Enttäuschungen und Streit.



Lokales und  
Regionales Europa

# Welche Zukunft für Europa?



Eine Vision aus kommunaler  
und regionaler Perspektive



## Über den RGRE

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist die größte Organisation kommunaler und regionaler Verwaltungen in Europa. Zu ihren Mitgliedern zählen über 60 nationale Gemeinde- und Regionalverbände aus 41 Staaten Europas. Insgesamt vertreten diese Verbände etwa 130.000 kommunale und regionale Verwaltungen.

Der RGRE verfolgt zweierlei Ziele: Einfluss auf die europäische Gesetzgebung im Auftrag der Städte, Gemeinden und Regionen zu nehmen und ein Forum für den Austausch seiner Mitgliedsverbände und ihrer gewählten Vertreter und Experten zu bieten.

Darüberhinaus ist der RGRE die europäische Sektion der Weltorganisation "Vereinigte Städte und lokale Gebietskörperschaften" (UCLG).

## ***DIE ZUKUNFT EUROPAS UND DER EUROPÄISCHEN UNION AUS KOMMUNALER UND REGIONALER PERSPEKTIVE***

### **PRÄAMBEL**

1. Der Europäische Zusammenschluss ist das Ergebnis einer langen Geschichte von Konflikten und Zersplitterungen; er beruht auf einer gemeinsamen europäischen Vision seines Schicksals. Er gründet auf **gemeinsamen Werten**: Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Der europäische Zusammenschluss findet seinen Ausdruck im rechtlichen Rahmen sowohl der Europäischen Union als auch des Europarats.
2. In einem durch Vielfalt gekennzeichneten Kontinent sind **politische Zusammenarbeit** und Dialog auf der Grundlage gemeinsamer Werte von größerer Bedeutung denn je. Die Achtung dieser gemeinsamen Werte ist wichtiger denn je.
3. Die Achtung der **Vielfalt** sollte als gemeinsamer europäischer Wert anerkannt werden. Subsidiarität stellt eine vernünftige Lösung für die Herausforderungen eines vielfältigen Kontinents dar, in dem kommunalen und regionalen Verwaltungen eine zentrale Rolle in der politischen Führung und Verantwortung zukommt.
4. **Dezentralisierung** und Gewaltenteilung sind wesentliche Bausteine einer Demokratie. Verwaltungseinheiten unterhalb der Zentralregierung (Kommunen, Kreise, zwischengeschaltete Verwaltungen und Regionen) bilden das Rückgrad der politischen und verwaltungsrechtlichen Struktur unserer Staaten; hier können die Bürger direkt Einfluss nehmen auf die Art und Weise, in der ihr Gemeinwesen regiert wird, und eine aktive Rolle in der Gesellschaft übernehmen.
5. Seit seiner Gründung ist der RGRE für die **Selbstverwaltung** auf kommunaler und regionaler Ebene und die Anerkennung ihres Beitrages zum europäischen Projekt eingetreten. Unser Engagement hat 1985 zu der Verabschiedung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch den Europarat geführt. Gegenwärtig beobachten wir jedoch in einigen Staaten Europas eine Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung und beunruhigende Entwicklungen, die auf eine Rückkehr zum Zentralstaat abzielen. Daher fordern wir, dass die Grundsätze der Charta in allen Ländern Europas beachtet und vollzogen werden.
6. Angesichts der aktuellen geopolitischen Situation und Herausforderungen bekräftigen die kommunalen und regionalen Verwaltungen ihren Glauben an ein **starkes und geeintes** Europa, das auf unseren gemeinsamen Werten gegründet ist. Viele globale Probleme sind offensichtlich und müssen auf kommunaler und regionaler Ebene angegangen werden. Der RGRE bringt die führenden kommunalen und regionalen Politiker an einen Tisch, in Vielfalt und Solidarität vereint, einem friedlichen und erfolgreichen Leben der Menschen verpflichtet, die in unseren Städten, Gemeinden und Regionen leben.
7. Die **Europäische Union** hat die Geschichte und Geisteshaltung ihrer Bürger wesentlich beeinflusst. Sie bleibt ein einmaliges Beispiel politischer Integration, auch wenn sich das europäische Projekt in einer der schwierigsten Phasen seiner Geschichte befindet.
8. Die Zukunft der Europäischen Union betrifft alle Europäer, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der EU leben; daher müssen **Überlegungen** über die Zukunft Europas über die EU in ihrer jetzigen Zusammensetzung hinausgehen. Die Situation von Nicht-Mitgliedern und potentiellen EU-Kandidaten muss thematisiert und ihnen eine Perspektive in einem Europa der Zukunft vermittelt werden.
9. Die Zukunft Europas darf nicht allein von Staats- und Regierungschefs, Regierungen und Parlamenten diskutiert werden. Wir fordern eine **breite Debatte**, die die Menschen ermutigt, ihre Ideen und Wünsche für Europa zu formulieren.

10. Die politisch Verantwortlichen müssen den **Bürgerinnen und Bürgern** zuhören und ihre Bedenken bezüglich des europäischen Projekts verstehen. Auf der Grundlage eines solchen Dialogs müssen die politisch Verantwortlichen die notwendigen Schlüsse ziehen und mutige Entscheidungen fällen, um die Europäische Union auf einem Weg voranzubringen, auf dem sie von ihren Bürgern unterstützt wird.
11. Das **Weißbuch** der Europäischen Kommission zeigt fünf Szenarien für Europa bis 2025 auf und stößt eine breite Debatte an; Kommunen und Regionen sind wichtige Akteure und müssen dabei eine aktive Rolle spielen. Der RGRE und seine Mitglieder werden wertvolle Beiträge zu den folgenden Debatten leisten und die besonderen kommunalen und regionalen Aspekte bei jedem sie betreffenden Thema hervorheben. Angesichts der bevorstehenden Veröffentlichung verschiedener Diskussionspapiere fordern wir die Europäische Kommission dazu auf, ein eigenes Kapitel zur kommunalen und regionalen Dimension der betreffenden Themen aufzunehmen.



## Ein Europa, das näher an seinen Bürgern ist

12. **Es bedarf verstärkter Bemühungen zur Schaffung engerer Verbindungen zwischen den Herausforderungen, denen sich die Bürger im Alltag stellen müssen, und den Lösungen, die Europa und die Europäische Union bereitstellen sollten; daher muss sichergestellt werden, dass kommunale und regionale Verwaltungen eine aktive Rolle in der Entwicklung und Umsetzung dieser Lösungen spielen.**
  - 12.1 Menschen weltweit erleben eine **Vertrauenskrise** bezüglich der Fähigkeit der politischen Führung, angemessen auf ihre Sorgen und Nöte einzugehen. Dieser Trend ist besorgniserregend, und in Europa haben Wirtschafts- und Finanzkrise, Migration, Globalisierung und geopolitische Entwicklungen Fragen aufgeworfen, ob unsere Führung in der Lage ist, geeignete Lösungen anzubieten.
  - 12.2 Die Formen der **Bürgerbeteiligung** haben sich über die Jahre dank neuer Kommunikationsmittel fortentwickelt. Die Bürger wollen nun in spezifischen Politikbereichen, und nicht nur in allgemeine Fragen einwirken; Kommunikation und Interaktion müssen sich diesem neuen Trend anpassen.
  - 12.3 In der Europäischen Union haben anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsstaaten, teilweise niedrige öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Grundversorgung sowie die Fokussierung auf den europäischen **Binnenmarkt** dazu geführt, dass viele Europäer glauben, der einzige Zweck der Union sei die wirtschaftliche Integration.
  - 12.4 Als Verwaltungsebene, die am nächsten an den Bürgern operiert, suchen Städte, Gemeinden und Regionen nach Wegen, um die Bürger über den Wahlprozess hinaus zu beteiligen. Bis zu 75 Prozent der gesetzlich festgelegten Aufgaben der Kommunen sind durch EU-Gesetzgebung betroffen; daher kommt kommunalen und regionalen Verwaltungen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung **europäischer Regelungen** und der Erklärung der Grundprinzipien und der Vorteile der europäischen Zusammenarbeit für die Bürger zu. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, da sie zeigen müssen, dass es keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme gibt.
  - 12.5 Hochwertige **öffentliche Dienstleistungen** auf kommunaler und regionaler Ebene sowie vernünftige Lebensbedingungen stärken das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung und Einrichtungen. Dieses Vertrauen beruht auf der kontinuierlichen, zuverlässigen und finanziell tragbaren Leistungserbringung durch die Kommunen und Regionen und kann erschüttert werden, wenn die Kommunen und Regionen ihre öffentlichen Leistungen nicht

frei innerhalb eines belastbaren gesetzlichen Rahmens organisieren und finanzieren können. Dieser Tatsache müssen auch die europäischen Regelungen Rechnung tragen.

**12.6** Es ist wichtig daran zu erinnern, dass durch die Förderung des **Austauschs** zwischen Bürgern durch Städtepartnerschaften gerade die Städte und Gemeinden wesentlich zu dem Gefühl beigetragen haben, einer gemeinsamen europäischen Gemeinschaft anzugehören. Den Wert dieses Gefühls wiederzubeleben und die europäische Identität zu stärken liegt in der Verantwortung aller Verwaltungsebenen, besonders aber der Kommunen.

### **EIN EUROPA, DAS SEINE VIELFALT SCHÄTZT**

#### **13. Europas Stärke liegt in seiner Vielfalt im Hinblick auf Kultur, Geschichte, Identität, Traditionen, politische Systeme u.v.m. Diese sollte soweit wie möglich geschätzt und respektiert werden.**

**13.1** Die Unterschiede in Europa sind sein **Schatz**, und wir sind stolz auf unser Kulturerbe und unsere Geschichte. Offene Grenzen, der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen, die Freizügigkeit von Menschen sind große Errungenschaften, die es den Europäern ermöglichen, in viele europäischen Staaten zu reisen, dort zu leben und zu arbeiten.

**13.2** Kontinentaleuropäische **Partnerschaften** wie der Europarat und der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, die OSZE wie auch die Erweiterungen der Europäischen Union fördern gemeinsame Wertevorstellungen, tragen zu einem besseren Verständnis unserer Verschiedenheit bei und stärken die Einheit, Solidarität und Toleranz, haben neue Märkte geöffnet und neue Möglichkeiten für Arbeitskräfte geschaffen.

**13.3 Programme** wie "Europa für Bürgerinnen und Bürger" und "Erasmus+", die den Austausch zwischen den Menschen fördern, sind extrem wertvoll, da sie zu einem gemeinsamen Verständnis unserer Vielfalt beitragen. Daher sollten sie konsequenterweise in Umfang und Bedingungen auf alle in Frage kommenden Länder ausgeweitet werden, die Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen haben.

### **EIN EFFEKTIVES EUROPA, DAS SICH AUF DIE WICHTIGEN THEMEN KONZENTRIERT**

#### **14. Wichtige globale Herausforderungen wie Sicherheit, Migration, Klima, Energie und Handel, sowie für die Euro-Länder Wirtschafts- und Finanzpolitik, sind Themen, die am besten gemeinsam angegangen werden.**

**14.1** Zur Lösung wichtiger globaler Herausforderungen bedarf es einer effektiveren Europäischen Union. Der politische und gesetzliche Rahmen sollte sich darauf **konzentrieren**, was tatsächlich auf EU-Ebene geregelt werden muss, und die Führung sollte den Mut haben, auf allzu detaillierte bürokratische Vorschriften zu verzichten.

**14.2** Die Bestimmungen und Vorschriften der EU sollten nicht zu detailliert sein und stärker die tatsächlich vorhandenen Unterschiede beachten, so dass **Flexibilität** und Handlungsspielraum die Erreichung gemeinsam vereinbarter Ziele erleichtern. Die Mitgliedsstaaten sollten in enger Abstimmung mit allen Betroffenen den besten Weg zur Erreichung der gewünschten Ergebnisse festlegen.

**14.3** Derzeit werden verschiedene **Szenarien** zur Festlegung eines möglichen Zukunftsplans für die EU diskutiert. Der RGRE begrüßt die aktuellen Diskussionen über die verschiedenen Optionen für die Zukunft Europas – ohne bereits jetzt eine Option zu favorisieren. Die Mitglieder des RGRE müssen die verschiedenen von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Szenarien noch gründlich diskutieren, insbesondere in Bezug auf ihre Bedeutung für die Kommunen und Regionen. Das kann auch die Bereiche der Zuständigkeiten und der Einrichtungen der EU betreffen. Das vorliegende Papier will diesen Diskussionen nicht zuvorkommen.

**14.4** Kommunalen und regionalen Verwaltungen sollte mehr **Vetrauen** geschenkt und die Prinzipien der Subsidiarität, Proportionalität und Finanzautonomie sollten konsequent angewendet werden. Die Idee der "Governance in Partnerschaft" sollte im Sinne einer fairen Verteilung der Zuständigkeiten und angemessener und effizienter Mechanismen der Koordination und Zusammenarbeit zwischen allen Verwaltungsebenen umgesetzt werden. Wo notwendig sollten die Fähigkeiten der Kommunen und Regionen gestärkt werden, so dass sie zu einer erfolgreichen Ausgestaltung und Umsetzung der gemeinsamen Politiken beitragen.

#### **EIN EUROPA, DAS INKLUSIV, INNOVATIV UND NACHHALTIG IST**

### **15. Eine politisch und wirtschaftlich stärker integrierte Europäische Union muss sich über den Binnenmarkt hinaus entwickeln und echte Solidarität befördern.**

**15.1.** Wir müssen für ein soziales, **bürgernahes** Europa der Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität kämpfen, um die Europäische Union zu einem Wohlfahrtsstaat zu machen. "Governance in Partnerschaft" wird den Erfolg bei der Gründung eines sozialen Europas garantieren.

**15.2** Die Politik des territorialen, sozialen und wirtschaftlichen **Zusammenhalts** muss gestärkt werden, so dass neue Herausforderungen gemeistert und die Erwartungen der Bürger erfüllt werden können. Jugendrelevante Themen, Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung, soziale Inklusion, Integrationspolitik, Digitalisierung, aktives Altern und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sollten gemeinsam mit dem Kampf gegen den Klimawandel, Umweltschutz, Beschäftigung, Bildung und Wettbewerbsfähigkeit den Kern der Anstrengungen bilden, um die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede in Europa zu bekämpfen, und mit einem gewissen Maß an Flexibilität umgesetzt werden, die es den Kommunen erlaubt die beste Lösung für ihre Situation zu wählen.

**15.3** Wir rufen zu einer territorialen und sozialen Kohäsion innerhalb Europas auf, die auf den Grundlagen der Partnerschaft, Solidarität, Freiheit und Würde für alle beruht. Gemeinsam mit der sozialen und territorialen Kohäsion muss ein **Gleichgewicht** zwischen ländlichen, städtischen und stadtnahen Regionen sichergestellt werden. Besonderes Augenmerk ist auf die Gegenden zu legen, die von starker Abwanderung betroffen sind.

**15.4** Besondere Beachtung soll einer solidarischen Umsiedlung von **Flüchtlingen** in EU-Staaten auf der Grundlage regionaler, nationaler und historischer Bedingungen gelten, und Kommunen und Regionen sollen die notwendige Unterstützung und Ressourcen zur erfolgreichen mittel- und langfristigen Integration erhalten.

**15.5** Das soziale und wirtschaftliche Modell der Europäischen Union muss **Innovation** fördern, sich an Umweltbelangen, digitaler Revolution und globaler Wettbewerbsfähigkeit ausrichten und sollte Modelle für eine gut funktionierende Zusammenarbeit im Sozialen Dialog entwickeln. Europa hat den Ehrgeiz und das Potential, die wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu werden.

**15.6** Zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele sowie der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und der Agenda 2030, mit der robuste Gemeinschaften geschaffen werden sollen, die ohne Kohlenstoff auskommen, sollte Europa auch weiterhin auf allen Verwaltungsebenen mutig **handeln**. Vorzugsweise soll eine integrierte und nachhaltige Städtepolitik einschließlich Mobilität, erneuerbarer Energie, Kreislaufwirtschaft usw. gefördert werden: wir fordern hier ausreichende finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten.

## EIN EUROPA, DAS SEINE ROLLE IN DER WELT SPIELT

**16. Europa trägt wesentlich zum Frieden, Wohlstand und zur Nachhaltigkeit in der Welt bei, ebenso wie andere europäische Organisationen wie der Europarat oder die OSZE. Es sollte sich auch weiterhin auf Demokratie auf kommunaler Ebene und die Entwicklung der Nachbarstaaten konzentrieren. Wir unterstützen ein Europa, das den Interessen der Kommunen und Regionen bei Verhandlung internationaler Abkommen und von Entwicklungsprogrammen eine Stimme gibt.**

**16.1** Auf kommunaler und regionaler Ebene kann der Umsetzung der Agenda 2030, den Nachhaltigen Entwicklungszielen, dem Klimaschutzabkommen und der Neuen Städteagenda ein wichtiger Schub gegeben werden. Als Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich alle Länder Europas verpflichtet, Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu ergreifen. Der **Lokalisierungsprozess** der Agenda 2030 sollte daher mit einer echten Verpflichtung zur Stärkung der Zusammenarbeit der verschiedenen Regierungsebenen und der verschiedenen Sektoren einhergehen.

**16.2** Als stabile und angesehene Partner beeinflussen die europäischen Staaten als Mitglieder der Europäischen Union, aber auch anderer europäischer Organisationen wie unter anderen des Europarats, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, der OECD, etc. in bedeutender Weise die relevanten internationalen **Verhandlungen** und Entscheidungen auf globaler Ebene. Da sich Globalisierung und Migration eindeutig auf kommunaler und regionaler Ebene auswirken, sollten Kommunen und Regionen bei diesen Themen konsultiert werden. Sie können wichtige Unterstützung liefern und die Maßnahmen der nationalen Regierungen bei der Lösung globaler Herausforderungen ergänzen. Der RGRE und seine Mitglieder haben in Zusammenarbeit mit ihren Partnern in dem weltweiten Dachverband "Vereinigte Städte und lokale Gebietskörperschaften" (UCLG) ihren Einfluss auf globale Themen gezeigt, zuletzt im Klimaschutzabkommen, den Nachhaltigen Entwicklungszielen und in der Diskussion um die Neue Städteagenda.

**16.3** Unsere Erfahrung mit Subsidiarität und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung in Europa ist in der Zusammenarbeit mit der übrigen Welt wichtig: wir fordern Europa auf, die Vorteile stark **dezentralisierter** demokratischer Strukturen hervorzuheben; internationale Entwicklungsprogramme sollten stärker Projekte mit kommunalen Verwaltungen und kommunalen Handlungsträgern, einschließlich der Zivilgesellschaft, hervorheben.

**16.4** Internationale **Zusammenarbeit** muss ein Instrument der Solidarität bleiben und vorhandene Entwicklungsprozesse respektieren. Die wesentlichen Faktoren für die Entwicklung müssen einbezogen werden – kommunale Verwaltungen und Zivilgesellschaft -, während Ungleichheiten aufgrund von Kriegen, unfairen Wirtschaftspraktiken oder Klimawandel infolge industrieller Aktivität ausgeglichen werden müssen.



### **UNSER SZENARIO: EINE KOMMUNALE UND REGIONALE AGENDA ZUR STÄRKUNG EUROPAS UND DER EU**

**17. Die politisch Verantwortlichen in Europa sollten die Gelegenheit nutzen und das europäische Projekt überdenken sowie die Politik und Institutionen gemäß dem Ergebnis der aktuellen Überlegungen über die gemeinsame Zukunft Europas anpassen.**

**17.1** Jede Diskussion über die Zukunft Europas sollte auf der Anerkennung der Grundsätze der **kommunalen Selbstverwaltung**, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und der bedeutenden Rolle der Kommunen und Regionen als Rückgrat unserer Staaten und Gesellschaften beruhen.

**17.2** Die zukünftige institutionelle Organisation der Europäischen Union sollte über geeignete und effiziente Instrumente und **Führungsstrukturen** verfügen, die auf das bestehende System aufbauen und in dem kommunale und regionale Verwaltungen und ihre repräsentativen Organisationen an der Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Überprüfung der Politik und Gesetzgebung mitwirken.

**17.3** Nur so kann Europa und die Europäische Union **erfolgreich** eine sinnvolle Politik für die Bürger entwickeln und die Chancen für die Wiedererlangung ihres Vertrauens und ihrer Unterstützung erhöhen.

**Der RGRE und seine Mitgliederverbände sehen sich als engagierte Partner der europäischen Institutionen und der Zentralregierungen. Daher sind wir jederzeit bereit, uns konstruktiv in die Debatten über die Zukunft Europas und der Europäischen Union einzubringen. Eine Zusammenarbeit ist die beste Grundlage für eine effiziente Zukunftsstrategie.**

## ANHANG

### THEMENBEZOGENE POSITIONSPAPIERE DES RGRE

#### ZU EUROPA UND DER EUROPÄISCHEN UNION

- Erklärung zum Brexit ([https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/aktuelles/dokumente/CEMR%20Declaration%20Brexit\\_DE.pdf](https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/aktuelles/dokumente/CEMR%20Declaration%20Brexit_DE.pdf)), Juli 2016
- Erklärung zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge (englische Version: Declaration on the 60th anniversary of the signature of the Treaty of Rome), März 2017

#### ZU KOMMUNALER UND REGIONALER VERWALTUNG IN BEZUG AUF ENTSPRECHENDE THEMEN

- Bessere Regeln für bessere Ergebnisse (englische Version: Better Regulation for Better Results), Oktober 2015
- Eine EU-Städteagenda (englische Version: An EU Urban Agenda), Dezember 2015
- Wiederbelebung lokaler öffentlicher Investitionen (englische Version: Reviving local public investments), Dezember 2015
- Pariser Resolution: Flüchtlingskrise: Für eine gemeinsame europäische Asylpolitik auf allen staatlichen Ebenen, Dezember 2015
- Aufruf zu einer echten gemeinsamen europäischen Asylpolitik ([http://rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/aktuelles/CEMR\\_call\\_final\\_DE\\_\\_2\\_.pdf](http://rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/aktuelles/CEMR_call_final_DE__2_.pdf); englische Version: Call for a real common European Asylum Policy), April 2016
- Kernprioritäten der Geschlechtergleichstellung (englische Version: Key Priorities on Gender Equality), Dezember 2016
- Kernbotschaften zur Zukunft des Programms "Europa für die Bürger" (englische Version: Key messages on the future of the Europe for Citizens Programme), Juni 2017

#### ZU THEMEN DER INKLUSION, INNOVATION UND NACHHALTIGKEIT

- Die Zukunft der Kohäsionspolitik (englische Version: Future of Cohesion Policy), Juni 2017
- Kreislaufwirtschaft (englische Version: Circular economy), Dezember 2016
- Die europäische Säule der Sozialrechte (englische Version: European Pillar of Social Rights), Juni 2017
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie (englische Version: Work-Life Balance), Juni 2017

#### ZUR ROLLE DER KOMMUNALEN UND REGIONALEN VERWALTUNG AUF GLOBALER EBENE

- Der Klimagipfel in Paris (englische Version: Summit on climate change), Dezember 2015
- Der Klimagipfel in Marrakesch (englische Version: Marrakesh Summit on climate change), Dezember 2016
- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP (englische Version: Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), April 2015
- Habitat III und die "New Urban Agenda" (englische Version: Habitat III process and the new Urban Agenda), April 2016

#### THEMENBEZOGENE POSITIONEN DER PLATFORMA-KOALITION VON HANDLUNGSTRÄGERN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

- Für eine neue europäische Nachbarschaftspolitik (Englische Version: Towards a New European Neighbourhood Policy), Juni 2015
- Habitat III und die "New Urban Agenda" (englische Version: Habitat III process and the new Urban Agenda), April 2016

- Erklärung von PLATFORMA (Regionale und lokale Behörden für Entwicklung) zur EU-Globalstrategie und der Agenda 2030 (englische Version: PLATFORMA declaration on the EU Global Strategy and the 2030 Agenda), April 2016
- Position von PLATFORMA zum Neuen Rahmen für die Partnerschaft der EU mit Drittländern (englische Version: PLATFORMA position on the EU's New Partnership Framework with third countries), September 2016
- Position von PLATFORMA zur Überarbeitung des Europäischen Konsenses zur Entwicklungspolitik (englische Version: PLATFORMA position on the Revision of the European Consensus on Development), September 2016
- Beiträge von Platforma: Ungleichheit auf kommunaler und regionaler Ebene bekämpfen (englische Version: PLATFORMA's contributions: Fighting inequalities with the local and regional perspective), November 2016
- Fünf Empfehlungen von PLATFORMA zur Stärkung der Kommunen im überarbeiteten Europäischen Konsens zur Entwicklungspolitik (englische Version: PLATFORMA's five recommendations to strengthen the local dimension in the re-vised EU Consensus on Development), Dezember 2016.

**Juni 2017**

### Weitere Informationen



[www.cemr.eu](http://www.cemr.eu)



[carol.thomas@ccre-cemr.org](mailto:carol.thomas@ccre-cemr.org)



[@ccreecemr](https://twitter.com/ccreecemr)



Mit finanzieller Unterstützung  
des Programms "Europa für  
Bürgerinnen und Bürger"

Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die Herstellung dieser Veröffentlichung stellt keine Billigung des Inhalts dar. Dieser gibt ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder. Die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.